



GLOBAL NACHHALTIGE KOMMUNE NRW



BESTANDSAUFNAHME ZUR NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG IN DORTMUND

mit ihrer

in Kooperation mit

mit Mitteln des



IMPRESSUM

Herausgeber / Copyright

Stadt Dortmund
Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates
Büro für Internationale Beziehungen und Nachhaltige Entwicklung
Olpe 1 | 44122 Dortmund

Projektleitung

Dr. Klaus Reuter, LAG 21 NRW
Annette Turmann, SKEW - Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW)
Deutsche Straße 10 | 44339 Dortmund
Telefon: 0231/9369600
www.lag21.de | info@lag21.de

SKEW - Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gGmbH
Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de

Mit Mitteln des

Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Umsetzung und Textgestaltung

LAG 21 NRW: Laura Berninger, Sebastian Eichhorn, Moritz Hans, Laura Kirchhoff, Klaus Reuter, Rebekka Schäfer, Carlo Schick, Martin Schön-Chanishvili, Melanie Schulte, Marie Zimmermann

Gestaltung

LUCK DESIGN, Gelsenkirchen

Druck

Druckerei Schmidt GmbH & Co. KG, Lünen



Aktuelle Zertifikate

© Fotos/Abbildungen

Abbildung 2: LAG 21 NRW nach Steffen et al.
Abbildung 3: United Nations
Alle anderen Fotos: LAG 21 NRW

Die Inhalte des Herausgebers entsprechen nicht unbedingt den Ansichten des BMZ.

Dortmund im Januar 2019

INHALT

1 Vorwort	6
2 Einleitung	8
2.1 Projektablauf	10
2.2 Quantitative Analyse	12
2.3 Qualitative Analyse	14
3 Zusammenfassung und Ergebnisübersicht	17
3.1 Arbeit und Wirtschaft	23
3.2 Bildung	31
3.3 Demografie	37
3.4 Finanzen	42
3.5 Gesellschaftliche Teilhabe und Gender	45
3.6 Gesundheit und Ernährung	53
3.7 Globale Verantwortung und Eine Welt	58
3.8 Konsum und Lebensstile	63
3.9 Klima und Energie	66
3.10 Mobilität	72
3.11 Natürliche Ressourcen und Umwelt	77
3.12 Sicherheit	83
4 Fazit und Ausblick	86
5 Literaturverzeichnis	87

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Globale Nachhaltigkeitsziele	8
Abbildung 2:	Kontinuierlicher Verbesserungsprozess (KVP)	10
Abbildung 3:	Hergestellte Bezüge zu den SDGs über die erfassten strategischen Ziele	18
Abbildung 4:	Gruppenfoto der Teilnehmenden des Vernetzungstreffens im Rathaus	19
Abbildung 5:	Vernetzungstreffen im Rathaus	20
Abbildung 6:	Vernetzungstreffen im Rathaus	21
Abbildung 7:	Vernetzungstreffen im Rathaus	22
Abbildung 8:	Vernetzungstreffen im Rathaus	22
Abbildung 9:	Strategien und Konzepte mit Bezug zu den Themen Arbeit und Wirtschaft	25
Abbildung 10:	Strategien und Konzepte mit Bezug zu den Themen Gesellschaftliche Teilhabe u. Gender.	47
Abbildung 11:	Strategien und Konzepte mit Bezug zu den Themen Klima und Energie	68

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	SMART-Kriterien.	14
Tabelle 2:	Abfrageschema zu Konzepten und Strategien	16
Tabelle 3:	Zielsystem Arbeit und Wirtschaft	26
Tabelle 4:	Maßnahmen Arbeit und Wirtschaft (Auswahl)	27
Tabelle 5:	Bezüge Arbeit und Wirtschaft	27
Tabelle 6:	Zielsystem Bildung	34
Tabelle 7:	Maßnahmen Bildung (Auswahl)	35
Tabelle 8:	Bezüge Bildung	35
Tabelle 9:	Zielsystem Demografie	39
Tabelle 10:	Maßnahmen Demografie	39
Tabelle 11:	Bezüge Demografie	40
Tabelle 12:	Ziele Finanzen	43
Tabelle 13:	Bezüge Finanzen	44
Tabelle 14:	Ziele Gesellschaftliche Teilhabe und Gender.	48
Tabelle 15:	Maßnahmen Gesellschaftliche Teilhabe und Gender	49
Tabelle 16:	Bezüge Gesellschaftliche Teilhabe und Gender	50
Tabelle 17:	Zielsystem Gesundheit und Ernährung	55
Tabelle 18:	Maßnahmen Gesundheit und Ernährung	56
Tabelle 19:	Bezüge Gesundheit und Ernährung	57
Tabelle 20:	Zielsystem Globale Verantwortung und Eine Welt	61
Tabelle 21:	Bezüge Globale Verantwortung und Eine Welt	61
Tabelle 22:	Ziele Konsum und Lebensstile	64
Tabelle 23:	Maßnahmen Konsum und Lebensstile	64
Tabelle 24:	Bezüge Konsum und Lebensstile	65
Tabelle 25:	Zielsystem Klima und Energie	69
Tabelle 26:	Maßnahmen Klima und Energie	69
Tabelle 27:	Bezüge Klima und Energie	70
Tabelle 28:	Zielsystem Mobilität	74
Tabelle 29:	Maßnahmen Mobilität	75
Tabelle 30:	Bezüge Mobilität	75
Tabelle 31:	Zielsystem Natürliche Ressourcen und Umwelt	79
Tabelle 32:	Maßnahmen Natürliche Ressourcen und Umwelt	80
Tabelle 33:	Bezüge Natürliche Ressourcen und Umwelt	80
Tabelle 34:	Zielsystem Sicherheit	85
Tabelle 35:	Bezüge Sicherheit	85

VORWORT

1

Im Rahmen der UN-Generalversammlung haben die Staats- und Regierungschefs Ende September 2015 die „Agenda 2030 for Sustainable Development“ beschlossen. Die universelle Gültigkeit und der ganzheitliche Ansatz, der Wirtschaft, Soziales und Ökologie gleichrangig berücksichtigt und dabei auch die Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, Frieden und Sicherheit einfordert, macht die Agenda 2030 zu einem Novum der globalen Governance.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2016 aktualisiert und orientiert sich an den siebzehn UN-Nachhaltigkeitszielen, sie wurde im Januar 2017 beschlossen. Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2016 beinhaltet ein Ziel- und Indikatorensystem für sieben Schwerpunkt- und 19 Handlungsfelder, die das ganze Spektrum der Landespolitik umfassen, sie wird bis 2019 weiterentwickelt.

Die Nachhaltige Entwicklung ist nicht nur global, sondern auch lokal als ein fortwährender Prozess zu verstehen, der neue Entwicklungen und Herausforderungen erkennt und berücksichtigt. Klimawandel, Verlust von Biodiversität, Armut, Hunger und ein mit einem hohen Ressourcenverbrauch verbundenes Wirtschaften sind auch Fluchtursachen. Sie zeigen, dass weltweit umgesteuert werden muss.

Kommunen rücken dabei immer stärker in den Blick von Politik und Fachöffentlichkeit, denn auf kommunaler Ebene können die Stellschrauben einer Nachhaltigen Entwicklung justiert und entscheidende Weichen gestellt werden. Kommunen können es sich nicht leisten, die Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung zu vernachlässigen.

Unter dieser Prämisse nahm die Stadt Dortmund im Zeitraum 2015 bis Anfang 2018 gemeinsam mit 14 anderen Kommunen und Kreisen aus NRW an dem Modellprojekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ teil. Ziel war es, auf kommunaler Ebene ein Handlungsprogramm für eine Nachhaltigkeitstransformation in Anlehnung an die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele in einem partizipativen Prozess zu erarbeiten.

Die Nachhaltige Entwicklung umfasst dabei ein breites Themenspektrum von der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit über Mobilität, Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung und Ernährung bis hin zu Demografie und dem Schutz natürlicher Ressourcen. Der konkrete Beitrag der Kommunen zur Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene sowie einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung vor Ort standen dabei ebenso im Fokus wie die Fortführung des Agenda-Prozesses und kommunaler Beteiligungsprozesse.

Nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe, deren Umsetzung in Dortmund Chefsache ist und in allen Fachbereichen erfolgt. Zahlreiche Masterpläne und Projekte weisen den Weg in eine strategisch ausgerichtete und ambitionierte Zukunft. Gleichzeitig bleibt es wichtiges Bestreben, die Nachhaltige Entwicklung als ganzheitlichen Ansatz, unter Einbeziehung aller relevanten Akteure, in Dortmund als Kultur zu etablieren. Denn Kommunen sind auch über die eigenen Grenzen hinweg wesentliche Akteure und treibende Kraft in der Umsetzung der Agenda 2030.

Der Dortmunder Weg in dem Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ sah eine Gesamtschau der vielfältigen Aktivitäten über die Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Fachbereiche hinweg vor. Im Rahmen einer umfangreichen Bestandsanalyse wurden dazu bestehende Masterpläne, Handlungsprogramme und Projekte ausgewertet und vorhandene Stärken, aber auch Entwicklungspotenziale identifiziert. Die Bestandsaufnahme dient als Grundlage für die künftige Nachhaltigkeitsberichterstattung. Zudem ermöglicht sie einen konzentrierten Überblick über die Aktivitäten der unterschiedlichen Fachbereiche der Stadt Dortmund und dient als Basis für die Fortführung der ämterübergreifenden Zusammenarbeit.

Die Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen, die Bundes- und die Landesnachhaltigkeitsstrategien bleiben dabei der Orientierungsrahmen für gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Letztlich ist das Engagement lokaler Institutionen und Gruppen sowie einer informierten Öffentlichkeit die Grundlage für notwendige Transformationen. Daher möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen aus den Fachämtern sowie engagierten Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft bedanken. Ohne Ihre Mithilfe wäre ein so umfangreiches Bild der bereits bestehenden Nachhaltigkeitsbestrebungen nicht zustande gekommen.

Ulrich Sierau

Ulrich Sierau
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund



EINLEITUNG

2

Seien Sie globale Bürgerinnen und Bürger. Handeln Sie mit Leidenschaft und Mitgefühl. Helfen Sie uns heute die Welt sicherer und nachhaltiger zu gestalten, denn dies ist unser Verantwortungsbewusstsein für die nachfolgenden Generationen.“

Be a global citizen. Act with passion and compassion. Help us make this world safer and more sustainable today and for the generations that will follow us. That is our moral responsibility.

[Ban Ki-Moon, UN-Generalsekretär von 2007-2016]

Im September 2015 verabschiedete die UN-Vollversammlung mit der Agenda 2030 ein universelles Zielsystem, um eine weltweite Transformation in Richtung einer Nachhaltigen Entwicklung anzustoßen (s. Abbildung 1). Das Zielsystem besteht aus 17 Hauptzielen (goals) und 169 Unterzielen (targets).

Abbildung 1: Globale Nachhaltigkeitsziele



© United Nations

Die Ziele zu den Themenfeldern Planet, Menschen, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft gelten dabei erstmals gleichermaßen für alle Staaten. Sowohl Industrie-, als auch Schwellen- und Entwicklungsländer („Globaler Süden“) sind damit in der Verantwortung, eine globale Nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die Agenda 2030 fordert alle Akteure auf, Verantwortung für eine Nachhaltige Entwicklung zu übernehmen und alle Bevölkerungsgruppen daran teilhaben zu lassen („niemanden zurücklassen“).

Der Vorschlag für das Indikatorensystem der Agenda 2030, der von der Interagency Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs) im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses entwickelt wurde, umfasst aktuell über 230 Indikatoren. Daten und Erhebungsmethodik liegen im Wesentlichen für etwa 60 % der Indikatoren vor. Der globale Indikatorenrahmen wurde von der IAEG-SDGs auf der 48. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen im März 2017 vereinbart, einschließlich der Überarbeitungen mehrerer Indikatoren. Die UN erstellt schon jetzt jährliche Fortschrittsberichte zu den SDGs für jene Indikatoren, deren Messbarkeit heute bereits gegeben ist.

Die Agenda 2030 wurde von der Bundesregierung bereits aufgegriffen. Das Bundeskabinett beschloss Anfang 2017 eine Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNHS) und präsentierte in der Weiterentwicklung Ziele, die auf Basis der 17 Globalen Nachhaltigkeitsziele ergänzt wurden. Die Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen (NHS NRW) orientiert sich auf Landesebene ebenfalls an der Agenda 2030 und definiert hierfür Bezüge zu den Globalen Nachhaltigkeitszielen.

Global Nachhaltige Kommune in NRW

Vor diesem Hintergrund startete Ende des Jahres 2015 das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ (GNK NRW), in dem sich 15 Modellkommunen aus Nordrhein-Westfalen auf den Weg gemacht haben, um ebenfalls integrierte Nachhaltigkeitsstrategien im Kontext der Agenda 2030 für eine Nach-

haltige Entwicklung zu erarbeiten. Ziel des Projekts war es, einen systematischen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene zu leisten, d. h. Leitlinien und konkrete Zielsetzungen, aber auch Maßnahmen für eine Nachhaltige Entwicklung in Anlehnung an die globalen Zielsetzungen zu entwickeln. Die GNK NRW-Modellkommunen sind die ersten Kommunen in Deutschland, die die SDGs in Form von integrierten Nachhaltigkeitsstrategien auf die kommunale Ebene herunterbrechen.

Das Projekt wurde umgesetzt von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) sowie der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Zudem wurde das Projekt begleitet durch einen Projektbeirat, in dem die Landesregierung NRW, die kommunalen Spitzenverbände, der Rat für Nachhaltige Entwicklung, die Bertelsmann Stiftung, das Eine Welt Netz NRW sowie das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung vertreten waren.

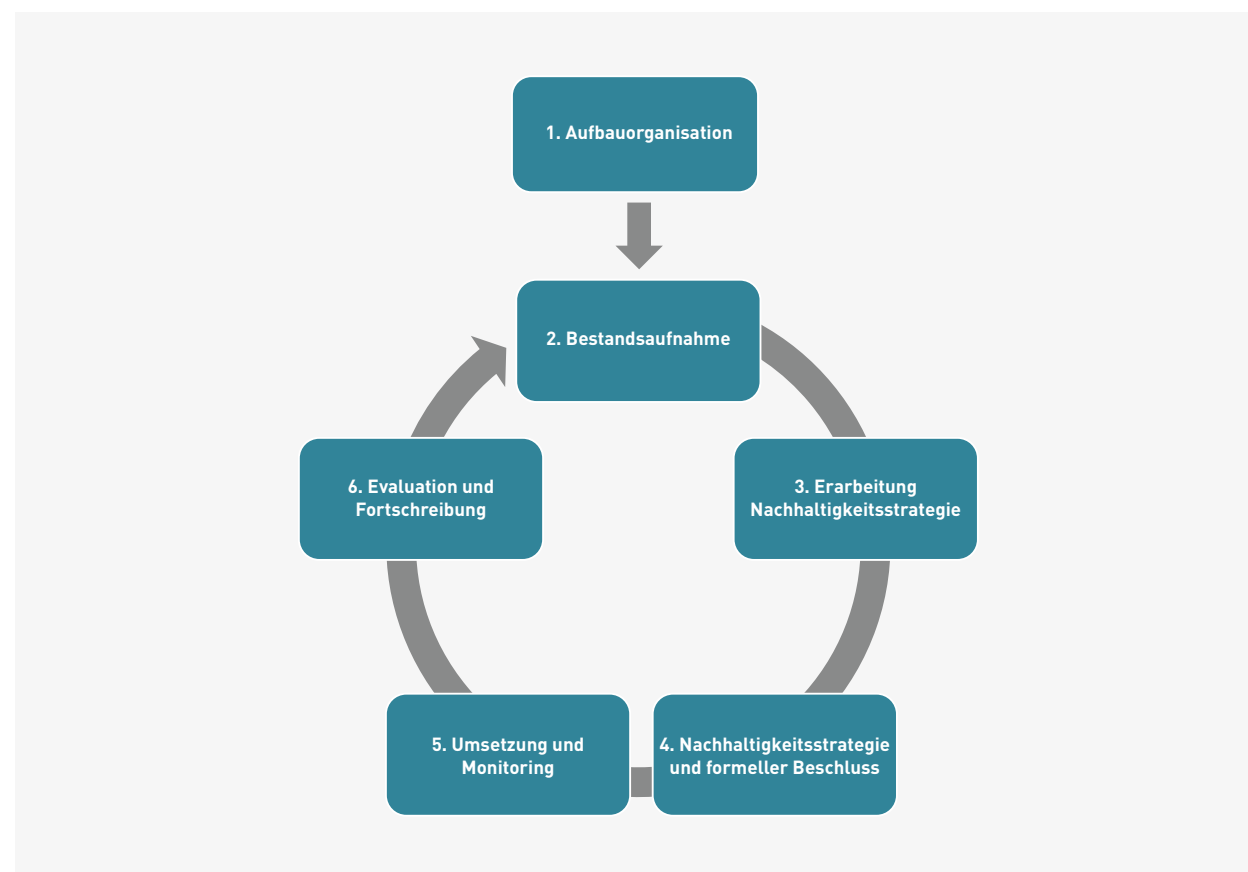
Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis des zweieinhalbjährigen Beteiligungs- und Erarbeitungsprozesses in der Stadt Dortmund. In Kapitel 2 wird das methodische Vorgehen erläutert, das in Dortmund dabei zum Einsatz kam. Hier werden insbesondere die Arbeitsschritte der Bestandsaufnahme und das Vorgehen der quantitativen und qualitativen Analyse vorgestellt. Eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse findet in Kapitel 3 statt. Die Ergebnisse gliedern sich in zwölf im Projekt vordefinierte Themenfelder. Hierbei werden erstens die Bedeutung des Themenfelds für eine Nachhaltige Entwicklung erläutert, zweitens die zentralen Bezüge des Themenfelds zu den Globalen Nachhaltigkeitszielen dargestellt und drittens die erarbeiteten Ergebnisse des Projektprozesses in Kurzform vorgestellt. Der Bericht schließt mit Kapitel 4. Hier wird ein Ausblick über die weitere Planung der Stadt Dortmund im Bereich einer Nachhaltigen Entwicklung sowie ein kurzes Fazit zum Projekt GNK NRW gegeben.

2.1 PROJEKTABLAUF

Das Modell zur Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien auf kommunaler Ebene basiert auf dem kooperativen Planungsverständnis nach Selle. Demnach werden alle relevanten Akteure von Beginn an in den gesamten Planungsprozess eingebunden, sodass die Nachhaltigkeitsstrategie gemeinsam in einem partizipativen Prozess entwickelt wird.

Die Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie nach Modell der LAG 21 NRW ist zudem als kontinuierlicher Verbesserungsprozess (KVP) angelegt (s. Abbildung 2). Der KVP stellt als fortwährender Überarbeitungszyklus die Wirksamkeits- und Erfolgskontrolle der Nachhaltigkeitsstrategie sicher und zielt ab auf die stetige Verbesserung und Weiterentwicklung der formulierten Inhalte (u. a. thematische Leitlinien sowie strategische und operative Ziele).

Abbildung 2: Kontinuierlicher Verbesserungsprozess (KVP)



© LAG 21 NRW

Nach Modell der LAG 21 NRW gliedert sich die Entwicklung und Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie in sechs wesentliche Arbeitsschritte: 1) Aufbauorganisation, 2) Bestandsaufnahme, 3) Erarbeitung Nachhaltigkeitsstrategie, 4) Nachhaltigkeitsstrategie und formeller Beschluss, 5) Umsetzung und Monitoring und 6) Evaluation und Fortschreibung.

Abweichend von diesem modellhaften Vorgehen hat die Stadt Dortmund in Absprache mit der LAG 21 NRW beschlossen, im Rahmen des Projekts den Fokus zunächst auf die Bestandsaufnahme zu legen. Unter Berücksichtigung bestehender Arbeits- und Konsultationskreise und laufender Beteiligungsprozesse sowie der Vielzahl an bereits existierenden kommunalen Konzepten und Strategien erschien es den Projektbeteiligten als nicht zielführend, einen weiteren Strategieprozess mit der Entwicklung eines neuen Zielsystems und eines dazugehörigen Handlungsprogramms mit Maßnahmen zu entwickeln. Als Projektziel wurde daher definiert, eine umfangreiche Bestandsaufnahme durchzuführen, die strategische und operative Zielsetzungen aus bestehenden Strategien und Konzepten in einem separaten Dokument bündelt und darstellt. Ziel war somit die Zusammenführung und Koordination von sektoralen Ansätzen zu einer Gesamtstrategie, mit der die Kommune eine Nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele zukünftig fokussiert und koordiniert verfolgen und anstoßen kann.

Bestandsaufnahme

Die Bestandsaufnahme gliedert sich nach Modell der LAG 21 NRW in eine quantitative und qualitative Analyse. Unter der Fragestellung „Welchen Beitrag leistet die Stadt Dortmund zur Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung und der Globalen Nachhaltigkeitsziele?“ wurden für die Stadt Dortmund zum einen statistische Daten und zum anderen bestehende sektorale Konzepte, Projekte und internationale Partnerschaften ausgewertet. In der Gesamtheit mündet die Bestandsaufnahme in eine Lückenanalyse, um strategische und operati-

ve (Nachhaltigkeits-)Lücken anhand von Entwicklungstrends sowie lokalen Aktivitäten zu identifizieren. Die Lückenanalyse soll dazu beitragen, bislang nicht oder nur unzureichend behandelte Themenfelder im Kontext einer Nachhaltigen Entwicklung und der Globalen Nachhaltigkeitsziele aufzudecken.

Die zusammengefassten Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Bestandsaufnahme werden in dem vorliegenden Bericht nach den im Modellprojekt vordefinierten Themenfeldern differenziert dargestellt. Die Themenfelder wurde dabei im Vorfeld des Projekts aus der DNHS, der NHS NRW und weiteren kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien abgeleitet.

1. Arbeit und Wirtschaft
2. Bildung
3. Demografie
4. Finanzen
5. Gesellschaftliche Teilhabe und Gender
6. Gesundheit und Ernährung
7. Globale Verantwortung und Eine Welt
8. Konsum und Lebensstile
9. Klima und Energie
10. Mobilität
11. Natürliche Ressourcen und Umwelt
12. Sicherheit

Vernetzungstreffen

Um die Bestandsaufnahme kritisch zu prüfen, wurde darüber hinaus ein Vernetzungstreffen am 15. November 2017 mit Vertretern aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung durchgeführt. Das

Vernetzungstreffen wurde genutzt, um die erarbeiteten Ergebnisse gemeinsam zu diskutieren, mögliche relevante Konzepte, Strategien und Projekte zu ergänzen sowie Anregungen und Hinweise für die weitere Arbeit im Bereich einer Nachhaltigen Entwicklung für die Stadt Dortmund zu gewinnen. Darüber hinaus wurde der Bericht mit weiteren Überarbeitungen aus allen Fachbereichen ergänzt, um ein möglichst vollständiges Bild der Nachhaltigkeitslandschaft in Dortmund zum Zeitpunkt Ende 2017 zu erhalten.

Detailauswertungen

Zur besseren Lesbarkeit und Handhabung werden die diesem Bericht zu Grunde liegenden Detailauswertungen in einem separaten Dokument dargestellt. Das entsprechende Dokument enthält neben den Einzelauswertungen zu allen betrachteten Konzepten und Strategien, Projekten, Städte- und Projektpartnerschaften die Darstellungen der ausgewerteten Indikatoren für die Stadt Dortmund. Das Dokument wird von der Stadt Dortmund online bereitgestellt.

2.2 QUANTITATIVE ANALYSE

Die quantitative Analyse im Modellprojekt GNK NRW beruht auf einem Indikatorenset, das von der LAG 21 NRW im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV NRW) und in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag, dem Städte- und Gemeindebund NRW, dem Landkreistag NRW sowie dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV), der Bertelsmann Stiftung und dem Landesbetrieb für Information und Technik (IT.NRW) entwickelt wurde. Dieses Indikatorenset wurde um Add-On-Indikatoren ergänzt, welche der LAG 21 NRW vom Amt für Statistik der Stadt Dortmund zur Verfügung gestellt wurden.

Das von der LAG 21 NRW entwickelte Indikatorenset enthält quantitative Rahmenindikatoren, deren zu-

grundlegenden Daten auf Ebene der Kreise, Städte und Gemeinden verfügbar und öffentlich zugänglich sind. Für das Modellprojekt wurde dieses Set punktuell um zusätzliche Indikatoren erweitert. Die Rahmenindikatoren werden als Kenngrößen verstanden, die in ihrer Gesamtheit Auskünfte über den an sich nicht messbaren Tatbestand einer Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene geben. Mit dem Indikatorenset wird u. a. das Ziel verfolgt, einheitliche Indikatoren für alle Kommunen in NRW zu definieren und zugrundeliegende Datensätze grafisch aufbereitet darzustellen. Vor diesem Hintergrund wurden folgende Kriterien für die auszuwählenden Daten definiert:

- **Vergleichbarkeit**
(ausgewählte Daten liegen für alle Kommunen NRWs vor)
- **Verfügbarkeit**
(ausgewählte Daten sind für alle Kommunen NRWs frei verfügbar)
- **Relevanz**
(ausgewählte Daten haben einen Bezug zum Thema Nachhaltige Entwicklung)
- **Aktualität**
(ausgewählte Daten sind aktuell und werden regelmäßig aktualisiert)

Die Ergebnisse der quantitativen Analyse werden in dem separaten Dokument anhand einer Auswertungsübersicht dargestellt. Diese besteht für den jeweiligen Indikator aus einem Stammbblatt, das allgemeine Informationen zu dem jeweiligen Indikator beinhaltet sowie einem Auswertungsteil. Mithilfe der Indikatoren werden kommunale Entwicklungstrends aufgezeigt und interpretiert, die für eine Nachhaltige Entwicklung von Bedeutung sind. Für jeden Indikator werden die folgenden Informationen bereitgestellt:

1. **Bezeichnung des Rahmenindikators:** Der Indikator wird namentlich genannt.

2. **LAG 21 NRW Themenfeld:** Der Indikator wird einem bestimmten Themenfeld der Nachhaltigen Entwicklung zugeordnet.
3. **NHS NRW Handlungsfeld:** Der Bezug des Indikators zur Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen wird auf Ebene der Handlungsfelder hergestellt.
4. **NHS NRW Nachhaltigkeitspostulat:** Der Bezug des Indikators zur Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen wird auf Ebene der Nachhaltigkeitspostulate hergestellt.
5. **Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung:** Es wird aufgezeigt, in welchem allgemeinen Zusammenhang der Indikator zu dem Thema Nachhaltige Entwicklung steht.
6. **Bezug zu den Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDG-Bezug):** Es wird aufgezeigt, inwiefern der verwendete Indikator einen direkten bzw. indirekten Bezug zu den Globalen Nachhaltigkeitszielen und Unterzielen aufweist.
7. **Berechnung:** Die notwendigen Berechnungsschritte zur Ermittlung des Ist-Werts des Indikators werden auf dem Stammbblatt hinterlegt.
8. **Datenqualität / Aussagekraft:** Es werden Aussagen zu der Genauigkeit der verwendeten Datengrundlage und etwaigen methodischen bzw. statistischen Einschränkungen getroffen. In diesem Zusammenhang wird die generelle Aussagekraft des Indikators kritisch bewertet und Hinweise zur Interpretation der dargestellten Informationen gegeben.
9. **Datenaktualität:** Die zeitliche Verfügbarkeit der verwendeten Daten kann zwischen den Indikatoren variieren. Es wird angezeigt, in welchem

Intervall die Datengrundlage des Indikators aktualisiert wird (z. B. jährlich). Bei allen Indikatoren, bei deren Berechnung die amtliche Bevölkerungszahl herangezogen wird, kommt es zu folgender Einschränkung: Aufgrund der unterschiedlichen methodischen Vorgehensweisen bei der Volkszählung von 1987 (VZ87) und dem Zensus 2011¹ lassen sich die fortgeschriebenen Bevölkerungsstände nicht miteinander vergleichen. Im Zuge des Projekts GNK NRW werden daher ausschließlich die Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2011 herangezogen. Unter Berücksichtigung der zurückgerechneten Zahlen von 2010 ergibt sich aktuell ein fünfjähriger Betrachtungszeitraum von 2010 bis 2014.

10. **Datengrundlage:** Für jeden Indikator wird die Herkunft der verwendeten Daten hinterlegt. Bei der Verwendung der Daten der Landesdatenbank NRW, wird an dieser Stelle die entsprechende Tabellenbezeichnung des statistischen Landesamts genannt.
11. **Abbildung:** Die berechneten Ist-Werte des Indikators werden grafisch aufbereitet und dargestellt, um deren Interpretation zu erleichtern. Anhand von Zeitreihen können kommunale Entwicklungstrends abgelesen werden. Bei kommunalen Daten wird dies ebenfalls kenntlich gemacht.
12. **Interpretation:** Die Messergebnisse des Indikators werden anhand der grafischen Darstellung (jeweilige Abbildung) beschrieben und interpretiert. Die Aussagen sind als eine erste wissenschaftliche Bewertung der kommunalen Entwicklungstendenzen zu verstehen, die durch lokale Experten verifiziert und ggf. angepasst werden können.

¹ Im Unterschied zur klassischen Volkszählung von 1987, bei der jeder Haushalt befragt wurde, wird beim Zensus 2011 auf Daten aus den Einwohnermelderegistern zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen zurückgegriffen. Diese werden durch Haushaltsbefragungen auf Stichprobenbasis korrigiert bzw. ergänzt.

2.3 QUALITATIVE ANALYSE

Die qualitative Analyse dient der Erfassung und Auswertung lokaler Aktivitäten im Bereich einer Nachhaltigen Entwicklung, insbesondere im Kontext der Agenda 2030. Um einen umfangreichen Überblick über die lokalen Aktivitäten zu ermöglichen, wurden folgende Inhalte als Basis für die qualitative Analyse bei der Verwaltung abgefragt:

- bestehende lokale Konzepte, sektorale Strategien und ihre Inhalte
- Projekte und Maßnahmen
- Städte- oder Projektpartnerschaften mit Kommunen im Ausland
- politische Beschlüsse

Im Rahmen der qualitativen Analyse wurden die von der Verwaltung genannten Dokumente auf bereits formulierte Zieldefinitionen (strategische und operative Ziele) durchsucht, sodass Ziele systematisch dargestellt werden können.

Im Rahmen des Projekts sind strategische Ziele definiert als unbestimmte Zielsetzungen, die die langfristige Ausrichtung in den Themenfeldern vorgeben. Sie legen grob fest, was und wann in einer Kommune im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung erreicht werden soll. Operative Ziele konkretisieren die strategischen Ziele und werden in der Regel aus strategischen Zielen abgeleitet. Im Rahmen des Projekts wird vorausgesetzt, dass operative Ziele SMART formuliert, d. h. spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch und terminiert sind (s. Tabelle 1). Der Buchstabe A im Akronym SMART wird dabei häufig unterschiedlich verwendet, je nachdem, worauf im Managementansatz der Schwerpunkt gelegt wird. Für das Projekt GNK NRW sind auch die Varianten „Zuständigkeit“ (engl. „assignable“) und „ambitioniert“ (engl. „ambitious“) relevant, die ebenfalls häufig verwendet werden.

Tabelle 1: SMART-Kriterien

SMART-Baustein	Erläuterung	Beispiel
spezifisch	Zu erreichende Ergebnisse werden genau beschrieben, sie sind dabei unmissverständlich und eindeutig, aber auch vereinbar mit anderen Zielen. Zuständigkeiten werden genau benannt.	50 % der Wirtschaftsunternehmen haben bis 2030 ein Umweltmanagementsystem eingeführt (EMAS) und ihren Ressourcenverbrauch wesentlich reduziert (mind. 30%).
messbar	Das Ziel ist operationalisiert, beobachtbar mit Hilfe von quantitativen oder qualitativen Indikatoren.	50 % der Wirtschaftsunternehmen haben bis 2030 ein Umweltmanagementsystem eingeführt (EMAS) und ihren Ressourcenverbrauch wesentlich reduziert (mind. 30%).
akzeptiert	Die Beteiligten Akteure akzeptieren das Ziel.	Das Ziel wurde von der STG er- oder bearbeitet (Protokoll), die STG hat es auf ihrer nächsten Sitzung beschlossen.



ambitioniert	Das Ziel leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der strategischen Ziele und trägt zu einem verbesserten Entwicklungsszenario bei (keine lineare Fortsetzung des Status Quo).	Das strategische Ziel fokussiert beispielsweise die deutliche Verringerung der Umweltbelastungen durch wirtschaftliches Handeln. Z. B. haben aktuell weniger als 10 % der Unternehmen ein Umweltmanagementsystem eingeführt, die Erhöhung des Werts auf 50 % kann deshalb als ambitioniert eingestuft werden.
realistisch	Die Erreichbarkeit des Ziels ist gewährleistet, keine Frustration bei Beteiligten wegen utopischer Ziele.	
terminiert	Definition von Zeiträumen, Endtermin, ggf. auch Zwischentermine und Meilensteinen.	50 % der Wirtschaftsunternehmen haben bis 2030 ein Umweltmanagementsystem eingeführt (EMAS) und ihren Ressourcenverbrauch wesentlich reduziert (mind. 30%). Bis 2020 ist dies mindestens 20% der Unternehmen gelungen, bis 2025 mindestens 35%.

Analog zur quantitativen Analyse werden für die lokalen Aktivitäten (z. B. Konzepte / Strategien und Projekte / Maßnahmen) ebenfalls die Bezüge zu den Globalen Nachhaltigkeitszielen und der NHS NRW (Handlungsfelder und Indikator) hergestellt. Auf Grundlage einer qualitativen Bewertung wurde von der LAG 21 NRW hierbei geprüft, inwiefern die strategischen Ziele inhaltliche Bezüge zu den 169 Unterzielen (Targets) der Globalen Nachhaltigkeitsziele aufweisen. Ein strategisches Ziel kann hierbei nicht nur einen, sondern auch mehrere Bezüge aufweisen bzw. mehrere Unterziele in ihrer Umsetzung unterstützen.

Die in diesem Bericht dargestellten lokalen Aktivitäten sind im Rahmen einer verwaltungsinternen Abfrage erfasst worden. Die entsprechenden Inhalte wurden über die Projektkoordination bei allen Fachämtern abgefragt. Die Fachämter waren angehalten, vorwiegend Aktivitäten zu melden, die von besonderer Relevanz für eine Nachhaltige Ent-

wicklung sind. Die Ergebnisse sind somit nicht als Gesamtschau aller lokalen Aktivitäten der Stadt Dortmund zu verstehen, sondern zeigen vorrangig die Aktivitäten, die aus Sicht der Verwaltungsmitarbeitenden besondere Wirkungen im Kontext einer Nachhaltigen Entwicklung entfalten. Die Abfrage der Aktivitäten erfolgte primär im Jahr 2016. Im Verlauf der Bestandsaufnahme wurden weitere Aktivitäten durch die Verwaltung ergänzt. Die nachträgliche Nennung von kommunalen Aktivitäten und die Überarbeitung der Bestandsaufnahme durch die jeweiligen Fachämter erfolgte bis März 2018. Die verwaltungsinterne Abfrage pro Konzept bzw. Strategie wurde nach dem in Tabelle 2 dargestellten Schemata durchgeführt.

Tabelle 2: Abfrageschema zu Konzepten und Strategien

Angabe	Anleitung zum Ausfüllen
Name/Thema	Name des Konzepts bzw. der Strategie, z. B. Masterplan Wohnen
Zeit	Wann wurde das Konzept bzw. die Strategie fertiggestellt / verabschiedet?
Handlungsfelder	Welche Handlungsfelder (z. B. Wohnen, Wirtschaft, Mobilität. etc.) werden berücksichtigt?
Strategische Ziele	Welche strategischen Ziele sind für die Handlungsfelder formuliert worden (z. B. klimaneutrale Stadt, E-Mobilität)?
Operative Ziele	Liegen für die strategischen Ziele auch operative Ziele vor (z. B. Anteil des Umweltverbunds auf 55 % steigern)?
Beteiligungsverfahren/systematische Akteurs-einbindung	Wurden Beteiligungsverfahren beim Erarbeitungsprozess durchgeführt? Wie viele Menschen waren direkt beteiligt, welche Formate wurden eingesetzt, z. B. Online-Befragung, Zukunftskonferenz (200 TN)? Erfolgte eine systematische Akteurs-einbindung? Welche Akteure wurden systematisch einbezogen, welche Gremien wurden geschaffen, die bis heute aktiv sind (regelmäßige Treffen, relevante Ergebnisse), z. B. Experten-AGs Klimaschutz (letztes Treffen 2015-11)?
Einschätzung durch Koordinator/Kernteam	Wie schätzen Sie das Konzept bzw. die Strategie ein? (Erfolge, Hemmnisse, Umsetzungsstand etc.)

Die Ergebnisse der qualitativen Analyse werden analog zu der quantitativen Analyse anhand von Steckbriefen aufbereitet dargestellt. Für jede lokale Aktivität werden die folgenden Informationen bereitgestellt:

Kurzbeschreibung:	Die inhaltlichen Schwerpunkte werden kurz und prägnant dargelegt und erläutert.
Aktualität/Dauer:	Was ist die Projektlaufzeit, ist das Projekt bzw. Konzept aktuell in der Umsetzung oder bereits abgeschlossen?
Politische Beschlusslage:	Liegt ein Ratsbeschluss zu dem Projekt oder Konzept vor oder gibt es eine andere Art der politischen Legitimation?
Nachhaltige Zielsetzung:	Ist das Projekt oder Konzept zuträglich zu Aspekten der Nachhaltigen Entwicklung?
Art der Maßnahme:	Anhand welcher Methoden werden die Ziele des Projekts oder Konzepts erreicht? Findet eine verwaltungsinterne Ausarbeitung statt, wird ein Prozess unter Beteiligung der Öffentlichkeit angestrebt?
Partizipation:	Sieht das Projekt eine Bürgerbeteiligung vor? Ja / Nein
Strategische Ziele:	Liegen strategische Ziele vor, die im Rahmen der Umsetzung des Projekts oder Konzepts erreicht werden sollen?
Operative Ziele:	Liegen operative Ziele vor, die im Rahmen der Umsetzung des Projekts oder Konzepts erreicht werden sollen?
Sektoral/ Integriert:	Wirkt das Projekt oder Konzept in einem abgesteckten Themenbereich oder betrifft es eine Vielzahl zusammenhängender Themenfelder?
Monitoring:	Ist im Rahmen des Projekts oder Konzepts die Implementierung eines Monitoringsystems vorgesehen?

ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNISÜBERSICHT

3

Das folgende Kapitel fasst die in diesem Projekt erarbeiteten Ergebnisse zusammen und gibt eine Übersicht über die Zielsetzungen der Stadt Dortmund im Bereich einer Nachhaltigen Entwicklung im Kontext der Agenda 2030. Die Zusammenfassung und Ergebnisübersicht gliedert sich in die im Projekt vordefinierten zwölf Themenfelder in alphabetischer Reihenfolge. In einem ersten Schritt wird die Bedeutung der jeweiligen Themenfelder für eine Nachhaltige Entwicklung skizziert und aktuelle Trends und Herausforderungen beschrieben. Darauf folgt die Kurzdarstellung der Ergebnisse aus der Bestandsaufnahme. Hier werden die zentralen Handlungsschwerpunkte sowie übergeordnete Zielsetzungen dargestellt. Die Querbezüge zu anderen Themenfeldern sowie die relevanten identifizierten SDGs dienen der Einordnung der Ergebnisse in den übergeordneten Rahmen. In jeweils nachfolgenden Tabellen sind die erfassten Ziele der Konzepte und Strategien sowie entsprechende Maßnahmen aufgenommen. Zudem sind die spezifischen Beiträge zur Agenda 2030 auf der Ebene der Unterziele (targets) sowie die vertikalen Bezüge zur DNHS und NHS NRW herausgearbeitet.

In aller Kürze

Die Bestandsaufnahme hat ergeben, dass sich die Stadt Dortmund in den Themenfeldern Bildung, Demografie sowie Gesellschaftliche Teilhabe und Gender besonders engagiert. Über die vorliegenden Strategien, Konzepte und Projekte konnten diverse zentrale Handlungsfelder identifiziert werden. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien ist dabei ebenso hervorzuheben wie die Förderung von Partizipation, Integration, Inklusion, bezahlbarem Wohnen, sozialer Stadtentwicklung und Teilhabe im Alter. Im ebenso zentralen Themenfeld Arbeit und Wirtschaft liegt der Fokus auf der Senkung der Arbeitslosenzahlen insbesondere im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit sowie auf der Stärkung der kommunalen Wirtschaftsstruktur. Im Themenfeld Globale Verantwortung und Eine Welt spiegelt sich das Engagement über das große Netzwerk an Städte- und

Schulpartnerschaften wider. Schwerpunkte der Städte- und Schulpartnerschaften liegen vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Kultur. In den unterschiedlichen Partnerschaften werden sowohl die Basis für eine umfangreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt, als auch die interkulturellen Kompetenzen und Fremdsprachenkenntnisse von Schülerinnen und Schülern gefördert. Die Themen „Fairer Handel/Eine Welt“ werden in einem breiten Aktionsbündnis von zivilgesellschaftlichen und verwaltungsinternen Akteuren bearbeitet. Das Engagement reicht von der Implementierung des Projekts „FaireKITA“ im Vorschulbereich über „Fairtrade Schools“ hin zur Verstetigung der Messe FAIR FRIENDS. Als mehrmalige „Hauptstadt des Fairen Handels“ und Fairtrade Town seit 2009 ist es der Stadt Dortmund ein Anliegen, auch in der öffentlichen Beschaffung eine Vorreiterrolle einzunehmen. Im den Themenfeldern Natürliche Ressourcen und Umwelt, Klima und Energie sowie Mobilität liegen die Schwerpunkte auf dem nachhaltigen Flächenmanagement sowie der Stärkung des Umweltverbunds. Im Fokus steht hier insbesondere die nachhaltige Stadtentwicklung. Im Themenfeld Sicherheit verfolgt die Stadt das Ziel mit dem Masterplan kommunale Sicherheit sowohl die subjektiv wahrgenommene als auch die tatsächliche Sicherheitslage zu verbessern. Projekte innerhalb des Themenfelds Gesundheit und Ernährung zielen auf die Prävention und flächendeckende Gesundheitsversorgung ab. Das zentrale Ziel im Themenfeld Konsum und Lebensstile bezieht sich auf die nachhaltige öffentliche Beschaffung. Im Themenfeld Finanzen steht der wirkungsorientierte Haushalt im Zentrum der Nachhaltigkeitsbestrebungen.

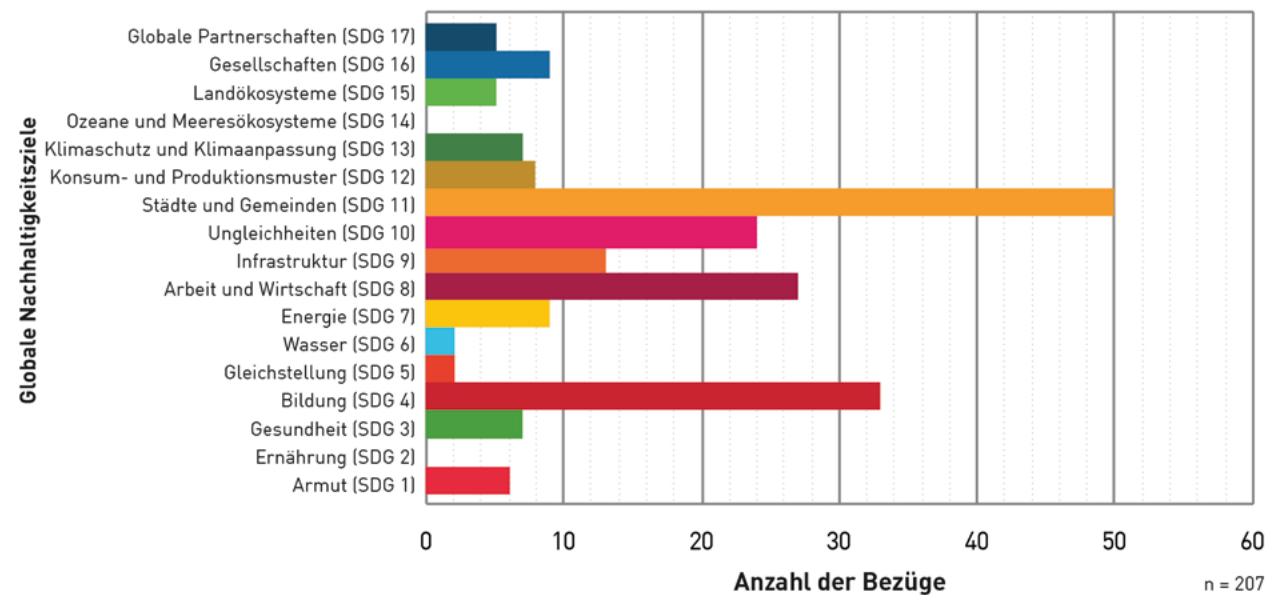
Auf Basis der zur Verfügung stehenden Daten engagiert sich die Stadt Dortmund bis dato insbesondere im Themenfeld Arbeit und Wirtschaft, Bildung und Gesellschaftliche Teilhabe und Gender. Dies ist sowohl an der Vielzahl der Projekte und Konzepte zu erkennen als auch an der Ausgestaltung der Programme mit finanziellen Mitteln und Personalressourcen.

Die strategische Ausrichtung der Nachhaltigkeitsbestrebungen in Dortmund adressiert entsprechend der vorliegenden Auswertung insbesondere Ziele des SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“, hier insbesondere die sozialen Aspekte der Teilhabe. Auch SDG 4 „Inklusive und hochwertige Bildung“ spielt für die strategische Ausrichtung eine zentrale Rolle. Ein hochwertiges, flächendeckendes Bildungs- und Fortbildungsangebot ist Bestandteil zahlreicher Konzepte und Projekte für unterschiedliche Zielgruppen, sowohl im Kindes- und Jugendalter als auch im Erwachsenenalter. Im Rahmen des SDG 8 „Menschenwürdige Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ wird in Dortmund insbeson-

dere die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit angestrebt. SDG 10 bezieht sich auf die allgemeine reduzierte Ungleichheit in allen Lebenslagen.

Abbildung 3 gibt einen Überblick über die von der LAG 21 NRW hergestellten Bezüge zu den Globalen Nachhaltigkeitszielen insgesamt. In dem Balkendiagramm spiegelt sich die hohe Bedeutung von Konzepten und Projekten mit Bezug zu den SDGs 4, 9, 10 und 11 wider.

Abbildung 3: Hergestellte Bezüge zu den SDGs



Quelle: Auswertung LAG 21 NRW

Abbildung 4: Gruppenfoto der Teilnehmenden des Vernetzungstreffens im Rathaus



© LAG 21 NRW

Vernetzungstreffen im Rahmen des Projekts „Global Nachhaltige Kommune NRW“

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Vernetzungstreffens zusammengefasst, das am 15. November 2017 im Rathaus der Stadt Dortmund stattfand. Bei dieser Veranstaltung haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft auf Basis der Ergebnisse der Bestandsaufnahme zu dem Engagement für eine Nachhaltige Entwicklung der Stadt Dortmund ausgetauscht. Das Vernetzungstreffen diente der Bündelung von Expertisen und einer verbesserten Koordination der Themenfelder untereinander. Ziel der Veranstaltung war die gemeinsame Prüfung, Diskussion, Ergänzung und Konkretisierung der Bestandsaufnahme, die von der LAG 21 NRW in Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund ausgearbeitet wurde. Zudem wurden Ideen gesammelt für ein vernetztes, ämterübergreifendes zukünftiges Handeln sowie für die angestrebte Nachhaltigkeitsberichterstattung der Stadt Dortmund.

Im Rahmen des Vernetzungstreffens wurden zunächst Struktur, Inhalt und Methodik der Bestandsaufnahme vorgestellt. Dabei wurden auch die vertikalen Bezüge zu den SDGs hervorgehoben, um die Strahlkraft kommunalen Engagements auch auf globaler Ebene zu verdeutlichen. Zudem wurden Spannungsfelder und Zielkonflikte innerhalb der Themenfelder vorgestellt. Zur Information und zum Austausch wurden zu den 12 Themenfeldern Plakate mit den zentralen Ergebnissen der Bestandsaufnahme erarbeitet. Diese beinhalteten die Strategien, Konzepte und Projekte sowie zentrale strategische Ziele und Handlungsfelder der Nachhaltigen Entwicklung. Während eines Rundgangs entlang der Stellwände hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich über die Ergebnisse in den einzelnen Themenfeldern zu informieren. Im Rahmen des anschließenden World Cafés wurden die präsentierten Ergebnisse in zwei Runden an jeweils fünf Thementischen diskutiert, sodass alle Teilnehmenden die Möglichkeit hatten, sich intensiver mit den Ergebnissen aus zwei Themenfeldern zu beschäftigen. Die Themenfelder „Sicherheit“ und „Finanzen“ konnten im Rahmen der Veranstaltung nicht diskutiert werden. Ergänzungen dazu wurden im Rahmen des Posterrundgangs und der späteren schriftlichen Rückmeldungen vorgenommen.

Zugrundeliegende Fragen für das World Café waren:

- Wo ist das kommunale Engagement für eine Nachhaltige Entwicklung besonders hoch?
- Wo ist das kommunale Engagement für eine Nachhaltige Entwicklung derzeit eher gering?
- Welche Handlungsempfehlungen kann man auf Basis der Analyseergebnisse hinsichtlich Stärken, Lücken und Berichterstattung aussprechen?

Die Teilnehmenden hatten darauffolgend die Aufgabe, die Bestandsaufnahme zu ergänzen. Entsprechend wurde darüber diskutiert, ob die analysierten Konzepte und Strategien ein umfassendes Bild des Engagements für die Nachhaltige Entwicklung in der Stadt Dortmund ergeben und welche Konzepte es zu ergänzen gilt. Zusätzlich galt den Teilnehmenden die Aufgabe, die bereits identifizierten Handlungsfelder zu ergänzen und relevante Handlungsfelder für die Zukunft zu diskutieren. Die Ergebnisse der Diskussionen werden im Folgenden entsprechend der einzelnen Themenfelder vorgestellt.

Im Themenfeld **Arbeit und Wirtschaft** werden die Auswirkungen, aber auch die Chancen des Strukturwandels thematisiert. Die zentrale Zukunftsherausforderung ist die Ansiedlung neuer Branchen bspw. im Technologiepark. Im Querschnittsbereich Mobilität wird der ruhende Verkehr am Arbeitsort diskutiert. Für künftige Vorhaben wird dabei angeregt, im Sinne kurzer Wege zwischen Arbeits- und Wohnort zu planen. Dabei wurde auch die Idee eines Ökologieparks diskutiert. Um die Wirksamkeit des Engagements von Verwaltung und Zivilgesellschaft darzustellen, erscheint den Teilnehmenden die künftige Einführung eines umfangreichen Nachhaltigkeitsberichts mit Best-Practice Beispielen als sehr hilfreich, um das Thema zu transportieren und mit unterschiedlichen Akteuren zu kommunizieren.

Abbildung 5: Vernetzungstreffen im Rathaus



© LAG 21 NRW

Im Themenfeld **Bildung** können viele Querbezüge zu anderen Themen hergestellt werden. Eine Vernetzung mit Kooperationspartnern findet in allen Bildungsbereichen statt. Die seit 2008 erscheinenden Bildungsberichte dienen als Grundlage für Analysen von Bedarfen, Herausforderungen und Entwicklungen im Bereich der schulischen und vorschulischen Bildung. Der seit 2017 in Arbeit befindliche Masterplan Digitale Bildung ist Teil der kommunalen Digitalisierungsstrategie und trägt den Anforderungen der Digitalisierung Rechnung.

Das Themenfeld **Demografie** wird als Querschnittsthema in unterschiedlichen Ämtern behandelt. Derzeit wird eine Gesamtstrategie für altersgerechte Stadtquartiere erarbeitet. Ein kommunales Wohnkonzept besteht bereits (siehe Themenfeld Gesellschaftliche Teilhabe und Gender). Als zentrale Herausforderungen in der Anpassung an den demografischen Wandel werden dabei Aspekte wie Barrierefreiheit, Nah- und Gesundheitsversorgung, aber auch die Förderung der Selbstständigkeit im Alter sowie die Bekämpfung der Einsamkeit identifiziert. Die veränderten Rahmenbedingungen, die mit einer älter werdenden Gesellschaft einhergehen, stellen auch neue Anforderungen an die kommunale Fachplanung. Der Pflegebericht und die Pflegebedarfsplanung sind dabei wichtige kommunale Planungsinstrumente. Zudem ergeben sich durch die Digitalisierung neue Herausforderungen, aber auch Chancen für Seniorinnen und Senioren zur Teilhabe am öffentlichen Leben.

Im Themenfeld **Gesellschaftliche Teilhabe und Gender** verfügt die Stadt Dortmund bereits über zahlreiche Masterpläne. Ergänzt wurde das Kommunale Wohnkonzept sowie der Inklusionsplan 2020. Zudem wurde festgehalten, dass es bereits zahlreiche Projekte im Bereich Wohnen gibt. In der Diskussion wurden Querbezüge zu dem Zukunftsprogramm „Dortmund“ identifiziert. Als Handlungsempfehlung für eine zukünftige nachhaltige Stadtplanung wurde angeregt, Bürgerwünsche auf der Basis von Beteiligungsprozessen künftig noch stärker zu berücksichtigen.

Im Themenfeld **Gesundheit** wird im Kontext des Lärmaktionsplans sowie im Sinne der Luftreinhaltung der weitere Ausbau der Fahrradinfrastruktur angeregt. Für das Querschnittsthema Ernährung wird vorgeschlagen, die regionale und biologische Ernährung zu fördern sowie einen Ernährungsrat zu gründen (Beispiel Köln). In diesem Kontext könnten auch Kriterien für die Schulverpflegung eingeführt werden.

Im Themenfeld **Globale Verantwortung und Eine Welt** wurde besonders über das Potenzial diskutiert, den Fairen Handel weiter zu stärken. In diesem Kontext wurde angekündigt, dass die Erarbeitung einer Eine Welt Strategie ab 2018 geplant ist. Diese soll künftig auch als Kommunikationskanal für Eine Welt-Themen dienen. Es wurde angeregt, im Rahmen von Städtepartnerschaften verstärkt Nord-Süd-Partnerschaften zu etablieren. So könnten Prinzipien wie Chancengleichheit und Gerechtigkeit partnerschaftlich global und lokal verankert werden. Als Handlungsempfehlung für eine zukünftige nachhaltige Stadtentwicklung wurde der Bedarf einer Professionalisierung des Eine Welt-Engagements identifiziert. Zudem sollten Handlungsmaxime wie ein faires Miteinander, Chancengleichheit und Gerechtigkeit in Dortmund weiter gefördert werden.

Abbildung 6: Vernetzungstreffen im Rathaus



© LAG 21 NRW

Im Themenfeld **Konsum und Lebensstile** ist die Stadt Dortmund insbesondere bezüglich der kommunalen nachhaltigen Beschaffung bereits sehr gut aufgestellt. Die kommunale Verwaltung dient so auch als Vorbild für Stadtgesellschaft und Unternehmen. Im Bereich der Bildungsangebote wird jedoch angeregt, auch in der Erwachsenenbildung Angebote zur Information über nachhaltigen Konsum auf den Weg zu bringen. Als zentrale Entwicklungsbereiche für ein zukünftiges Engagement im Bereich des nachhaltigen Konsums wird vor allem die Müllvermeidung, insbesondere bei Großveranstaltungen genannt. Die verstärkte lokale Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln wird zudem diskutiert. Dabei kann die Stadt als treibende Kraft und Abnehmer agieren. Unter anderem wird die Unterstützung von Repair-Cafés zur Etablierung des Grundsatzes von „Leihen-Teilen-Tauschen“ sowie der Ressourcenschonung und dem sozialen Austausch vorgeschlagen. Zudem wird der Wunsch geäußert, dass sich die Stadt zur „Stadt des Recyclingpapiers“ entwickelt. Hier beteiligt sich die Dortmunder Verwaltung bereits regelmäßig am Wettbewerb „Papieratlas“, einer Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).

Abbildung 7: Vernetzungstreffen im Rathaus



© LAG 21 NRW

Im Themenfeld **Klima und Energie** engagiert sich die Stadt Dortmund bereits vielfältig. Die Öffentlichkeitsarbeit zu den Klimaschutzaktivitäten sowie der Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien könnte jedoch verstärkt werden. Auch beim Verbraucherschutz gibt es insbesondere im Mietwohnbestand bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und Klimaanpassung Informationsbedarf. Ein gutes Beispiel hierzu sind Projektwochen zu Klima und Energie, die an vielen Schulen bereits durchgeführt werden. Auf diese Weise könnte das Bewusstsein für Klimaherausforderungen gestärkt und Möglichkeiten erarbeitet werden, wie diesen Herausforderungen individuell aber auch gemeinschaftlich Rechnung getragen werden könnte. Zudem wird der kommunale Kohleausstieg angeregt und eine damit einhergehende regionale Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen.

Im **Themenfeld Mobilität** wurde besonders auf die Umsetzung des Masterplans Mobilität eingegangen. Dieser stellt eine ganzheitliche Mobilitätsstrategie mit zahlreichen Maßnahmen, die auch alternative Mobilitätslösungen umfassen, dar. Als wachsende Herausforderung für die Zukunft werden im Hinblick auf eine alternde Stadtbevölkerung besonders Mobilitätslösungen für Seniorinnen und Senioren gefordert. Zudem könnte auch im Bereich der Nahmobilität von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitiert werden, beispielsweise durch die Einführung von „Bussen nach Anfrage“. Die Ausweitung von Tempo-30-Zonen wurde zudem diskutiert.

Im **Themenfeld Natürliche Ressourcen und Umwelt** wurde die Entwicklung des Landschaftsplans sowie der Biodiversitätsstrategie positiv hervorgehoben. Als Handlungsempfehlung für eine zukünftige nachhaltige Stadtplanung wurde angeregt, sich Projekten wie der „Essbaren Stadt“ oder einer Strategie zur Gebäudebegrünung zu widmen, um die Natur auch im urbanen Raum erlebbar zu machen. Zudem wurde angeregt Solar- und Windenergie auch kleinflächig zu fördern. Im Sinne des Schutzes der natürlichen Ressourcen wurde die Vergabe landwirtschaftlich genutzter städtischer Flächen thematisiert. Diese sollte künftig stärker nach Kriterien der biologischen Landwirtschaft ausgerichtet werden.

Abbildung 8: Vernetzungstreffen im Rathaus



© LAG 21 NRW

3.1 ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Zum einen beschreibt das Themenfeld Arbeit und Wirtschaft im Kontext dieses Projekts die Situation der Beschäftigten am Arbeitsmarkt sowie die Arbeitsbedingungen. Zum anderen geht es auf die wirtschaftliche Situation der Arbeitgeber, die wirtschaftliche Entwicklung, Innovation sowie die Rahmengesetzgebung durch die Politik ein.

Bedeutung für eine Nachhaltige Entwicklung

Im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung sind Unternehmen mehr als rein gewinnorientierte Akteure. Nicht zuletzt seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 wird unter den Schlagwörtern Corporate Social Responsibility (CSR) erneut über die ökologische und soziale Verantwortung von Unternehmen in der Gesellschaft gesprochen. Unternehmen sollen dabei neben der Gewinnmaximierung sowohl die Umsetzung von nachhaltigen Produktionsmustern (ökologische Verantwortung) als auch die Schaffung und Sicherung von guten und fairen Arbeitsplätzen (soziale Verantwortung) anstreben.

Wirtschaftliches Handeln ist immer auch mit der Entnahme, Nutzung, Weiterverarbeitung und Entsorgung natürlicher Ressourcen verbunden. Folgewirkungen wie z. B. der Verlust der biologischen Vielfalt, Erosionsprozesse, die Verknappung von Rohstoffen oder die Zunahme von Schadstoffen sind daher direkt oder indirekt mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Vor diesem Hintergrund wird seit einigen Jahren verstärkt über die Entkopplung quantitativen und qualitativen Wirtschaftswachstums und den Aufbau einer neuartigen Industrie und Landwirtschaft nach dem Prinzip der Umweltkonsistenz (auch: ökologischer Umbau der

Gesellschaft) diskutiert. Eng verknüpft mit den Zielen des CSR soll es hierbei um die Harmonisierung von ökologischen und sozialen Standards, aber auch um die Umweltkompatibilität von Produkten und Verfahren als neue Auswahlkriterien für die wirtschaftliche Entwicklung gehen².

Bezogen auf Teilhabemöglichkeiten und Verwirklichungschancen ist die Integration in den Arbeitsmarkt eine entscheidende Schlüsselressource³. So sind unter anderem der Zugang zum Wohnungsmarkt, das Wohlbefinden oder die Teilhabe an Kultur- und Freizeitangeboten, d. h. die soziale Integration insgesamt, eng verknüpft mit der Beschäftigung bzw. dem verfügbaren Einkommen⁴. Arbeitslosigkeit oder die dauerhafte Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen (z. B. Teilzeittätigkeiten, befristete Tätigkeiten, Zeitarbeit und Minijobs) können die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben behindern und die soziale Integration von Beschäftigten durch niedrige Löhne, ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko oder verminderte Weiterbildungschancen negativ beeinflussen⁵. So hat die Zahl sogenannter „atypisch Beschäftigter“ in Deutschland seit 1990 zugenommen und stagniert seit 2007 auf hohem Niveau.⁶

Zu den von Armut besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen gehören in Deutschland vor allem Alleinerziehende (41,9 %), Familien mit drei und mehr Kindern (24,6 %), Erwerbslose (57,6 %), Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau (30,8 %) oder Menschen mit Migrationshintergrund (26,7 %)⁷.

In Deutschland ergeben sich zudem Herausforderungen durch den demografischen Wandel (hier: die Alterung der Erwerbspersonen) und den damit verbundenen Folgen für den Arbeitsmarkt. So wird davon ausgegangen, dass es in Deutschland trotz der

² vgl. Herman (2015)

³ vgl. Schneider (2016): 18

⁴ vgl. Gundert und Hohendanner (2011)

⁵ vgl. Grabka und Frick (2010)

⁶ vgl. Bellmann et al. (2015): 38ff.

⁷ vgl. Klemm (2015)

in den letzten Jahren steigenden Erwerbsbeteiligung langfristig zu einem sinkenden Erwerbspersonpotenzial und Fachkräftemangel kommen wird⁸. Hinzukommt, dass Trends wie die Akademisierung der Gesellschaft und die technischen Entwicklungen (siehe: Digitalisierung) den Fachkräftebedarf auf dem Arbeitsmarkt vergrößern⁹. In Bereichen wie etwa dem Gesundheitswesen kann der Fachkräftebedarf schon heute nicht mehr ausreichend gedeckt werden. Lösungen werden zum einen in der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland und zum anderen in der Innovation von Produktionsweisen gesehen, um Arbeitskraft effizienter einsetzen zu können¹⁰.

Auf globaler Ebene wird im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung der Aufbau einer nachhaltigen und resilienten Wirtschaft unter Anwendung moderner Technologien zugunsten des Ressourcenschutzes verstanden. Ebenso wird die Sicherung angemessener Arbeitsbedingungen und Entlohnung sowie die Schaffung sozialer Schutzmaßnahmen angestrebt.



Bezogen auf die SDGs können für das Themenfeld Arbeit und Wirtschaft die meisten Bezüge zu SDG 8 hergestellt werden. Das Unterziel 8.1 ist dabei nominal wachstumsorientiert (BIP), muss allerdings im Kontext des Oberziels (nachhaltiges Wirtschaftswachstum) interpretiert werden. Weiterhin werden über die Unterziele technologische Innovationen (8.2), die Stärkung von Klein- und mittelständischen Unternehmen (8.3) sowie die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch (8.4) adressiert. Die Ziele 8.5 bis 8.10 enthalten Anforderungen an die Gestaltung menschenwürdiger und produktiver Beschäftigung.



SDG 9 thematisiert den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur, die Industrialisierung sowie die Unterstützung von Innovationen. Ausgehend von den Unterzielen werden hier u. a. der Zugang zu öffentlicher Infrastruktur (9.1) wie der Telekommunikation oder der Übergang zu einer „grünen“ Industrie (9.2) angestrebt.



Eng verknüpft mit dem Thema Wirtschaft ist ebenfalls das SDG 12, welches über die Unterziele auf zentrale Aspekte nachhaltiger Konsumgewohnheiten und Produktionstechniken eingeht (z. B. Ressourcenverbrauch, Managementsysteme, Lebensmittelverschwendung, Ressourcenproduktivität).

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Arbeit und Wirtschaft liegt der Schwerpunkt für die Stadt Dortmund insbesondere auf der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Weiterentwicklung der Dortmunder Standortfaktoren und damit einhergehend der Senkung der Arbeitslosigkeit. Durch die Teilnahme von Unternehmen an dem Projekt „Ökoprofit“ will sich Dortmund weiter als attraktiver Wirtschaftsstandort qualifizieren. So hat Ökoprofit das Ziel Unternehmen ökonomisch und ökologisch nachhaltig zu stärken (z. B. Reduktion des Wasser- und Energieverbrauchs sowie die Abfallreduktion und die Erhöhung der Materialeffizienz). Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt wird im Rahmen von Projekten wie dem ESF-Pilotprojekt „Stärkung der Erwerbsteilhabe benachteiligter EU-Zuwanderinnen und Zuwanderer“ gefördert.

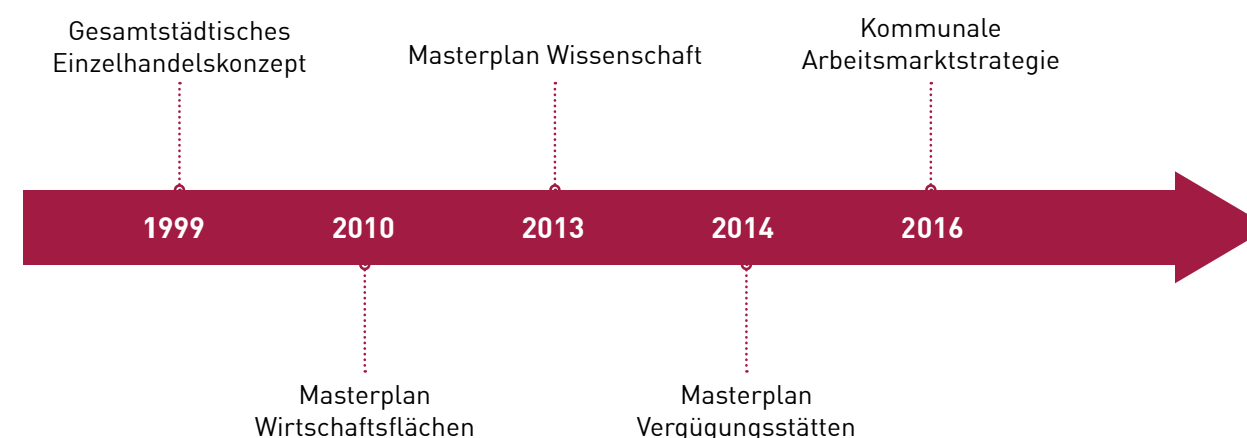
Die Verbesserung des Aus- und Weiterbildungsangebots sowie die verstärkte fachliche Begleitung und Betreuung im Übergang von der Schule in den Beruf wird aktuell über Projekte wie „Jobtec. Motor für Deine Zukunft“ oder „KITZ.do“ gewährleistet. Für das Themenfeld Arbeit und Wirtschaft können dementsprechend vielfältige Querbezüge zu den Themenfeldern Bildung sowie Gesellschaftliche Teilhabe und Gender identifiziert werden. Das neue CSR-Kompetenzzentrum Ruhr, das Unternehmen in der Region bei der Einführung und Umsetzung von CSR unterstützt, hat im Dezember 2017 seine Arbeit aufgenommen. Vorgesehen sind in dem dreijährigen Projekt umfassende und auf die Bedarfe insbesondere mittelständischer Unternehmen ausgerichtete Informations-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote. Dieses Kompetenzzentrum arbeitet unabhängig aber ergänzend zum bestehenden lokalen Dortmunder CSR-Netzwerk.

Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele können vor allem Bezüge zu dem SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum) mit dem besonderen Fokus auf die Senkung der

Arbeitslosigkeit sowie faire Beschäftigungsverhältnisse, aber auch zu SDG 4 (Inklusive und hochwertige Bildung) im Sinne einer hochwertigen Bildung als Grundvoraussetzung für Beschäftigung hergestellt werden. Die Bezüge zu SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) richten sich insbesondere an die nachhaltige Stadtentwicklung sowie den Schutz der Umwelt vor negativen Einflüssen aus der Industrie. Das SDG 12 (Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster) bezieht sich an dieser Stelle zum einen auf nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, zum anderen jedoch auch auf die Einbindung von Nachhaltigkeitsstandards in die Unternehmensführung.

In den letzten 20 Jahren hat die Stadt Dortmund fünf umfangreiche Dokumente erarbeitet, die sich auf die Themen Arbeit und Wirtschaft fokussieren. Die Dokumente sind in Abbildung 9 chronologisch dargestellt.

Abbildung 9: Strategien und Konzepte mit Bezug zu den Themen Arbeit und Wirtschaft



Quelle: LAG 21 NRW

⁸ vgl. Brenke und Clemens (2017)

⁹ vgl. Bellmann et. al. (2003): 135

¹⁰ vgl. Brenke und Clemens (2017)

Ziele und Maßnahmen Arbeit und Wirtschaft

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen und operativen Zielesetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Arbeit und Wirtschaft, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 3: Zielsystem Arbeit und Wirtschaft

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Sicherung und Steigerung des wirtschaftlichen sowie sozialen Wohls der Bevölkerung durch die Schaffung bzw. Verbesserung der Standortbedingungen für die Wirtschaft	Masterplan Wirtschaftsflächen
Schaffung weicher Standortfaktoren, um im Städtewettbewerb zu bestehen	Masterplan Digitales Dortmund Masterplan Digitale Wirtschaft Masterplan Digitale Verwaltung – Arbeiten 4.0
Ressourcenschonung bei gleichzeitiger Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds	Masterplan Digitales Dortmund Masterplan Digitale Wirtschaft
Langfristige Senkung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, in Abstimmung und Kooperation mit allen Arbeitsmarktakteuren Dortmunds	Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020
Vermittlung von Arbeitslosen und Hilfebedürftigen auf einen Arbeitsplatz	Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund
Förderung eines erweiterten sozialen Arbeitsmarktes sowie zielgerichtete Aktivierung von Erwerbspersonen	Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020
Nachhaltige Steuerung von Vergnügungsstätten des Spiel- und Erotikbereichs innerhalb des Stadtgebiets	Masterplan Vergnügungsstätten
Chancengerechter Zugang für MigrantenInnen zum Arbeitsmarkt	Masterplan Migration / Integration
Stärkung Dortmunds als Wissenschaftsstadt u. Förderung von Kooperationen	Masterplan Wissenschaft
Lebenslange Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Erwerbslose und Beschäftigte	Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020
Förderung des Übergangs von Schule in den Beruf	Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund
Verbesserung der Bildungschancen und -erträge sowie Stärkung des dualen Ausbildungssystems zur Steigerung der Auszubildendenzahlen	Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020
Sicherung und Stärkung des Nahversorgungsangebots durch funktionsfähige zentrale Versorgungsbereiche und ergänzende Nahversorgungsstandorte	Masterplan Einzelhandel



Stärkung der Erwerbsintegration von Neuzugewanderten sowie die Verbesserung der beruflichen Qualifizierung Neuzugewandelter einhergehend mit dem Sichtbarmachen formaler und nonformaler Kompetenzen.	Gesamtstrategie Neuzuwanderung
Operative Ziele	
Senkung der Arbeitslosigkeit unter 10 % insbesondere der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit bis 2020	Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020

Tabelle 4: Maßnahmen Arbeit und Wirtschaft (Auswahl)

Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none">Aktionsbüros Verringerung von Arbeitslosigkeit durch Beratung und Unterstützung arbeitsloser MenschenESF/SQ-sM-Projekt Stärkung der Erwerbsteilhabe benachteiligter EU-Zuwanderinnen und Zuwanderer Erreichen, sensibilisieren, qualifizieren von Zugewanderten in prekären Lebenssituationen sowie deren sprachliche und berufliche IntegrationRegionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet Vernetzung von Unternehmen und Förderung von Betrieben und Beschäftigten für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Arbeit und Wirtschaft die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.kumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 5: Bezüge Arbeit und Wirtschaft

Globale Nachhaltigkeitsziele
<p>1. Sicherung und Steigerung des wirtschaftlichen sowie sozialen Wohls der Bevölkerung durch die Schaffung bzw. Verbesserung der Standortbedingungen für die Wirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none">SDG 4.3 Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Hochschul- und beruflicher BildungSDG 4.4 Qualifikationen für Beschäftigung, menschwürdige Arbeit und UnternehmertumSDG 8.1 Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt) aufrechterhaltenSDG 8.2 hohe wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, Modernisierung u. Innovation erreichen



2. Schaffung weicher Standortfaktoren, um im Städtewettbewerb zu bestehen

- ▶ SDG 8.2 hohe wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, Modernisierung und Innovation erreichen
- ▶ SDG 9.1 widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur aufbauen
- ▶ SDG 9.4 Infrastrukturen modernisieren und Industrien nachhaltig nachrüsten
- ▶ SDG 9.c Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie erweitern und Zugang zu Internet bereitstellen

3. Ressourcenschonung bei gleichzeitiger Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds

- ▶ SDG 8.2 hohe wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, Modernisierung und Innovation erreichen
- ▶ SDG 8.4 Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben
- ▶ SDG 9.4 Infrastrukturen modernisieren und Industrien nachhaltig nachrüsten

4. Langfristige Senkung der Arbeitslosigkeit insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit in Abstimmung und Kooperation mit allen Arbeitsmarktteuren Dortmunds

- ▶ SDG 4.1 kostenlose und hochwertige Bildung für alle
- ▶ SDG 4.4 Qualifikationen für Beschäftigung, menschwürdige Arbeit und Unternehmertum
- ▶ SDG 4.5 Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zu Bildung für alle
- ▶ SDG 8.5 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit
- ▶ SDG 8.6 Anteil junger Menschen ohne Ausbildung und Beschäftigung verringern

5. Vermittlung von Arbeitslosen und Hilfebedürftigen auf einen Arbeitsplatz

- ▶ SDG 1.2 relative Armut senken
- ▶ SDG 8.5 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit
- ▶ SDG 8.6 Anteil junger Menschen ohne Ausbildung und Beschäftigung verringern

6. Förderung eines erweiterten sozialen Arbeitsmarktes sowie zielgerichtete Aktivierung von Erwerbspersonen

- ▶ SDG 4.3 Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Hochschul- und beruflicher Bildung
- ▶ SDG 4.4 Qualifikationen für Beschäftigung, menschwürdige Arbeit und Unternehmertum
- ▶ SDG 4.5 Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zu Bildung für alle
- ▶ SDG 8.5 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit
- ▶ SDG 8.8 Arbeitsrechte schützen und Arbeitssicherheit fördern

7. Nachhaltige Steuerung von Vergnügungsstätten des Spiel- u. Erotikbereichs innerhalb des Stadtgebiets

- ▶ SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung
- ▶ SDG 12.1 Maßnahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster einleiten
- ▶ SDG 12.2 nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung natürlicher Ressourcen

8. Chancengerechter Zugang für Migranten/innen zum Arbeitsmarkt

- ▶ SDG 4.4 Qualifikationen für Beschäftigung, menschwürdige Arbeit und Unternehmertum
- ▶ SDG 8.5 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit
- ▶ SDG 8.6 Anteil junger Menschen ohne Ausbildung und Beschäftigung verringern



9. Stärkung Dortmunds als Wissenschaftsstadt und Förderung von Kooperationen

- ▶ SDG 4.3 Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Hochschul- und beruflicher Bildung
- ▶ SDG 8.3 entwicklungsorientierte Politiken zur Unterstützung menschenwürdiger Arbeit, Unternehmertum und Innovation fördern
- ▶ SDG 8.4 Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben
- ▶ SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung

10. Lebenslange Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Erwerbslose und Beschäftigte

- ▶ SDG 4.1 kostenlose und hochwertige Bildung für alle

11. Förderung des Übergangs von Schule in den Beruf

- ▶ SDG 4.4 Qualifikationen für Beschäftigung, menschwürdige Arbeit und Unternehmertum
- ▶ SDG 4.5 Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zu Bildung für alle

12. Verbesserung der Bildungschancen und -erträge sowie Stärkung des dualen Ausbildungssystems zur Steigerung der Auszubildendenzahlen

- ▶ SDG 4.1 kostenlose und hochwertige Bildung für alle
- ▶ SDG 4.5 Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zu Bildung für alle

13. Zukünftige Etablierung zentraler, gut angebundener Einzelhandelsinfrastruktur zur Gewährleistung der guten Erreichbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen sowie eine bedarfsgerechte zukünftige Entwicklung der Angebotsstruktur

- ▶ SDG 8.2 hohe wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, Modernisierung und Innovation erreichen
- ▶ SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung
- ▶ SDG 11.6 Umweltbelastung durch Städte senken
- ▶ SDG 12.1 Maßnahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster einleiten

14. Stärkung der Erwerbsintegration von Neuzugewanderten sowie die Verbesserung der beruflichen Qualifizierung Neuzugewanderter einhergehend mit dem Sichtbarmachen formaler und nonformaler Kompetenzen.

- ▶ SDG 4.4 Qualifikationen für Beschäftigung, menschwürdige Arbeit und Unternehmertum
- ▶ SDG 8.5 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit
- ▶ SDG 8.6 Anteil junger Menschen ohne Ausbildung und Beschäftigung verringern

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge** - Gute Investitionsbedingungen schaffen - Wohlstand dauerhaft erhalten
- **Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** - Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern
- **Innovation** - Zukunft mit neuen Lösungen gestalten
- **Beschäftigung** - Beschäftigungsniveau steigern
- **Globale Lieferketten**



Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Nachhaltiges Wirtschaften** - Förderung des nachhaltigen Wirtschaftens
- **Gute Arbeit - Faire Arbeit** - Gute und faire Arbeit fördern; Beschäftigungsniveau steigern, insbesondere bei Frauen

Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW

- **Gesellschaftliche Teilhabe:** Arbeit, d. h. Geld und Einkommen sind in Deutschland „Schlüsselressource“, wenn es um Teilhabe geht (weitere Themen: Ungleichheit, Verteilung und soziale Gerechtigkeit).
- **Natürliche Ressourcen und Umwelt:** Wirtschaftswachstum ist hauptverantwortlich für globale Umweltveränderungen. Zusätzliche Verschmutzung entsteht, der Abbau natürlicher Ressourcen wird forciert und Abfälle fallen an. (z. B. Flächeninanspruchnahme, CO₂-Emissionen).
- **Gesundheit:** Die Luftverschmutzung durch Gewerbe und Industrie haben negative Auswirkungen auf die Gesundheit.
- **Arbeit und Wirtschaft:** Mehr Zeit- und Teilzeitarbeit, Werkverträge oder schlecht bezahlte Arbeit tragen dazu bei, dass das Wohlbefinden durch den Faktor Arbeit negativ beeinflusst wird.
- **Konsum und Lebensstile:** Moderne Lebensstile sind von einem Konsumniveau geprägt, das oft weit über der Erfüllung der Grundbedürfnisse liegt.

3.2 BILDUNG

Bildung ist die umfassende Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Laufe eines ganzen Menschenlebens. Sie befähigt das Individuum zum selbstständigen Lernen, zum Erkennen von Problemen, zur Entwicklung der Fähigkeit, sich sachgerecht mit Konflikten auseinanderzusetzen und vernünftige Lösungsstrategien zu erarbeiten. Bildung bezeichnet im modernen Sinne eine Offenheit des Individuums gegenüber neuen Erfahrungen und dient der Schulung der Anpassungsfähigkeit in einer komplexen, sich kontinuierlich verändernden Welt¹¹.

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

Bildung ist eine der zentralen Voraussetzungen für die Überwindung von Armut, das Ausüben menschenwürdiger Arbeit und das Führen eines selbstbestimmten Lebens (Bildungschancen in allen Lernformen und für alle Altersgruppen). In modernen Gesellschaften wird Bildung als wesentliches Element der Demokratisierung und der Emanzipation betrachtet¹².

Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung hat unter den bildungstheoretischen Prämissen von Offenheit, Reflexivität und Zukunftsfähigkeit das Ziel, Lernenden ein systematisch generiertes und begründetes Angebot zu den Themen, Aufgaben und Instrumenten von Nachhaltiger Entwicklung zu machen. Gestaltungskompetenz zu besitzen bedeutet, über solche Fähigkeiten und Fertigkeiten zu verfügen, die Veränderungen im Bereich ökonomischen, ökologischen und sozialen Handelns möglich machen, ohne dass diese Veränderungen nur eine Reaktion auf vorher schon erzeugte Problemlagen sind¹³.

Aktuelle Herausforderungen im Bereich der schulischen Bildung ergeben sich innerhalb Deutschlands unter anderem durch die langfristig sinkenden Schülerzahlen in ländlichen Regionen und den teilweise stark zunehmenden Schülerzahlen in prosperierenden Städten. Die bedarfsgerechte Anpassung der Bildungsinfrastruktur muss daher je nach Nachfragesituation individuell erfolgen. Während wachsende Städte in den Ausbau von Kitas und Schulen investieren müssen, sind andere Kommunen darauf angewiesen, Konzepte und Strategien für den Rückbau ihrer Infrastruktur zu entwickeln, damit hohe Folgekosten vermieden werden können¹⁴. Durch die erhöhte Zuwanderung seit dem Jahr 2014 kommt hinzu, dass mit den zugewanderten Familien betreuungsintensive schulpflichtige Kinder vom Bildungssystem aufgenommen und integriert werden müssen. Eine bedeutende Zugangsbarriere ist hier die Sprache¹⁵.

Eine weitere Herausforderung liegt in der gestiegenen Bedeutung der Ganztagsbetreuung in der Gesellschaft. Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist hier der Bedarf an Betreuung in den letzten Jahren zunehmend gestiegen. So befanden sich in den Jahren 2014 rund 33 % aller Grundschülerinnen und Grundschüler in der Ganztagsbetreuung¹⁶. Seit 2013 besteht zudem ein Rechtsanspruch auf einen U3-Betreuungsplatz. Die Einführung des Rechtsanspruchs hat dabei einen direkten Einfluss auf den Ausbau der U3-Betreuungsangebote der frühkindlichen Bildung.

Ein weiteres Thema, das in den letzten Jahren zunehmend in den gesellschaftlichen Fokus gerückt wurde, ist die Inklusion in Regelschulen, d. h. das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in einer

¹¹ vgl. Haan (2002): 14

¹² vgl. Website BpB

¹³ vgl. Haan (2002): 14f.

¹⁴ vgl. Weishaupt (2009): 60

¹⁵ vgl. Terhart et. al. (2017): 236

¹⁶ vgl. Lange et. al. (2017): 28

Klasse. Seit 2009 gilt in Deutschland eine entsprechende UN-Vereinbarung, wonach kein Kind wegen einer Behinderung von einer Regelschule ausgeschlossen werden soll¹⁷. Zwischen den Jahrgängen 2008/09 und 2013/14 kann ein Anstieg der Inklusionsquote von 1,1 auf 2,1 % beobachtet werden¹⁸. Herausforderungen, die mit der erfolgreichen Inklusion diskutiert werden, sind dabei unter anderem die richtige Infrastruktur und die bedarfsgerechte Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

Auf globaler Ebene wird im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung die Etablierung inklusiver und hochwertiger Bildungssysteme angestrebt. Dabei steht das lebenslange Lernen ebenso wie die schulische Bildung im Fokus politischer Bestrebungen.



Bezogen auf die SDGs können für das Themenfeld Bildung die meisten Bezüge zu SDG 4 hergestellt werden. Bildung ist dabei eine zentrale Voraussetzung für die Überwindung von Armut, für menschenwürdige

Beschäftigung und ein selbstbestimmtes Leben. Das SDG geht dezidiert auf Bildungschancen in allen Lernformen und für alle Altersgruppen ein und betont darüber hinaus die Geschlechtergerechtigkeit. Eine besondere Herausforderung besteht für die deutsche Politik in der Reduzierung sozialer Ungleichheit im Bildungsbereich (4.1, 4.2, 4.3, 4.4, 4.5, 4.6, 4.7, 4.a).



Eng verknüpft mit dem Thema Bildung ist SDG 10, welches insbesondere Selbstbestimmung, Chancengleichheit und Einkommensgerechtigkeit fokussiert (10.1, 10.2, 10.3). Auch SDG 1 hat einen indirekten Bezug zum Thema Bildung, denn Bildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der relativen

Armut (1.2) und zur Resilienz (Widerstandsfähigkeit) der Menschen (1.5).

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Dortmund hat sich schon frühzeitig einen Namen als innovative Schulstadt gemacht, die sich im Sinne eines erweiterten Verständnisses von Schulträgerschaft nicht nur um die äußeren Schulangelegenheiten kümmert, sondern Fragen des Zugangs zu Bildung und der Qualität schulischer Bildungsprozesse zum kommunalen Anliegen macht. Eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung, die Berufung einer Bildungskommission durch den Oberbürgermeister und ein Schulentwicklungsfonds als Anreizsystem für qualitative Schulentwicklung sind dabei wichtige Bestandteile der Handlungsstrategie. Sie stehen zugleich für einen engen Dialog mit der fachlichen und städtischen Öffentlichkeit. Die Einrichtung des Fachbereichs Schule und die Gründung des Regionalen Bildungsbüros, der Zusammenarbeit mit dem Land, insbesondere mit der Schulaufsicht, sowie mit den Dortmunder Schulen bildet eine dauerhafte institutionelle Basis.

Die strategischen Ziele für das Themenfeld Bildung stammen aus Verträgen mit dem Land zur Entwicklung der Bildungsregion, aus politischen Beschlüssen, Empfehlungen der Bildungskommission und dem Aktionsplan Soziale Stadt, der einen inhaltlichen Schwerpunkt im Themenfeld Bildung setzt, sowie der kommunalen Arbeitsmarktstrategie, Schwerpunkt Bildung und Erziehung. Die formulierten Ziele fokussieren die Chancengerechtigkeit durch Bildung, die Gestaltung von Bildungsübergängen und die Sicherung von Anschlüssen im Beschäftigungssystem. Besonders im Fokus stehen Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Quartieren und bildungsfernen Familien. Neben der qualitativen Weiterentwicklung von Schule und Unterricht stehen Kooperationen mit Bildungspartnern außerhalb des Systems Schule im Mittelpunkt. Da-

bei geht es um die Zusammenarbeit von Kitas und Grundschulen z. B. im Projekt „Sprachbrücken“, um innovative Schulentwicklung unter anderem durch den Schulentwicklungsfonds oder um außerschulische Projekte u.a. in Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Dortmund. Um die Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche zu verbessern, steht darüber hinaus die Förderung der Ganztagsbetreuung, eine verbesserte frühkindliche Bildung und Schulbildung sowie eine verbesserte Übergangsgestaltung zwischen Schulen bzw. zwischen Schule und Arbeitswelt im Fokus. Die Sprachkompetenz wird insbesondere bei neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen künftig stärker gefördert.

Die Kinder- und Jugendförderung hat die Aufgabe, durch geeignete Angebote die individuelle, soziale und kulturelle Entwicklung junger Menschen unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse zu fördern. Neben der stadtteilorientierten Kinder- und Jugendarbeit, die Kinder und Jugendliche in ihren Lebensbezügen vor Ort erreicht, sind dabei gesamtstädtische Angebote und geeignete Angebote für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenszusammenhängen notwendig. Die Kinder- und Jugendarbeit ist gekennzeichnet durch die Freiwilligkeit der Teilnahme an den Angeboten und Orientierung an den Bedürfnissen der jungen Menschen, die Mitbestimmen und -gestalten können. Der Bereich Kinder- und Jugendförderung des Jugendamtes bietet jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Bildung an:

- Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Politische und soziale Bildung
- Schulbezogene Jugendarbeit
- Kinder- und Jugendkulturarbeit
- Sportliche sowie freizeit- und gesundheitsorientierte Jugendarbeit

- Medienbezogene Jugendarbeit
- Interkulturelle Kinder- und Jugendarbeit
- Geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit
- Internationale Jugendarbeit
- Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
- Demokratieförderung
- Streetwork und aufsuchende Arbeit
- Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe

Der aktuelle Kinder- und Jugendförderplan für die Wahlperiode 2015–2020 geht die Verpflichtung ein, junge Menschen zu fördern, zu unterstützen und ihnen eine adäquate Möglichkeit der Freizeitgestaltung zu bieten. Die Kinder- und Jugendförderung bietet dabei vielfältige Chancen, individuelle Fähigkeiten auszubauen, soziale Kontakte zu knüpfen, Verantwortung zu übernehmen und sich mit gesellschaftlich relevanten Themen, wie Wahlen oder Demokratieverständnis auseinanderzusetzen. Im Rahmen von Vereinen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendverbänden oder bei der Suche nach einer beruflichen Perspektive unterstützt die Kinder- und Jugendförderung.

FABIDO (Familienergänzende Bildungseinrichtungen für Kinder in Dortmund) implementiert das Thema Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) als einen zentralen Baustein in die pädagogische Arbeit der FABIDO Kindertageseinrichtungen. Ziel ist, dass sich alle 101 FABIDO Kindertageseinrichtungen bis 2021 als „FaireKITA“ weiterentwickeln. Damit verpflichten sich die Teams der Kindertageseinrichtungen, Bildungsthemen einer Nachhaltigen Entwicklung zu bearbeiten und mindestens zwei fair gehandelte Produkte in der täglichen Arbeit zu verwenden, u. a. Lebensmittel oder Spielzeuge. Durch die Beteiligung am Projekt „FaireKITA“ trägt

¹⁷ vgl. Werning (2014)

¹⁸ vgl. Klemm (2015): 37f.

FABIDO dazu bei, junge Menschen frühzeitig in die Lage zu versetzen, nachhaltig zu denken und zu handeln und Entscheidungen im Kontext globaler Wirkzusammenhänge zu treffen. Im FABIDO Fortbildungsprogramm ist ein eigenständiges Modul „Globales Lernen“ neu aufgenommen worden.

BNE wird u. a. im Dortmunder „Netzwerk Schule der Zukunft“ bearbeitet. Hier sind Schulen aller Schulformen und außerschulische Partner organisiert und vernetzt. Außerschulische Lernorte wie z. B. das Kindermuseum mondo mio, das Kinder-technologiezentrum KITZ.do oder das Informationszentrum Dritte Welt sind nur einige Partner, die Angebote zu globalem Lernen für Schulen und Kitas anbieten. In den Agenda-Arbeitskreisen „Bildung und Schule“ sowie „Nachhaltige Mobilität“ werden BNE-Projekte umgesetzt, die Messe FAIR FRIENDS ist als außerschulischer Lernort ausgezeichnet worden.

Ziele und Maßnahmen Bildung

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen Zielesetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Bildung, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 6: Zielsystem Bildung

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Bekämpfung der Kinderarmut durch finanzielle Förderung einkommensschwacher Familien	Aktionsplan soziale Stadt Dortmund
Verstärkung der mobilen Jugendarbeit	Konzept „streetwork“ Stadt Dortmund
Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche: Förderung der Ganztagsbetreuung, frühkindliche Bildung, verbesserte Bildung an Schulen	Empfehlungen Bildungskommission Aktionsplan soziale Stadt Dortmund
Verbesserte Sprachkompetenz von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen	Kommunale Strategie zur Beschulung neu zugewandeter Kinder und Jugendlicher Aktionsplan soziale Stadt Dortmund
Anschlusssicherung nach der Schule – gelingender Übergang in Ausbildung und Arbeit	Vertrag Stadt-Land: kein Abschluss ohne Anschluss Rechtskreisübergreifendes Konzept Jugendberufshaus Dortmund

Für das Themenfeld Bildung können insbesondere Querbezüge zu dem Themenfeld Gesellschaftliche Teilhabe und Gender, aber auch Klima und Energie, Mobilität und Globale Verantwortung und Eine Welt identifiziert werden. Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele können Bezüge zu SDG 1 (Armut beenden) im Sinne eines menschenwürdigen Lebens sowie SDG 4 (Inklusive und hochwertige Bildung) im Sinne einer hochwertigen Schul- und Hochschulbildung sowie Chancengleichheit identifiziert werden. Mit dem Bezug zu SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum) wird die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit angesprochen. Die Bezüge zu SDG 10 (Reduzierte Ungleichheiten) richten sich an die Inklusion und Teilhabe unabhängig vom kulturellen Hintergrund und der körperlichen sowie geistigen Verfassung.

Tabelle 7: Maßnahmen Bildung (Auswahl)

Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> ■ Faire Kita Vermittlung von globalen Themen z.B. Umgang mit Ressourcen, Kennenlernen anderer Länder, Kulturen und Problemstellungen Nutzung von fair gehandelten Produkten Förderung handwerklicher u. sozialer Kompetenzen ■ Bildungsinitiative Energiewende (BInE) Nachhaltige Integration der Themen Ressourceneffizienz, Energie und Mobilität entlang der gesamten Bildungskette ■ Schulpartnerschaften Entwicklung internationaler Perspektiven, Verbesserung von Fremdsprachenkenntnissen, Förderung interkultureller, methodischer, sozialer, persönlicher und fachlicher Kompetenzen ■ KITZ.do - Kinder- und Jugendtechnologiezentrum Förderung des Interesses an Naturwissenschaft und Technik entlang der Bildungskette

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Bildung die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 8: Bezüge Bildung

Globale Nachhaltigkeitsziele
<ol style="list-style-type: none"> 1. Bekämpfung der Kinderarmut durch finanzielle Förderung einkommensschwacher Familien <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 1.2 relative Armut senken ▶ SDG 1.3 Sozialschutzsysteme und -maßnahmen, Versorgung der Armen und Schwachen ▶ SDG 1.5 Widerstandsfähigkeit armer Menschen erhöhen 2. Verstärkung der mobilen Jugendarbeit <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 4.5 Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zu Bildung für alle ▶ SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern 3. Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche: Förderung der Ganztagsbetreuung, frühkindliche Bildung, verbesserte Bildung an Schulen <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 4.1 kostenlose und hochwertige Bildung für alle ▶ SDG 4.2 Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung ▶ SDG 4.3 Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Hochschul- und beruflicher Bildung ▶ SDG 4.4 Qualifikationen für Beschäftigung, menschwürdige Arbeit und Unternehmertum ▶ SDG 4.6 Zahl der Analphabeten minimieren ▶ SDG 4.a sichere, inklusive und effektive Bildungseinrichtungen



4. Verbesserte Sprachkompetenz von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen

- ▶ SDG 4.1 kostenlose und hochwertige Bildung für alle
- ▶ SDG 4.2 Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung
- ▶ SDG 4.5 Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zu Bildung für alle
- ▶ SDG 4.6 Zahl der Analphabeten minimieren

5. Anschlussicherung nach der Schule – gelingender Übergang in Ausbildung und Arbeit

- ▶ SDG 8.6 Anteil junger Menschen ohne Ausbildung und Beschäftigung verringern

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Bildung** - Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern
- **Perspektiven für Familien** - Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Bildung und Wissenschaft**
 - Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern
 - Zukunft mit neuen Lösungen gestalten
- **Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe**
 - Sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe sicherstellen
 - Armutsrisiken verringern
 - Gerechte Einkommensverteilung fördern
- **Frühkindliche Bildung stärken sowie Integration und Vereinbarkeit von Familie & Beruf verbessern**

Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW

- **Gesellschaftliche Teilhabe:** Bildung ist Grundlage für gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe. Sie stellt einen wichtigen Faktor für die individuellen Chancen und den Erhalt des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands dar.
- **Arbeit:** Mit der Höhe des Qualifikationsniveaus bzw. des Bildungsabschlusses steigt das durchschnittliche Einkommen eines Vollzeitbeschäftigten und das Risiko, arbeitslos und von Armut betroffen zu sein, sinkt.
- **Gesundheit:** höhere kognitive und psychosoziale Kompetenzen, die durch Bildung vermittelt werden, können die notwendigen Entscheidungen für eine gesunde Lebensführung positiv beeinflussen.
- **Bildung** kann zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch ein größeres Maß an bürgerschaftlichem und sozialem Engagement stärken.

3.3 DEMOGRAFIE

Die Demografie ist die Wissenschaft von der Bevölkerung. Sie beschreibt die gegenwärtige Bevölkerungsstruktur (Größe, Altersaufbau, Geburtenhäufigkeit, Zuwanderung usw.) und leitet daraus Schlüsse für die Zukunft ab (Bevölkerungszunahme oder -abnahme, künftiger Altersaufbau usw.). Wesentliche Faktoren für die demografische Entwicklung sind das natürliche Bevölkerungssaldo (Geburten/ Sterbefälle), das Wanderungssaldo (Zu-/ Abwanderung), die Fertilitätsrate sowie die Lebenserwartung. Langfristige Veränderungen der Geburtenrate oder der Lebenserwartung, die sich letztlich auf die Bevölkerungsstruktur auswirken, werden unter dem Begriff des demografischen Wandels diskutiert. Entsprechend dieser Daten werden in Politik und Wirtschaft zukünftige Planungsprozesse gesteuert. Die Schul- und Wohnungsbau politik, aber auch die Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik müssen sich rechtzeitig auf künftige demografische Entwicklungen einstellen, ebenso wie Wirtschaftsunternehmen in Hinblick auf ihre Zukunftspläne.¹⁹

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

In Deutschland liegt seit den 1970er Jahren die Sterberate weitgehend konstant über der Geburtenrate, ein negativer natürlicher Bevölkerungssaldo ist die Folge. Dennoch kann für Deutschland eine positive Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren beobachtet werden.²⁰ In einem Einwanderungsland wie Deutschland kann diese Entwicklung vorwiegend auf den positiven Wanderungssaldo zurückgeführt werden. Nicht zuletzt durch die hohen Zuwanderungszahlen seit 2014 stehen die mit der verstärkten Migration verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen im öffentlichen und politischen Fokus. Die Integration von zugewanderten Menschen auf dem Wohnungsmarkt, aber auch die Einbindung auf dem Arbeitsmarkt können hier exemplarisch genannt werden.

Rückgängige Bevölkerungszahlen im Zuge des demografischen Wandels haben Auswirkungen auf unterschiedliche gesellschaftliche Lebensbereiche. In Bezug auf die Infrastrukturen werden steigende Kosten erwartet. Diese werden unter anderem für den Erhalt von kommunaler Infrastruktur (Schul- und Sportinfrastruktur, Straßenverkehrsnetz, Abwassernetz) und die Anpassung der technischen und sozialen Infrastrukturen an neue Begebenheiten anfallen. Neue Begebenheiten können unter anderem die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen sein, Veränderungen in der Wohnungsnachfrage, weiterer Neubaubedarf am Wohnungsmarkt auch bei Schrumpfungsprozessen oder eine steigende Nachfrage nach neuen alternativen Wohnformen wie z. B. Mehrgenerationenwohnen.²¹ Im Zuge der erhöhten Zuwanderung werden aktuell der Ausbau unterschiedlicher Bildungsangebote und die damit einhergehende Integration neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher mit unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen diskutiert.²² Der demografische Wandel macht es darüber hinaus notwendig, sich mit Fragen der Altersarmut, des Fachkräftemangels oder der Sicherstellung der Nahversorgung und ärztlichen Versorgung in peripheren Räumen und im ländlichen Raum auseinanderzusetzen.²³

¹⁹ vgl. Thurich (2011): 16

²⁰ vgl. Statistisches Bundesamt (2013)

²¹ vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2011)

²² vgl. Terhart et. al. (2017): 236

²³ vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2011): 10 ff.

Auf globaler Ebene steht man unterschiedlichen demografischen Herausforderungen gegenüber. Zentrale Themen sind in diesem Kontext global betrachtet sowohl die schulische Bildung als auch das lebenslange Lernen ebenso wie die Gesundheitsversorgung und Erwerbstätigkeit.



Eng verknüpft mit dem Themenfeld Demografie ist das SDG 3, welches insbesondere auf die Verbesserung der allgemeinen Gesundheitssituation für alle Menschen jeden Alters abzielt (3.1, 3.2, 3.4, 3.7, 3.8).



Die Globalen Nachhaltigkeitsziele enthalten keinen expliziten Zielwert für die demografische Entwicklung, berücksichtigen die Altersstruktur aber als Querschnittsindikator. Bezogen auf das Themenfeld Demografie können die meisten Bezüge zu SDG 4 hergestellt werden. Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für die Überwindung von Armut, für menschenwürdige Beschäftigung und ein selbstbestimmtes Leben. Das SDG geht dezidiert auf Bildungschancen in allen Lernformen und für alle Altersgruppen ein (4.1, 4.2, 4.3, 4.4, 4.5, 4.6, 4.a).



Auch das SDG 8 spricht Menschen aller Altersgruppen an. In Bezug auf das Thema Beschäftigung sprechen die Unterziele 8.5 und 8.6 explizit alle Frauen und Männer und insbesondere junge Menschen und Menschen mit Behinderungen an (8.5, 8.6).



Auch das SDG 11 hat einen direkten Bezug zu dem Themenfeld Demografie. Das Unterziel 11.1 fokussiert den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum für alle Menschen. Das Unter-

ziel 11.2 zielt auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen. Unterziel 11.7 betont die Bedeutung des Zugangs zu Grünflächen für alle Menschen (11.1, 11.2, 11.7).

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Demografie besteht für die Stadt Dortmund aktuell kein übergeordnetes Strategiepapier. Das Themenfeld ist vorwiegend durch Projektarbeiten gekennzeichnet. Die Entwicklung einer Demografie-Strategie ist im Rahmen des Projekts „Demografiewerkstatt Kommunen“ (DWK) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bis 2020 vorgesehen. Diese soll als Grundlage für den qualifizierten Umgang mit den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft dienen.

Ziele dabei sind die ressortübergreifende integrierte Sozialplanung und das Monitoring, die Stärkung der Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Menschen bis ins hohe Alter, die Anpassung der Wohn- und Lebensbedingungen in den Wohnquartieren für ein gutes Leben im Alter sowie die Verringerung des Bedarfs an stationären Pflegeplätzen. Die Einbindung des Konzepts „Diversity“, das die Anerkennung von unterschiedlichen Gruppen- und individuellen Merkmalen meint und in Deutschland über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) rechtlich geregelt ist, soll bei der Strategieentwicklung als selbstverständliche und kontinuierliche Querschnittsaufgabe übergeordnet Berücksichtigung finden.

Das Themenfeld Demografie hat eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten zu den Themenfeldern Gesellschaftliche Teilhabe und Gender sowie Gesundheit und Ernährung. Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele können vor allem Bezüge zu SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) hergestellt werden. Hier geht es unter anderem um den altersgerechten Stadtumbau sowie die Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen. Der Bezug zu SDG 3 (Gesundheit und Wohlbefinden) richtet sich an das gesundheitliche Beratungsangebot sowie das gesund-

heitliche Versorgungsnetz in Dortmund. Zu SDG 10 (Reduzierte Ungleichheiten) trägt insbesondere die Zielsetzung zur Förderung der Selbstbestimmung im Alter bei. Zahlreiche weitere SDG-Bezüge verdeutlichen die Komplexität des Themas Demografie und den Querschnittscharakter des Themenfelds. Vielfältige Bezugspunkte gibt es beispielsweise zu SDG 1 (Armut beenden) im Sinne steigender Armutsrisiken im Alter und SDG 5 (Gleichstellung der Geschlechter).

Ziele und Maßnahmen Demografie

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen Zielesetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Demografie, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 9: Zielsystem Demografie

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Ressortübergreifende integrierte Sozialplanung und Monitoring	DWK Demografiewerkstatt Kommunen
Stärkung der Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Menschen bis ins hohe Alter	DWK Demografiewerkstatt Kommunen
Anpassung der Wohn- und Lebensbedingungen in den Wohnquartieren für ein gutes Leben im Alter	DWK Demografiewerkstatt Kommunen
Vermeidung von unnötigen Einzügen in eine Pflegeeinrichtung	DWK Demografiewerkstatt Kommunen

Tabelle 10: Maßnahmen Demografie

Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> DWK Demografiewerkstatt Kommunen <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Selbständigkeit und Eigeninitiative der Menschen bis ins hohe Alter - Einbindung von „Diversity“ als selbstverständliche Querschnittsaufgabe Demografischer Wandel und altengerechte Quartiere <ul style="list-style-type: none"> - Workshopreihe zur Erweiterung des Planungsverständnisses für die integrierte Sozialplanung - Förderung einer inklusiven Stadtplanung unter Einbeziehung vorliegender Masterpläne und Analysen



- Ehrenamtlicher Seniorenbegleitservice
 - Entgegenwirken von Einsamkeit und Isolation im Alter
 - Verbesserung der Lebensqualität
 - Entlastung von pflegenden Angehörigen („Auszeiten“)
 - Verbleib in der eigenen Wohnung im Alter
 - Förderung des bürgerschaftlichen Engagements
- Seniorenbüros
 - Wohnortnahe Beratung und Hilfe
 - Einzelfallhilfe
 - Förderung von bürgerschaftlichem Engagement im Stadtbezirk

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Demografie die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 11: Bezüge Demografie

Globale Nachhaltigkeitsziele
1. Ressortübergreifende integrierte Sozialplanung und Monitoring <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 1.2 relative Armut senken ▶ SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern ▶ SDG 10.4 politische Maßnahmen für mehr Gleichheit
2. Stärkung der Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Menschen bis ins hohe Alter <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 3.8 allgemeine Gesundheitsversorgung und Zugang zu Gesundheitsdiensten und Arzneimitteln ▶ SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern
3. Anpassung der Wohn- und Lebensbedingungen in den Wohnquartieren für ein gutes Leben im Alter <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung
4. Vermeidung von unnötigen Einzügen in eine Pflegeeinrichtung <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 3.8 allgemeine Gesundheitsversorgung und Zugang zu Gesundheitsdiensten und Arzneimitteln ▶ SDG 5.4 Unbezahlte Pflege und Hausarbeit anerkennen und wertschätzen
Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)
Den demografischen Wandel gestalten - kein eigenständiges Themenfeld. Demografie wird als Querschnittsthema behandelt



Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)

Demografischer Wandel (SDG 3, 11 und 16)

- Den demografischen Wandel gestalten
- Länger gesund leben
- Erhöhung des Beschäftigungsniveaus von Älteren
- Armutsrisiken im Alter verringern

Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW

- Demografie ist ein Querschnittsthema und hat Auswirkungen auf viele kommunale Handlungsfelder: öffentlicher Raum, Stadt- und Quartiersentwicklung, Wohnen, Bildung, Infrastruktur, Mobilität, Finanzen, soziale Netze und Pflege, Nahversorgung, Wirtschaft und Arbeit
- Die demografische Entwicklung belastet in starkem Maße die sozialen Sicherungssysteme (Beziehende von Sozialleistungen, Rente etc.) und kommunalen Haushalte (Einkommenssteuer, Infrastrukturkosten etc.).

3.4 FINANZEN

Unter Kommunal финанzen (oder kommunaler Finanzwirtschaft) versteht man alle finanzwirtschaftlichen Aktivitäten der kommunalen Gebietskörperschaften (Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände) einschließlich der Kommunalunternehmen bzw. öffentlichen Unternehmen, wie sie sich im Haushalt (Kameralistik) oder Jahresabschluss (Doppik) widerspiegeln. Die Finanzen beinhalten die Bereiche Einnahmen und Erträge, Ausgaben und Aufwendungen, Vermögen und Schulden.

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

Die finanzpolitische Zielsetzung einer Kommune bezieht sich auf die Sicherstellung der kommunalen Selbstverwaltung, d. h. die Gewährleistung des Baus und Betriebs der technischen und sozialen Infrastrukturen sowie den Erhalt der Qualität im Rahmen der finanziellen Handlungsmöglichkeiten. Aus wirtschaftlicher Perspektive zielen Kommunen dabei auf eine möglichst positive Bilanz zwischen Einnahmen und Erträgen, Ausgaben und Aufwendungen, Vermögen und Schulden. In Deutschland konnten die kommunalen Kernhaushalte im Jahr 2016 einen Überschuss von 4,5 Milliarden Euro erwirtschaften und das mit 6 Prozent starke Einnahmewachstum (Steuern und Zuweisungen) überstieg das ebenso starke Wachstum der kommunalen Ausgaben (5 Prozent). Dennoch hat die Gesamtverschuldung der Kernhaushalte in Deutschland um knapp 20 auf mehr als 132 Milliarden Euro zugenommen²⁴. Insbesondere die kommunalen Kassenkredite haben sich dabei zwischen 2005 und 2015 von 23,9 auf 49,7 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Nordrhein-Westfalen gehört dabei zu den Bundesländern, die von dieser Problematik besonders betroffen sind.

Viele Kommunen nutzen Kassenkredite („kommunaler Dispo“), um den eigenen Regelbetrieb zu gewährleisten (z. B. zur Instandhaltung der Straßen, für Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verwaltungsgebäude oder Schulen). Eine vielfach diskutierte Ursache besteht darin, dass Kommunen über Jahrzehnte zu wenig Geld in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Infrastruktur investiert haben. Dadurch hat sich in vielen Kommunen ein „Investitionsstau“ gebildet. Der Abbau ist kostspielig und übersteigt bei vielen Kommunen den finanziellen Handlungsrahmen²⁵.

Ein Ansatz, um finanzpolitische Zielsetzungen mit dem Thema Nachhaltigkeit zu verknüpfen, ist das Konzept des kommunalen Nachhaltigkeitshaushalts. Dieser ist eine spezifische wirkungsorientierte Haushalts- und Verwaltungssteuerung (Outcome-Steuerung), deren Zweck darin besteht, die Verteilung von Finanzmitteln an Nachhaltigkeitszielsetzungen auszurichten. Dabei gilt es, gleichermaßen ökologische, ökonomische wie auch soziale Aspekte zu beachten. Konkret bedeutet dies, durch die Haushaltssteuerung sicherzustellen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen von den Kommunen nur in dem Maße beansprucht werden, wie diese sich regenerieren können. Ebenso sollte die Kommune nicht wirtschaftlich über ihre Verhältnisse leben. Praktisch werden die Nachhaltigkeitszielsetzungen durch Anbringen von entsprechenden Zielen und Kennzahlen bzw. Indikatoren im kommunalen Haushalt auf der Ebene der Produkte bzw. Produktgruppen und Produktbereiche umgesetzt. Dabei kann sich die Steuerung in einem ersten Schritt auf besonders relevante Schlüsselprodukte konzentrieren. Weitere Konzepte, die das Prinzip der Nachhaltigkeit in die Finanzpolitik überführen, sind z. B. das Konzept der Fiscal Sustainability oder des Generational Accounting²⁶.



Bezüge zu SDG 8 lassen sich vor allem über die indirekten Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung einer Kommune auf die Handlungsspielräume der öffentlichen Verwaltung herstellen. Nach DNHS und NHS NRW ist das wirtschaftliche Wachstum eine Grundlage des Wohlstands in Deutschland. Es sorgt für steigende Erwerbseinkommen sowie sicherere Arbeitsplätze. Als eine der wichtigsten Einnahmequellen beeinflussen die Unternehmen über die Gewerbesteuer die finanziellen Handlungsspielräume der öffentlichen Hand.

Die Bundesregierung richtet ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik darauf aus, die Wachstumsdynamik zu verstetigen und das Wachstumspotenzial weiter zu erhöhen. Dabei verfolgt sie einen Ansatz zur Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen. Eine solide Finanzpolitik soll dabei die notwendigen Handlungsspielräume schaffen.



Das SDG 16 fördert friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung. In Bezug auf das Themenfeld Finanzen ist insbesondere das Unterziel 16.6 hervorzuheben. Hierunter werden leistungsfähige Institutionen auf Grundlage einer stabilen Haushaltslage verstanden.

Im Sinne einer bedarfsorientierten, inklusiven, partizipatorischen und repräsentativen Entscheidungsfindung auf allen Ebenen kann zudem das Unterziel 16.7 vor dem Hintergrund einer nachhaltigen und transparenten kommunalen Finanzpolitik interpretiert werden.

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Finanzen wird seit 2014 ein wirkungsorientierter Haushalt als Ergänzung zum originären Haushaltsplan aufgestellt. Er dient als kommunalpolitisches Steuerungsinstrument zur Steuerung und Prüfung von Maßnahmen auf ihre Wirkung. Die Fortschreibung des wirkungsorientierten Haushalts erfolgt jährlich. Der wirkungsorientierte Haushalt hat Bezugspunkte zum SDG 16 (Leistungsfähige Institutionen und gerechte Gesellschaften) und dabei insbesondere im Hinblick auf den Aufbau transparenter Strukturen für öffentliche Institutionen. Er stellt eine Ergänzung des Haushaltsplans dar und erweitert die Möglichkeiten zur Finanzsteuerung durch die Kommunalpolitik.

Ziele und Maßnahmen Finanzen

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen Zielsetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Finanzen, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 12: Ziele Finanzen

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Darstellung der strategischen Wirksamkeit von Investitionen und bedarfsgerechte Planung zukünftiger Investitionen	Wirkungsorientierter Haushalt

²⁴ vgl. Geißler et al. (2017): 51ff.

²⁵ vgl. edb.

²⁶ vgl. Rehm (2014): 6ff.

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Finanzen die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 13: Bezüge Finanzen

Globale Nachhaltigkeitsziele
1. Darstellung der strategischen Wirksamkeit von Investitionen und bedarfsgerechte Planung zukünftiger Investitionen ► SDG 16.6 leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen aufbauen
Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)
Staatsverschuldung - Staatsfinanzen konsolidieren - Generationengerechtigkeit schaffen (SDG 8) <ul style="list-style-type: none">■ Staatsdefizit - Jährliches Staatsdefizit kleiner als 3 % des BIP Beibehaltung bis 2030■ Strukturelles Defizit - Strukturell ausgeglichener Staatshaushalt, gesamtstaatliches strukturelles Defizit von max. 0,5 % des BIP Beibehaltung bis 2030■ Schuldenstand - Schuldenstandsquote max. 60 % des BIP Beibehaltung bis 2030
Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)
Nachhaltige Finanzpolitik (SDG 8) Tragfähige öffentliche Finanzen sichern <ul style="list-style-type: none">■ Strukturell ausgeglichene Landeshaushalte ab 2020■ Nachhaltige Rückführung der Schuldenstandsquote ab 2020
Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW
Kommunale Daseinsvorsorge erfordert Investitionen und entsprechende Finanzierung. Es besteht dabei die grundsätzliche Herausforderung eines Abwägens zwischen nachhaltiger Investition und Entschuldung. Bezüge sind beispielsweise: <ul style="list-style-type: none">■ Arbeit und Wirtschaft: Unternehmen stellen bei einer Neuansiedlung / Standorterhaltung häufig Anforderungen an die kommunale Infrastruktur.■ Demografie: Der demografische Wandel erfordert Investitionen in altersgerechtes Wohnen, Nahversorgung und Mobilität.■ Klima und Energie: Eine umweltgerechte, CO₂-arme Mobilität erfordert einen Ausbau des ÖPNV und weiterer Mobilitätsangebote. Erneuerbare Energieprojekte sind häufig besonders kostenintensiv.

3.5 GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE UND GENDER

Mit gesellschaftlicher Teilhabe ist das Engagement von Menschen für Menschen gemeint oder im wörtlichen Sinne das aktive, selbstbestimmte und möglichst uneingeschränkte „Anteil haben“ an unserer Gesellschaft. Unter gesellschaftlicher Teilhabe wird aber auch die Berücksichtigung der sozialen Bedürfnisse aller Menschen verstanden, dazu zählen etwa der bezahlbare Wohnraum, funktionstüchtige und barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel und die Verfügbarkeit von Erholungsflächen. Inklusion zielt als Element gesellschaftlicher Teilhabe darauf ab, dass alle Menschen, unabhängig davon, ob sie sich von einer Mehrheit unterscheiden, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Alter, Migrationshintergrund, Sexualität, Religion und Behinderung sollen im Sinne von Vielfalt (engl. diversity) als Bereicherung für die Gesellschaft begriffen werden²⁷. Unter Gender wird die soziale Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher Geschlechter verstanden. In Abgrenzung dazu wird der englische Begriff sex als das biologische Geschlecht definiert²⁸.

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

Im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung sind Teilhabe und Gleichberechtigung die Grundpfeiler zukunftsfähiger Gesellschaften. Gesellschaftliche Teilhabe muss dabei als Querschnittsthema gesehen werden, das sich aus unterschiedlichen Themenfeldern (z. B. Bildung, Gesundheit oder Arbeit und Wirtschaft) zusammensetzt. Um das Ziel der Teilhabe am Sozialleben zu erreichen, bedarf es zum einen der Bildung von persönlichen Kompetenzen und zum anderen der Schaffung positiver externer Rahmenbedingungen. Persönliche Kom-

petenzen befähigen hierbei einen Menschen am sozialen, kulturellen und politischen Leben aktiv teilzunehmen (z. B. durch Lesen, Schreiben, Rechnen). Rahmenbedingungen umfassen unter anderem den Zugang zu sozialen und technischen Infrastrukturen sowie den Zugang zum Arbeitsmarkt.

In Deutschland steht man vor der Herausforderung, dass sich das wirtschaftliche Wachstum von der Armut zunehmend entkoppelt. So hat sich beispielsweise ein Anstieg von 1,6 % des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2014 nicht in einer Senkung der Armutsquote niedergeschlagen. Wirtschaftlicher Aufschwung trägt also vor allem zur Vermittlung gut ausgebildeter Arbeitskräfte bei. Langzeitarbeitslose bleiben größtenteils von positiven wirtschaftlichen Entwicklungen unberührt²⁹.

Global betrachtet sind gerade im Kontext einer zunehmenden Urbanisierung die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands sowie die gerechte Bezahlung von Frauen und Männern grundlegend für eine positive Entwicklung. So sind heute die Möglichkeiten der Teilhabe weltweit sehr unterschiedlich verteilt. Insbesondere in den schnell wachsenden Städten des Globalen Südens zeigt sich das soziale Ungleichgewicht in Form von Verdrängungsprozessen und der Bildung von informellen Siedlungen. Auch heute noch hat ein Großteil der Frauen in Entwicklungsländern keinen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt³⁰ und zu Finanzmitteln, Eigentum und Land³¹.



Über das Themenfeld Gesellschaftliche Teilhabe und Gender kann eine Vielzahl von Bezügen zu SDG 4 hergestellt werden. So ist Bildung eine zentrale Voraussetzung für die

²⁷ vgl. Haase (2012)
²⁸ vgl. Soiland (2004)
²⁹ vgl. Schneider (2016)
³⁰ vgl. Website BpB
³¹ vgl. Website Welthungerhilfe

Überwindung von Armut, das Ausüben einer angemessenen Beschäftigung und ein selbstbestimmtes Leben. Das Ziel geht unter anderem dezidiert auf Bildungschancen in allen Lernformen und für alle Altersgruppen (4.1 bis 4.4) ein. In Bezug auf Deutschland wird dabei vor allem eine besondere Herausforderung in der Reduzierung der sozialen Ungleichheit und der Förderung von Gleichberechtigung im Bildungsbereich (4.5) gesehen.



Obwohl die Gleichberechtigung als Querschnittsthema in der Agenda 2030 definiert ist, wird die Geschlechtergleichheit als eigenständiges Thema nochmals über das SDG 5 direkt adressiert. Hier werden unter anderem die Beendigung der Diskriminierung (5.1) sowie die politische und gesellschaftliche Beteiligung von Frauen (5.5) angesprochen. Auch in Deutschland ist die Gleichstellung der Geschlechter noch nicht vollzogen. Das zeigt sich auch an dem noch immer hohen Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen bei gleicher Tätigkeit und gleicher Qualifikation. Auch liegt der Anteil der Frauen an der (unbezahlten) Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit in Deutschland deutlich über dem der Männer.



Weiterhin lassen sich Bezüge zwischen dem Themenfeld und SDG 10 über die Bereiche Selbstbestimmung und Chancengleichheit (10.2) sowie Migration (10.7) herstellen.

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Gesellschaftliche Teilhabe und Gender beziehen sich die Konzepte und Projekte der Stadt Dortmund schwerpunktmäßig auf den Bereich Wohnen, Arbeiten, Gewalt gegen Frauen und auf die Förderung von Bürgerinnen und Bürgern aus sozial schwachen Milieus. Die Weiterentwick-

lung einer familienfreundlichen Infrastruktur sowie die Aufwertung und Harmonisierung benachteiligter Stadtteile werden dabei prioritär verfolgt. Der „Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund“ oder das Projekt „Nordwärts“ sind dabei richtungsweisend. Mit einer Laufzeit von zehn Jahren zielt das Projekt mit einer Vielzahl an Teilprojekten auf die Aufwertung benachteiligter Stadtteile sowie die Beteiligung und das Empowerment der Bevölkerung ab. Die Förderung von Integration und Inklusion soll weiterhin dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Im Rahmen des Projekts „Studentische IntegrationshelferInnen“ werden z. B. Migrantinnen und Migranten aus Bulgarien und Rumänien betreut und über aufsuchende Beratung unter anderem in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse vermittelt. Über die Weiterentwicklung von Beteiligungsformate unter Berücksichtigung moderner Technologien sollen darüber hinaus bedarfsgerecht Angebote entwickelt und zur Verfügung gestellt werden.

Das Thema Lohngerechtigkeit in der Verwaltung ist ebenfalls wichtig. Die Lohndifferenz liegt im Schnitt bei 21 % zu Lasten der Frauen. Das Gleichstellungsbüro koordiniert zu diesem Thema jedes Jahr das Dortmunder Aktionsbündnis zum Equal Pay Day, welches inzwischen aus rund 50 Institutionen aus Dortmund besteht. Jedes Jahr werden große Events organisiert, die in der Gesellschaft für das Thema sensibilisieren. Auch weitere Informationsveranstaltungen hierzu, wie z. B. zum Entgelttransparenzgesetz 2017 werden initiiert, um nachhaltige Veränderungen in der Wirtschaft herbeizuführen.

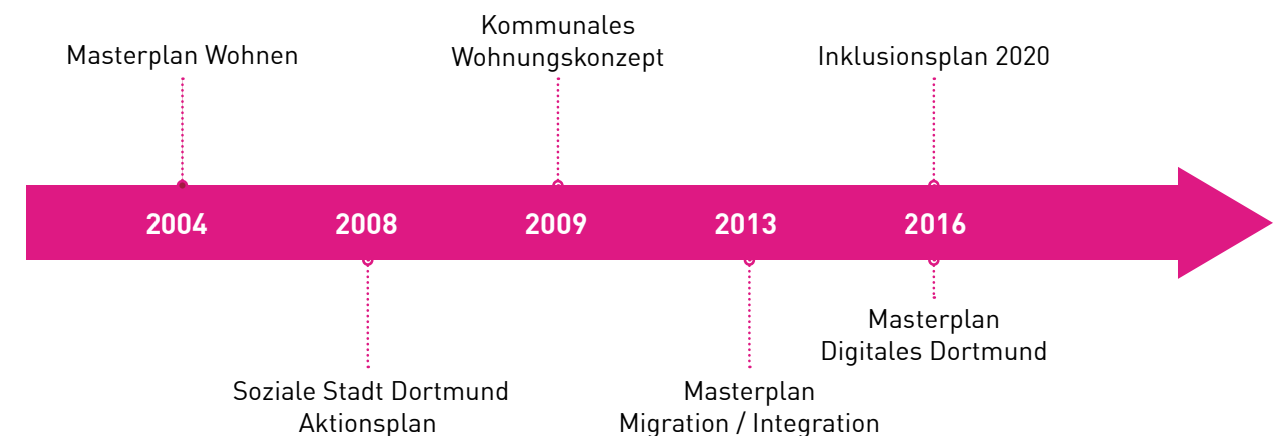
Zudem ist verwaltungsintern ein stetiger Anstieg von Frauen in Leitungsfunktionen zu verzeichnen. Zusammen mit dem Dortmunder Forum Frau & Wirtschaft e.V. und dem Gleichstellungsbüro der Stadt wird seit 2014 die Kampagne „Total E-Quality in der Metropole“ durchgeführt. Mit dieser Kampagne werden regionale Unternehmen gezielt dafür gewonnen, sich für das deutschlandweit anerkannte Prädikat Total E-Quality zu bewerben, welches Institutionen auszeichnet, die sich im besonderen

Maße für die Gleichstellung der Geschlechter in ihren Betrieben einsetzen. Seit Beginn der Kampagne haben sich mehr als 20 Unternehmen, darunter auch die Stadtverwaltung Dortmund erfolgreich um das Prädikat beworben.

Ein gezieltes Entgegentreten gegenüber „Gewalt gegen Frauen“ ist nicht erst seit der „Me-Too-Debatte“ auf der Agenda der Stadt. Die Stadt unterstützt unterschiedliche Beratungsstellen für Frauen (Mitternachtsmission, Frauenberatungsstelle Dortmund u. a.) sowie das Dortmunder Frauenhaus finanziell. Jedes Jahr zum Internationalen Gedenktag gegen Gewalt an Frauen am 25. November finden unterschiedliche, vom Gleichstellungsbüro der Stadt (mit-)initiierte Veranstaltungen statt, die über das vielschichtige Thema informieren, beraten und Öffentlichkeit schaffen. Gemeinsam mit den vielen gesellschaftlich relevanten Frauenverbänden und weiteren Vereinen und Institutionen werden zudem jedes Jahr zum Internationalen Gedenktag vor dem Rathaus die Fahnen von Terre de Femmes gehisst und begleitende Aktionen veranstaltet.

Im Themenfeld Gesellschaftliche Teilhabe und Gender bestehen insbesondere Schnittpunkte zu den Themenfeldern Arbeit und Wirtschaft, Gesundheit und Ernährung, Bildung sowie Demografie. Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele tragen die Projekte der Stadt Dortmund insbesondere zur Erreichung der Ziele des SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden), aber auch zu den Zielen des SDG 4 (Inklusive und hochwertige Bildung), SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum), SDG 10 (Reduzierte Ungleichheiten) sowie SDG 16 (Leistungsfähige Institutionen und gerechte Gesellschaften) bei. Die nachhaltige Stadtentwicklung ist in einer Vielzahl der Projekte übergeordnetes Ziel und wird über integrierte breit aufgestellte Ansätze verfolgt.

Abbildung 10: Strategien und Konzepte mit Bezug zu den Themen Gesellschaftliche Teilhabe und Gender



Quelle: LAG 21 NRW

Ziele und Maßnahmen Gesellschaftliche Teilhabe und Gender

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen Zielesetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Gesellschaftliche Teilhabe und Gender, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 14: Ziele Gesellschaftliche Teilhabe und Gender

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Stärkung der Attraktivität der Stadt als Wohnstandort	Masterplan Wohnen Kommunales Wohnkonzept
Verbesserung der modernen Wohnraumversorgung und Unterstützung der Vermögensbildung	Masterplan Wohnen Kommunales Wohnkonzept
Kontrolle der nachhaltigen Aufwertung und Stabilisierung der Siedlungsbereiche	Masterplan Wohnen Kommunales Wohnkonzept
Förderung des sozialen Wohnungsbaus und Erhalt stabiler Bewohnerstrukturen	Masterplan Wohnen Kommunales Wohnkonzept
Weiterentwicklung der familienfreundlichen Infrastruktur der Stadt	Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund
Förderung von Integration und Ermöglichung des Zugangs zu Bildung, Erwerbsarbeit und Teilhabe am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben	Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund
Aufbau eines Gesamtangebots von Stadt und externen Trägern zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Neuzugewanderten	Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung
Schaffen von Zugängen zu den Angeboten zur gesellschaftlichen Teilhabe	Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung
Entwicklung und Optimierung verbindlicher, rechtskreisübergreifender Strukturen der Zusammenarbeit zur Integration von Zuwanderern	Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung
Schaffung von bedarfslagenorientiertem Zugang zu regulärem und bezahlbaren Wohnraum	Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung
Gleichberechtigte Teilhabe und Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung	Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund
Weiterentwicklung der bürgernahen Seniorenarbeit, Schaffung von Angeboten für das Wohnen im Alter sowie die Förderung des Dialogs der Generationen	Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund Kommunales Wohnkonzept
Ergänzung klassischer Beteiligungsformen durch moderne, bürgernahe Informations- und Kommunikationstechnologien und Schaffung von neuen Formen der Partizipation	Masterplan Digitales Dortmund Masterplan Digitale Verwaltung – Arbeiten 4.0



Förderung einer Anerkennungskultur, positives Miteinander, gleichberechtigtes Zusammenleben und gute Nachbarschaft, interkulturelle Vielfalt als Chance	Masterplan Migration / Integration
Soziale Balance in Stadtbezirken durch soziale Infrastruktur wie bspw. Integrationszentren	Masterplan Migration / Integration
Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche – Sicherung der Zukunftschancen	Masterplan Migration / Integration

Tabelle 15: Maßnahmen Gesellschaftliche Teilhabe und Gender

Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> ■ DoNaPart – Psychologisches und kommunales Empowerment durch Partizipation im nachhaltigen Stadtumbau (Weiter-)Entwicklung, Beschreibung und Implementierung eines „Bürgerbeteiligungsmanagements“ für den nachhaltigen Stadtumbau ■ EHAP-Projekt „ACASA“ Langfristige soziale und berufliche Integration von Zugewanderten und Aufbau eines Beratungsnetzwerks ■ ESF-Projekt „Starke Quartiere – starke Menschen“ ■ ESF-Pilotprojekt „Studentische Integrationshelfer/innen“/Dualer BA „Armut und (Flüchtlings-) Migration“ an der FH Dortmund Kultursensible, Soziale Arbeit zur Verbesserung des Zugangs zu marginalisierten Gruppen ■ ESF-Projekt „Einwanderung gestalten“ Aufbau eines Einwanderungsmanagements durch Kooperationen und Förderketten zwischen städtischen Fachbereichen, Behörden und Einrichtungen freier Träger ■ Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung Kontinuierliche Analyse aller Teilmärkte als Basis für eine vorausschauende, bedarfsorientierte Stadt- und Quartiersentwicklung sowie für eine zielgerichtete Ressourcensteuerung ■ Nordwärts Verbesserung der Lebenssituation in den nördlichen Stadtgebieten bis 2025 durch vielfältige Projekte und Veranstaltungsangebote; Harmonisierung der Lebensqualität in der gesamten Stadt ■ Aktionsplan „Obdachlosigkeit verhindern“ Aufbau und Erprobung einer qualifizierten und sozialen Wohnungsvermittlung und –begleitung unter Einbeziehung der Aktivitäten der Wohnraumakquise (voraussichtlich ab 01/2018)

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Gesellschaftliche Teilhabe und Gender die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 16: Bezüge Gesellschaftliche Teilhabe und Gender

Globale Nachhaltigkeitsziele
<p>1. Stärkung der Attraktivität der Stadt als Wohnstandort</p> <ul style="list-style-type: none"> SDG 9.1 widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur aufbauen SDG 11.1 bezahlbarer Wohnraum und Grundversorgung für alle SDG 11.2 nachhaltige Verkehrssysteme für alle SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung <p>2. Verbesserung der modernen Wohnraumversorgung und Unterstützung der Vermögensbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> SDG 11.1 bezahlbarer Wohnraum und Grundversorgung für alle <p>3. Kontrolle der nachhaltigen Aufwertung und Stabilisierung der Siedlungsbereiche</p> <ul style="list-style-type: none"> SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung SDG 11.5 Katastrophenschutz verbessern SDG 11.b nachhaltige Stadtentwicklungspolitik in mehr Städten und Gemeinden sowie ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement entwickeln <p>4. Förderung des sozialen Wohnungsbaus und Erhalt stabiler Bewohnerstrukturen</p> <ul style="list-style-type: none"> SDG 11.1 bezahlbarer Wohnraum und Grundversorgung für alle SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung <p>5.. Weiterentwicklung der familienfreundlichen Infrastruktur der Stadt</p> <ul style="list-style-type: none"> SDG 4.2 Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung SDG 10.3 Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheiten reduzieren <p>6. Förderung von Integration und Ermöglichung des Zugangs zu Bildung, Erwerbsarbeit und Teilhabe am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben</p> <ul style="list-style-type: none"> SDG 4.1 kostenlose und hochwertige Bildung für alle SDG 8.5 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern SDG 10.3 Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheiten reduzieren SDG 16.7 partizipative Entscheidungsfindung gewährleisten <p>7. Aufbau eines Gesamtangebots von Stadt und externen Trägern zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Neuzugewanderten</p> <ul style="list-style-type: none"> SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern SDG 10.3 Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheiten reduzieren



- Schaffen von Zugängen zu den Angeboten zur gesellschaftlichen Teilhabe**
 - SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern
 - SDG 10.3 Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheiten reduzieren
 - SDG 16.7 partizipative Entscheidungsfindung gewährleisten
- Entwicklung und Optimierung verbindlicher, rechtskreisübergreifender Strukturen der Zusammenarbeit zur Integration von Zuwanderern**
 - SDG 10.4 politische Maßnahmen für mehr Gleichheit
 - SDG 10.7 Migration und Mobilität erleichtern
- Schaffung von bedarfslagenorientiertem Zugang zu regulärem und bezahlbarem Wohnraum**
 - SDG 11.1 bezahlbarer Wohnraum und Grundversorgung für alle
- Gleichberechtigte Teilhabe und Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung**
 - SDG 8.5 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit
 - SDG 10.3 Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheiten reduzieren
- Weiterentwicklung der bürgernahen Seniorenarbeit, Schaffung von Angeboten für das Wohnen im Alter sowie die Förderung des Dialogs der Generationen**
 - SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern
 - SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung
 - SDG 16.7 partizipative Entscheidungsfindung gewährleisten
- Ergänzung klassischer Beteiligungsformen durch moderne, bürgernahe Informations- und Kommunikationstechnologien und Schaffung von neuen Formen der Partizipation**
 - SDG 16.6 leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen aufbauen
 - SDG 16.7 partizipative Entscheidungsfindung gewährleisten
- Förderung einer Anerkennungskultur, Positives Miteinander, gleichberechtigtes Zusammenleben und gute Nachbarschaft, interkulturelle Vielfalt als Chance**
 - SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern
 - SDG 10.3 Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheiten reduzieren
- Soziale Balance in Stadtbezirken durch soziale Infrastruktur bspw. Integrationszentren**
 - SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern
 - SDG 10.3 Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheiten reduzieren
- Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche – Sicherung der Zukunftschancen**
 - SDG 4.1 kostenlose und hochwertige Bildung für alle
 - SDG 4.2 Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung
 - SDG 4.5 Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zu Bildung für alle

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)

- Armut - Armut begrenzen
- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit - Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern
- Perspektiven für Familien - Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Gleichstellung - Gleichstellung in der Gesellschaft fördern
- Gleiche Bildungschancen - Schulische Bildungserfolge von Ausländern in Deutschland
- Verteilungsgerechtigkeit - zu große Ungleichheit innerhalb Deutschlands verringern
- Wohnen - Bezahlbarer Wohnraum für alle



Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)

Gute Arbeit - faire Arbeit

- Gute und faire Arbeit fördern
- Beschäftigungsniveau steigern, insb. bei Frauen

Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche

- Sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe sicherstellen
- Armutsrisiken verringern
- Gerechte Einkommensverteilung fördern
- Frühkindliche Bildung stärken sowie Integration und Vereinbarkeit von Familie & Beruf verbessern
- Bürgerschaftliches Engagement/Teilhabe - Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements für eine nachhaltige und offene Gesellschaft
- Inklusion - Gemeinsames Lernen ermöglichen
- Geschlechtergerechtigkeit - Gleichstellung in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt fördern
- Integration - Aufbau einer Teilhabe- und Willkommenskultur

Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW

- **Arbeit:** Arbeit, d. h. Geld und Einkommen sind eine entscheidende „Schlüsselressource“, wenn es um Teilhabemöglichkeiten und Verwirklichungschancen in Deutschland geht.
- **Wirtschaft:** Wirtschaftliches Wachstum kann negative Auswirkungen auf natürliche Ressourcen und die Umwelt (u. a. Ressourcenverbrauch) haben.
- **Gesundheit:** Ökonomisch schwache Bevölkerungsgruppen sind häufiger von negativen Umwelteinwirkungen (Luft- und Lärmbelastung) in einer Kommune betroffen (z. B. Wohnraum an einer stark befahrenen Straße, Zugang zu Grünflächen).

3.6 GESUNDHEIT UND ERNÄHRUNG

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) als „Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens“³² definiert und nicht nur über das Freisein von Krankheit und Gebrechen bestimmt. Aus Sicht der Wissenschaft ist Gesundheit unter anderem ein dynamischer Prozess, der die ständigen Wechselwirkungen der Individuen mit ihrer Umwelt umfasst. Das Gleichgewicht zwischen den beiden Polen Krankheit und Gesundheit muss dabei stetig und immer wieder neu hergestellt werden. Um eine Erhaltung und Förderung von Gesundheit zu erreichen, müssen die individuellen, systematischen und gesundheitsspezifischen Ressourcen in ein Gleichgewicht gebracht werden³³. Der individuelle Gesundheitszustand wird durch unterschiedliche Faktoren wie Alter, genetische Disposition, Geschlecht sowie soziale und gesellschaftliche Netzwerke beeinflusst. Auch Faktoren wie die Arbeitsbedingungen, die kulturelle und physische Umwelt sowie das individuelle Gesundheitsbewusstsein des Menschen beeinflussen die gesundheitliche Entwicklung wesentlich.

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

In der Bangkok-Charta der WHO von 2005 wird deutlich, dass zum einen die persönlichen Lebensbedingungen, aber auch die eigene Rolle, Möglichkeiten und die Selbstverantwortung Auswirkungen auf den persönlichen Gesundheitsstatus haben³⁴. Nicht zuletzt seit der WHO-Ottawa-Charta aus dem Jahr 1986 hat die aktive Gesundheitsförderung ebenfalls eine besondere Bedeutung für die ganzheitlich betrachtete „Gesunde Stadt“ bekommen.

Gesundheitsförderung wird dabei maßgeblich durch die Risikominderungsstrategie bestimmt. Auf übergeordneter Ebene gelten hierbei die Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik, die Unterstützung zur Schaffung gesundheitsfördernder Lebensbedingungen sowie die Neuorientierung von Gesundheitsdiensten als drei elementare Bereiche³⁵. Auf der Individualebene werden zudem das Einbeziehen von Bürgerinnen und Bürgern bei der Implementierung gesundheitsbezogener Gemeinschaftsaktionen sowie die Entwicklung persönlicher Kompetenzen und Bildung als bedeutende Bausteine beschrieben³⁶.

Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe stehen in engem Bezug zueinander. Wer sich gesund fühlt, ist eher bereit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder sich zu engagieren. Die individuelle Gesundheit darf keine Voraussetzung für Teilhabe und Partizipation sein, aber sie beeinflusst die Art und Weise des Eingebunden seins wesentlich³⁷. Gerade Menschen mit schon bestehenden gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen benötigen in besonderem Maße einen guten Zugang zu Angeboten der Gesundheitsförderung, um z.B. einer weiteren Verschlimmerung vorzubeugen. Eine Auseinandersetzung um die „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“³⁸ sollte daher auch immer Fragen der Gesundheit und Gesundheitsförderung sowie eines ungehinderten Zugangs der Menschen zu den jeweiligen Angeboten berücksichtigen.

Der Zugang zu sowie die Herstellung von hochwertiger Nahrung ist global wie auch lokal gesehen unabdingbar. Das Beenden von Hunger und Mangelernährung wird daher als ein weltweites

³² WHO (2013): 23

³³ vgl. Sterdt und Walter (2012): 27 ff.

³⁴ vgl. Bangkok Charta der WHO (2005)

³⁵ vgl. Sterdt und Walter (2012): 27 ff.

³⁶ vgl. Knieps (2017): 297; GSN (1999)

³⁷ vgl. Schulz-Nieswandt und Köstler (2011): 180

³⁸ Artikel 3c, Allgemeine Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention

und insbesondere in Ländern des globalen Südens essentielles Kernziel³⁹. Schlüsselakteur ist dabei die Landwirtschaft.

Während global die Herstellung von ausreichender Nahrung und der Zugang zu hochwertiger Nahrung wichtige Gesundheitsziele darstellen, gilt dies nicht für Industrienationen. Unsere Bürgerinnen und Bürger können auf ein Überangebot von Lebensmitteln zugreifen. Dass auch dies gleichermaßen als globale Herausforderung verstanden werden muss, zeigt die Zunahme von Menschen mit Übergewicht sowie Fettleibigkeit. Das Ärzteblatt⁴⁰ beruft sich auf aktuelle Hochrechnungen, die davon ausgehen, dass im Jahr 2030 mehr als 50 Prozent der europäischen Bevölkerung adipös sein werden. Dieses Phänomen ist nicht mehr nur auf Staaten des Globalen Nordens beschränkt, sondern stellt in einigen Ländern des Globalen Südens mittlerweile ein größeres Problem dar als das Untergewicht⁴¹. Ein weiterer, weltweiter Trend ist die Zunahme chronischer und psychischer Erkrankungen sowie die Lärm- und Luftverschmutzung durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) und die Verdichtung der Städte zu Lasten von Grünflächen.



Im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung lassen sich Bezüge zum Themenfeld Gesundheit und Ernährung insbesondere über SDG 3 herstellen. Die Unterziele thematisieren dabei unter anderem die Mütter- und Kindersterblichkeit (3.1 und 3.2), die Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria sowie weiteren übertragbaren (Tropen-)Krankheiten (3.3), aber auch die Verringerung von Herz- und Kreislauferkrankungen (3.4) sowie die Prävention und Behandlung des Alkohol-, Tabak- und Drogenmissbrauchs (3.5). Für Dortmund sind die Reduzierung von somatischen und psychischen Folgeerkrankun-

gen im Zusammenhang mit Übergewicht und Adipositas sowie die Reduzierung von Erkrankungen im Zusammenhang mit Suchtmittelmissbrauch als wesentliche Ziele zu benennen.



Die menschliche Gesundheit sowie die Produktion von Nahrungsmitteln stehen in unmittelbarer Abhängigkeit zu den natürlichen Ressourcen und der Umwelt. Als Grundvoraussetzung für ein gesundes Leben aller Menschen sind die Unterziele der SDGs 14 und 15 daher maßgeblich. Neben dem Schutz, der Bewirtschaftung und der Nutzung von Wasser werden hier ebenso der Erhalt und der Schutz der Landökosysteme thematisiert.



Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Gesundheit und Ernährung steht in der Stadt Dortmund die Stärkung der Prävention im Mittelpunkt. Konkret soll die Umsetzung einer kommunalen Präventionsstrategie zur Reduzierung von Übergewicht und Adipositas bereits im Kindes- und Jugendalter dazu wesentlich beitragen. Dadurch soll Folgeerkrankungen des Herz-Kreislaufsystems sowie weiterer eng mit Übergewicht/Adipositas assoziierter Erkrankungen vorgebeugt werden. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Stärkung der Prävention von Suchterkrankungen. Einerseits soll dies durch ein verbessertes Beratungsangebot für Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema Cannabis erfolgen. Kurz bis mittelfristig wird angestrebt, Präventionsprogramme im Kita- und Grundschulbereich deutlich auszubauen.

Andere Projekte zielen auf die Verbesserung der Gesundheitsförderung für Migrantinnen und Migranten ab, wie die „Gesundheitsförderung für Willkommensklassen“ oder „Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter für Kindergesundheit“. Mit der Strategie der Stärkung von Präventionsmaßnahmen in kommunalen Settings und den damit verbundenen Maßnahmen arbeitet die Stadt Dortmund zum einen an der Schaffung nachhaltiger gesundheitsfördernder Lebensbedingungen und zum anderen an der Reduzierung von Gesundheitsrisiken.

Mit Hilfe von Lärmaktionsplänen verfolgt die Stadt das Ziel Lärmbelastungen zu identifizieren und zu minimieren. Darüber hinaus erfolgt der Ausbau der technischen Infrastruktur explizit unter Berücksichtigung gesundheitlicher Aspekte. Hier kann der Dortmunder Weg im Mobilfunk exemplarisch genannt werden. Die Schaffung weiterer Naherholungsgebiete soll ebenfalls zu gesundheitsfördernden Lebensbedingungen beitragen.

Das Themenfeld Gesundheit und Ernährung besitzt insbesondere Querbezüge zur den Themenfeldern Gesellschaftliche Teilhabe und Gender sowie Bildung. Bezogen auf die globalen Nachhaltigkeitsziele tragen die Projekte und Konzepte im Themenfeld Gesundheit und Ernährung der Stadt Dortmund dabei zur Erreichung der Ziele des SDG 3 (Gesundheit und Wohlbefinden) bei. Bezogen auf SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) geht es um die Reduzierung der gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufgrund von äußeren Einflussfaktoren (z. B. Lärm, Feinstaub). Zudem wird Gesundheit auch heute noch beeinflusst durch individuellen Wohlstand und das Bildungsniveau. Mit den kommunalen Bestrebungen trägt die Stadt Dortmund zur Erreichung der Ziele des SDG 1 (Armut beenden) sowie SDG 4 (Inklusive und hochwertige Bildung) und SDG 9 (Widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur) bei.

Ziele und Maßnahmen Gesundheit und Ernährung

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen und operativen Zielesetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Gesundheit und Ernährung, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 17: Zielsystem Gesundheit und Ernährung

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Beeinträchtigung im Bereich Mobilität, Gesundheit, Sicherheit, Schutz vor Gewalt, Wohnen, Pflege und Alltag	Inklusionsplan 2020
Verbesserung der Prävention mit Schwerpunkt im Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: „Alle Kinder wachsen in Dortmund – auch unter schwierigen Lebensbedingungen – gesund auf.“ (erstes Dortmunder Gesundheitsziel)	
Ausbau der Beratung für Menschen mit Demenz und weiterer Unterstützungsangebote	Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund



³⁹ vgl. Nabarro (2016): 23 ff.

⁴⁰ vgl. Deutsches Ärzteblatt, Jg. 113, Heft 20, 20. Mai 2016

⁴¹ vgl. IFB (o.J.)

Reduzierung der Lärmprobleme in Ballungsräumen und Senkung der Lärmbelastung der Bevölkerung durch Umgebungslärm	Lärmaktionsplan
Wohnungsnahe Erholung am Siedlungsrand	Umweltqualitätsziele zur Freiraum-entwicklung
Zielpunkte landschaftsorientierter Erholung	Umweltqualitätsziele zur Freiraum-entwicklung
Umsetzung einer verträglichen, dem Vorsorgeaspekt genügenden Mobilfunkinfrastruktur	Dortmunder Weg im Mobilfunk
Operatives Ziel	
Mindestabstand beim Neubau von Mobilfunk-Stationen zu Kindergärten, Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern von 100 m.	

Tabelle 18: Maßnahmen Gesundheit und Ernährung

Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesundheitsförderung, Sucht- und Gewaltvorbeugung an Grundschulen Projekt „Klasse2000“ wird in Dortmund möglichst flächendeckend umgesetzt ■ Clearingstelle zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Zuwanderern mit ungeklärtem Krankenversicherungsstatus Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Zuwanderern ■ Gesundheitsförderung in Willkommensklassen Bildung von Kindern in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Mobilität ■ Muttersprachliche Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter für Kindergesundheit <ul style="list-style-type: none"> - Stärkung des Gesundheitsbewusstseins und Gesundheitsverhaltens von Eltern - Unterstützung der Eltern bei der aktiven Beteiligung der gesunden Entwicklung ihrer Kinder ■ Sprechstunde für nicht krankenversicherte Kinder, Jugendliche und Frauen <ul style="list-style-type: none"> - Schließung von Versorgungslücken - Vermeidung von übertragbaren und impfpräventablen Erkrankungen

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Gesundheit und Ernährung die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 19: Bezüge Gesundheit und Ernährung

Globale Nachhaltigkeitsziele
<ol style="list-style-type: none"> 1. Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Beeinträchtigung im Bereich Mobilität, Gesundheit, Sicherheit, Schutz vor Gewalt, Wohnen, Pflege und Alltag <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 3.8 allgemeine Gesundheitsversorgung und Zugang zu Gesundheitsdiensten und Arzneimitteln ▶ SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern ▶ SDG 10.3 Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheiten reduzieren 2. Förderung der Prävention (Kindergesundheitsziel umsetzen) <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 3.4 Gesundheitliche Risiken durch Überernährung reduzieren, Herz-Kreislaufkrankungen entgegenwirken ▶ SDG 3.5 Prävention und Behandlung von Drogen- und Alkoholmissbrauch 3. Ausbau der Beratung für Menschen mit Demenz und weiterer Unterstützungsangebote <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 3.8 allgemeine Gesundheitsversorgung und Zugang zu Gesundheitsdiensten und Arzneimitteln 4. Reduzierung der Lärmprobleme in Ballungsräumen und Senkung der Lärmbelastung der Bevölkerung durch Umgebungslärm <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 3.4 Frühsterblichkeit senken, psychische Gesundheit fördern ▶ SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung 5. Entwicklung neuer Grün- und Erholungsflächen <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 11.7 Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen für alle 6. Wohnungsnahe Erholung am Siedlungsrand <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 11.7 Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen für alle 7. Zielpunkte landschaftsorientierter Erholung <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 11.7 Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen für alle 8. Umsetzung einer verträglichen, dem Vorsorgeaspekt genügenden Mobilfunkinfrastruktur <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 9.1 widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur aufbauen ▶ SDG 9.c Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie erweitern und Zugang zu Internet bereitstellen
Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)
<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesundheit und Ernährung - Länger gesund leben ■ Luftbelastung - Gesunde Umwelt erhalten
Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)
<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesundheit (SDG 3) - Gesundheit fördern und Prävention stärken
Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW
<ul style="list-style-type: none"> ■ Demografie: Durch die Alterung der Gesellschaft stellen sich eine Reihe von Herausforderungen in den Bereichen Gesundheitsversorgung u. Pflege. ■ Bildung: Kompetenzen, die durch Bildung vermittelt werden, können die notwendigen Entscheidungen für eine gesündere Lebensführung positiv beeinflussen. ■ Gesellschaftliche Teilhabe: Der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und -leistungen hängt stark von den gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten der Individuen ab. ■ Natürlich Ressourcen und Umwelt: Nicht nachhaltige Ressourcennutzung kann sich durch hohe Immissionen negativ auf die Gesundheit der Menschen auswirken. ■ Klimaschutz: Der Klimawandel (Zunahme Hitzetage und Starkregen) birgt Gesundheitsgefahren insb. für ältere Personen.

3.7 GLOBALE VERANTWORTUNG UND EINE WELT

Individuen, Organisationen und Gemeinschaften handeln global verantwortungsvoll, wenn sie sich für Chancengleichheit bzw. Teilhabegerechtigkeit, eine gerechte globale Verteilung der Güter, eine friedvolle Entwicklung sowie den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz der Ressourcen einsetzen. Globale Verantwortung und Eine Welt wird im Kontext der Globalen Nachhaltigkeitsziele im Projekt auf zwei Ebenen umgesetzt: „In der Kommune für die Welt“ kann beispielsweise die Förderung des Fairen Handels in Kreisen, Gemeinden und Städten bedeuten. „In anderen Ländern und durch andere Länder“ beschreibt z. B. die Umsetzung von Nachhaltigkeitsprojekten in Partnerkommunen aus dem Globalen Süden.

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

Im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung ist das Verantwortungsbewusstsein für eine global gerechte Welt eine wichtige Voraussetzung für Innovation und Umdenken. Aktuell nimmt beispielsweise die Bedeutung fair gehandelter Produkte trotz eines noch verhältnismäßig geringen Marktanteils zu⁴².

Der Faire Handel ist dabei eine Möglichkeit zunehmenden globalen Ungleichheiten entgegenzuwirken. Denn insbesondere durch „Billigkonsum“ nimmt der Anteil informeller Arbeitsverhältnisse zu. Die daraus entstehende mangelnde Absicherung verstärkt soziale Unsicherheiten und führt langfristig zu Instabilität. Aber auch Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes wie die Förderung erneuerbarer Energien und die nachhaltige Stadtentwicklung tragen zum Schutz der Einen Welt bei und stehen zunehmend im Fokus kommunaler Bemühungen. Insbesondere der Wissensaustausch zwischen dem Globalen Norden und Süden trägt zu einem gesteigerten Verständnis der unterschiedlichen Lebens-

umstände bei und ist ein wichtiger Motor für Innovation. Sowohl auf Ebene der Verwaltung als auch im Bildungsbereich oder Gesundheitswesen können durch kontinuierlichen Wissensaustausch auf Augenhöhe wertvolle Entwicklungen angestoßen werden⁴³.

Das Themenfeld Globale Verantwortung und Eine Welt weist Bezüge zu allen Globalen Nachhaltigkeitszielen auf, da Entwicklungsziele grundsätzlich Beiträge zu allen 17 SDGs leisten können. Mit Blick auf Schwerpunkte lassen sich die meisten Bezüge zu den SDGs 1, 3, 4, 5, 10, 12, 16 und 17 herstellen.



Eines der bedeutendsten Ziele ist die Armut in allen Formen weltweit zu bekämpfen (1.1). Der Fokus zur Armutsbeseitigung liegt dazu auf der gemeinsamen Entwicklungszusammenarbeit (1.a) und den dazugehörigen politischen Grundlagen (1.b).



Die Gesundheit und das Wohlergehen aller Menschen soll über SDG 3 gesteigert werden. Über SDG 3 wird dabei dezidiert die Forschung und Entwicklung, Gesundheitsfinanzierung und Risikominderung (3.a, 3.b, 3.c, 3.d) für alle Menschen, insbesondere für jene im Globalen Süden, adressiert.



Im Kontext von Globaler Verantwortung und Eine Welt ist die Schaffung hochwertiger Bildung und lebenslanger Lernchancen für alle unabdingbar. Im Speziellen werden die Gleichberechtigung (4.7), die Aus- und Weiterbildungschancen (4.b) sowie die Schaffung von Bildungseinrichtungen für alle Gene-

rationen (4.c) in Ländern des Globalen Südens thematisiert.



Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist Bestandteil von SDG 5, dessen Unterziele den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit sowie reproduktiven Rechten (5.6) beinhalten und Reformen sowie durchsetzbare Rechtsbestimmungen zur Gleichstellung, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung auf allen Ebenen (5.a und 5.c) darlegen.



Faire Handelsbeziehungen zwischen Ländern des Globalen Nordens und Südens (z. B. durch eine nachhaltige öffentliche Beschaffung) können unter anderem sozial- und umweltgerechtere Produktionsmuster im Globalen Süden unterstützen (12.7 und 12.a). Zur Schaffung von Arbeitsplätzen fokussiert sich das Unterziel 12.b auf die Unterstützung bei der Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus und der Produktion lokaler Güter. Thematisiert wird auch die Reduzierung von Subventionen für fossile Brennstoffe. Dies kann jedoch nur unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Länder im Globalen Süden geschehen (12.c).



Einen starken Bezug zum Themenfeld Globale Verantwortung und Eine Welt weist SDG 16 auf. Mit den Unterzielen soll die Teilhabe von Ländern des Globalen Südens an globalen Institutionen, die rechtliche Identität für alle Menschen sowie Grundfreiheiten und Zugang zu Informationen gewährleistet werden (16.8, 16.9, 16.10). Schutz vor Gewalt, die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität stehen dabei ebenso im Fokus wie die Umsetzung nichtdiskriminierender Politik- und Rechtsvorschriften (16.a und 16.b).



Für das Themenfeld Globale Verantwortung und Eine Welt können die meisten Bezüge zum SDG 17 hergestellt werden (Unterziele 17.1 bis 17.19). Für die kommunale Ebene sind dabei insbesondere die Unterziele interessant, die Kooperationen für einen gegenseitigen Wissenstransfer, den Ausbau von Multi-Akteur-Partnerschaften und globalen Partnerschaften thematisieren (17.6, 17.16, 17.17).

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Globale Verantwortung und Eine Welt beziehen sich die Projekte der Stadt Dortmund auf ein großes Netzwerk an Städte-, Projekt- und Schulpartnerschaften. Die Städte- und Projektpartnerschaften konzentrieren sich dabei vor allem auf den kulturellen Austausch und die Wirtschaftsförderung vor Ort. Teilweise bestehen die Städtepartnerschaften schon seit mehreren Jahrzehnten. Die Schulpartnerschaften zielen hingegen verstärkt auf die Bildung persönlicher Kompetenzen. Schwerpunkte liegen hier auf der Förderung interkultureller, methodischer, sozialer, persönlicher und fachlicher Kompetenzen.

Im Informationszentrum Dritte Welt stehen zwei Regionalpromotorinnen zur Entwicklung und Durchführung von Bildungsangeboten und Veranstaltungen sowie der Vernetzung innerhalb der Region Dortmund / Lünen für Themen der entwicklungspolitischen Arbeit und des Fairen Handels zur Verfügung. Sie unterstützen Kampagnen und Projekte wie Fairtrade School, Fairtrade Town und Fairtrade KITA. Ein Leuchtturmprojekt ist die Nutzung der Messe FAIR FRIENDS als außerschulischer Lernort mit der Ausbildung von Messe-Scouts, eine enge Zusammenarbeit mit dem Agenda-Büro gewährleistet die gute Vernetzung.

Die Stadt Dortmund ist vielfach ausgezeichnete Preisträgerin (2003, 2005, 2009, 2015, 2017) bei den Wettbewerben der SKEW – Servicestelle Kommunen

⁴² vgl. Forum Fairer Handel (2017): 4 ff.

⁴³ vgl. Fan und Polman (2014): 19 ff.; Veciana (2017): 281 ff.

in der Einen Welt zur „Hauptstadt des Fairen Handels“. Als erste Ruhrgebietsstadt nahm Dortmund an der Fairtrade Town-Kampagne teil und wurde im Jahr 2009 als Fairtrade Town ausgezeichnet. Der Erfolg im Fairen Handel liegt vor allem daran, dass in dem im Jahr 2004 gegründeten Dortmunder „Aktionsbündnis zum Fairen Handel“ ganz unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte an einem Strang ziehen – vom kirchlichen Weltladen über Vereine, Schulen und Initiativen bis hin zu lokalen Unternehmen und dem Einzelhandelsverband. Ziel des Bündnisses ist es, den Fairen Handel aus der Nische in die Mitte der Gesellschaft zu führen. Eine stete Weiterentwicklung des Themas Fairer Handel z. B. durch die Etablierung von Deutschlands größter Messe zum Fairen Handel FAIR FRIENDS in den Dortmunder Westfalenhallen, die nachhaltige Umstellung der kommunalen Beschaffung oder die Förderung des globalen Lernens in den Dortmunder Kindergärten verdeutlichen die Bemühungen der Stadt Dortmund im Engagement für eine Nachhaltige Entwicklung.

Als erste Großregion weltweit erhielt das Ruhrgebiet 2013 den Titel „Faire Metropole“. Anteil daran haben 21 Städte und Gemeinden sowie der Kreis Wesel. Mit ihrer Auszeichnung als Fairtrade-Stadt und Fairtrade-Kreis ebneten sie vor wenigen Jahren den Weg für die Auszeichnung des gesamten Ruhrgebiets als „Faire Metropole“. Heute leben in der Metropole Ruhr bereits 4,5 Millionen Menschen in einer Fairtrade-Town oder einem Fairtrade-Kreis.

Ziele und Maßnahmen Globale Verantwortung und Eine Welt

Die folgende Tabelle beinhaltet die strategischen Zielesetzungen im Themenfeld Globale Verantwortung und Eine Welt, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Das Themenfeld Globale Verantwortung und Eine Welt hat eine Vielzahl an Anknüpfungspunkten zu den Themenfeldern Arbeit und Wirtschaft wie auch Gesellschaftliche Teilhabe und Gender sowie Bildung. Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele können Bezüge zu SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum), SDG 9 (Widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur), SDG 10 (Reduzierte Ungleichheiten) und SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) hergestellt werden. Hier geht es unter anderem um gerechte Arbeitsverhältnisse sowie Infrastrukturprojekte zur Förderung der Stadtentwicklung in den Partnerkommunen. Mit den Zielen 17.16 und 17.17 heben die Globalen Nachhaltigkeitsziele den Ausbau von Multi-Akteur-Partnerschaften sowie die Bildung öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften zur Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung hervor. Auch hier können die Städte- und Projektpartnerschaften als Bezugspunkte aufgeführt werden. Hinzukommen die bestehenden Schulpartnerschaften, die ebenfalls die Bildung für Nachhaltige Entwicklung und den kulturellen Austausch befördern. Schulpartnerschaften können darüber hinaus als Ausgangspunkt für die Bildung von zivilgesellschaftlichen Partnerschaften oder Netzwerken gesehen werden. Die Bezüge zu SDG 16 (Leistungsfähige Institutionen und gerechte Gesellschaften) beziehen sich insbesondere auf die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.

Tabelle 20: Zielsystem Globale Verantwortung und Eine Welt

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Nutzung europäischer Förderprogramme (Förderperiode 2014-2020)	Handlungskonzept Perspektive Europa 2020
Förderung und Stärkung der Städtepartnerschaften	Handlungskonzept Perspektive Europa 2020
Nachhaltiger Umgang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa	Handlungskonzept Perspektive Europa 2020
Förderung der kulturellen Zusammenarbeit	Handlungskonzept Perspektive Europa 2020
Europa den Dortmunder Bürgerinnen und Bürgern verständlicher machen	Handlungskonzept Perspektive Europa 2020
Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge	Handlungskonzept Perspektive Europa 2020
Verknüpfung der Arbeit auf europäischer Ebene mit der kommunalen Ebene	Handlungskonzept Perspektive Europa 2020

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Globale Verantwortung und Eine Welt die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 21: Bezüge Globale Verantwortung und Eine Welt

Globale Nachhaltigkeitsziele
<p>1. Nutzung europäischer Förderprogramme (Förderperiode 2014-2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 8.2 hohe wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, Modernisierung und Innovation erreichen ▶ SDG 8.4 Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben ▶ SDG 9.1 widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur aufbauen <p>2. Förderung und Stärkung der Städtepartnerschaften</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 17.16 Multi-akteur-Partnerschaften ausbauen ▶ SDG 17.17 Bildung öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften <p>3. Nachhaltiger Umgang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern ▶ SDG 10.7 Migration und Mobilität erleichtern <p>4. Förderung der kulturellen Zusammenarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 16.7 partizipative Entscheidungsfindung gewährleisten ▶ SDG 17.16 Multi-akteur-Partnerschaften ausbauen ▶ SDG 17.17 Bildung öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften



5. **Europa den Dortmunder Bürgerinnen und Bürgern verständlicher machen**
 - ▶ SDG 4.7 Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung verbessern
6. **Europa den Dortmunder Bürgerinnen und Bürgern verständlicher machen**
 - ▶ SDG 9.1 widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur aufbauen
 - ▶ SDG 11.1 bezahlbarer Wohnraum und Grundversorgung für alle
 - ▶ SDG 11.2 nachhaltige Verkehrssysteme für alle
 - ▶ SDG 11.7 Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen für alle
7. **Europa den Dortmunder Bürgerinnen und Bürgern verständlicher machen**
 - ▶ SDG 16.7 partizipative Entscheidungsfindung gewährleisten
 - ▶ SDG 17.16 Multi-akteur-Partnerschaften ausbauen

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Entwicklungszusammenarbeit** - Nachhaltige Entwicklung unterstützen
- **Wissenstransfer insbesondere im technischen Bereich** - Wissen international vermitteln
- **Märkte öffnen** - Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern
- **Globale Lieferketten**

Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Eine Welt-Politik/Europa und internationale Dimension** - Einen Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung leisten

Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW

Es besteht ein Spannungsfeld zwischen dem Streben nach Wachstum und schnelllebigem Konsum der westlichen Industrienationen und den Zielvorstellungen einer global gerechten Welt, z. B.

- **Konsum und Lebensstile, Gesellschaftliche Teilhabe:** Der steigende Konsum billig hergestellter Produkte befördert schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen im Globalen Süden (u. a. mangelnde Bezahlung, Arbeitsschutz, soziale Sicherung)
- **Klima und Energie, Natürliche Ressourcen:** Wirtschaftswachstum und Konsumverhalten fördern Ressourcenabbau im Globalen Süden und befördern den Klimawandel.
- **Arbeit und Wirtschaft:** Wirtschaftswachstum in Industrieländern wird in steigendem Maße durch ungerechte Handelsbedingungen und übermäßigen Abbau von natürlichen Ressourcen erreicht.

3.8 KONSUM UND LEBENSSTILE

Nachhaltiger Konsum ist Teil einer nachhaltigen Lebensweise und ein Verbraucherverhalten, das u. a. Umwelt- und soziale Aspekte bei Kauf, Nutzung und Entsorgung von Produkten berücksichtigt. Folgt man dem Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung, ist Konsum dann nachhaltig, wenn er „den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“^{44,45}.

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

Im Globalen Norden bedeutet nachhaltiger Konsum insbesondere eine Änderung der Lebens- und Konsumstile zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs auch im Hinblick auf die global gerechte Verteilung natürlicher Ressourcen⁴⁶. Dies gilt sowohl für den privaten Konsum als auch für die öffentliche Beschaffung. Konsum bezieht sich dabei sowohl auf Ernährung, Wohnen und Mobilität als auch auf Tourismus und Textilien. Idealtypisch besteht nachhaltiger Konsum in diesen Bedürfnisfeldern aus einer Mischung von Suffizienz und Effizienz. Dabei steht die Suffizienz mit der Frage nach dem ausreichenden Maß an Konsum im Zentrum. Die Effizienz bezogen auf ressourcenschonende Produktionsmuster gilt als nachgeordnetes Kriterium⁴⁷.

Tendenzen in Richtung eines steigenden gesamtgesellschaftlichen Verständnisses für nachhaltigen Konsum sind aktuell bereits zu beobachten. So steigt der Anteil der Bio- und Fairtrade-Lebensmittel am Gesamtumsatz kontinuierlich an. Auch das Bewusstsein für regional produzierte Güter

wächst⁴⁸. Betrachtet man die kommunale Ebene, so implementiert eine Vielzahl an Kommunen bereits heute Strategien der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Wichtige Entwicklungen stehen in Bezug auf Fleischkonsum, Lebensmittelverschwendung und Verpackungsmüll jedoch noch aus. Der Ressourcenverbrauch privater Haushalte steigt im globalen Norden und vor allem in Deutschland trotz Effizienzsteigerungen nach wie vor kontinuierlich⁴⁹.

Laut Deutscher Nachhaltigkeitsstrategie gilt es künftig nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster im Sinne einer umwelt- und sozialgerechten Lebens- und Wirtschaftsweise zu fördern, Ressourcenverbrauch von der wirtschaftlichen Entwicklung zu entkoppeln, die Einhaltung von Menschenrechten entlang globaler Lieferketten zu fördern und den Ressourcenverbrauch durch Suffizienz und gesteigerte Effizienz zu reduzieren⁵⁰.



Hinsichtlich der globalen Nachhaltigkeitsziele können vor allem Bezüge zu SDG 12 hergestellt werden. Die Unterziele decken dabei Aspekte eines individuell nachhaltigen Konsums ab, wobei das Unter-

ziel 12.1 dezidiert Umsetzungen von Maßnahmen zur Erreichung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster aufzeigt. Weiterhin heben die Unterziele 12.3 und 12.8 die schonende und effiziente Bewirtschaftung und Nutzung der Ressourcen sowie die Bedeutung der Bewusstseinsbildung für eine Nachhaltige Entwicklung und Lebensweise (12.8) hervor. Die Unterziele 12.3 und 12.5 beziehen sich explizit auf die Vermeidung und Verminderung von Abfall und Nahrungsmitteln.

⁴⁴ Hauff (1987)

⁴⁵ vgl. BMUB (2017)

⁴⁶ vgl. Schoenheit (2009): 19

⁴⁷ vgl. Belz und Bilharz (2007): 21

⁴⁸ vgl. Heidbrink und Schmidt (2009): 27

⁴⁹ vgl. Statistisches Bundesamt (2015)

⁵⁰ vgl. Bundesregierung (2017)

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Konsum und Lebensstile liegt der Schwerpunkt der Stadt Dortmund insbesondere im Bereich der fairen Beschaffung. Die Stadt Dortmund ist dabei Best-Practice Beispiel für die Umsetzung eines nachhaltigen Beschaffungswesens. In der Vergangenheit wurde dazu unter anderem ein Praxis-Leitfaden zum Einkauf fairer Dienst- und Schutzkleidung in Kooperation mit der Christlichen Initiative Romero e. V. entwickelt. Ein zentraler Bezug besteht somit zu dem Themenfeld Globale Verantwortung und Eine Welt. Die Ziele einer nachhaltigen und fairen Beschaffung sind direkt mit dem Prinzip der Globalen Verantwortung verknüpft. Eine faire und nachhaltige Beschaffung kann zum einen zur Überwindung von Armut in den Produktionsländern beitragen und zum anderen die Arbeitsbedingungen wie auch die Lebensumstände vor Ort verbessern.

Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele können vorrangig Bezüge zu SDG 1 (Armut beenden) hergestellt werden. Konkret soll extreme Armut beendet werden sowie die Widerstandsfähigkeit von Personen in prekären Situationen erhöht werden. Das SDG 12 widmet sich der Sicherstellung und Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster. Die nachhaltige Beschaffung wird unter target 12.7 direkt adressiert.

Ziele und Maßnahmen Konsum und Lebensstile

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen Zielesetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Konsum und Lebensstile, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 22: Ziele Konsum und Lebensstile

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Nutzung von Wertstoffströmen und Entwicklung Dortmunds zu einer ressourceneffizienten Kommune	Masterplan Energiewende Dortmund

Tabelle 23: Maßnahmen Konsum und Lebensstile

Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kompetenzstelle für Nachhaltige Beschaffung <ul style="list-style-type: none"> - Optimierung von Vergabeprozessen - Einführung einheitlicher und verbindlicher Vergabe- und Beschaffungsprozesse in der Verwaltung - Berücksichtigung nachhaltiger (ökologischer wie sozialer) Kriterien - Einführung stadtweiter Standards für Produkte, faire Beschaffung und Tariftreue

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Konsum und Lebensstile die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 24: Bezüge Konsum und Lebensstile

Globale Nachhaltigkeitsziele
<ol style="list-style-type: none"> 1. Nutzung von Wertstoffströmen und Entwicklung Dortmunds zu einer ressourceneffizienten Kommune <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 8.4: Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben ▶ SDG 12.1: Maßnahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster einleiten ▶ SDG 12.2: nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung natürlicher Ressourcen ▶ SDG 12.5: Abfallaufkommen verringern 2. Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung <ul style="list-style-type: none"> ▶ SDG 1.1: extreme Armut beseitigen ▶ SDG 11.6: Umweltbelastung durch Städte senken ▶ SDG 12.7: nachhaltige öffentliche Beschaffung ▶ SDG 12.8: Information und Bewusstsein für Nachhaltige Entwicklung bei allen Menschen sicherstellen
Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nachhaltiger Konsum - Konsum umwelt- und sozialverträglich gestalten ▪ Nachhaltige Produktion - Anteil nachhaltiger Produktion stetig erhöhen
Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nachhaltiger Konsum/Nachhaltige Lebensstile - Nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lebensstile fördern
Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Demografie: Durch die Alterung der Gesellschaft stellen sich eine Reihe von Herausforderungen in den Bereichen Gesundheitsversorgung u. Pflege. ▪ Bildung: Kompetenzen, die durch Bildung vermittelt werden, können die notwendigen Entscheidungen für eine gesündere Lebensführung positiv beeinflussen. ▪ Gesellschaftliche Teilhabe: Der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und -leistungen hängt stark von den gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten der Individuen ab. ▪ Natürlich Ressourcen und Umwelt: Nicht nachhaltige Ressourcennutzung kann sich durch hohe Immissionen negativ auf die Gesundheit der Menschen auswirken. ▪ Klimaschutz: Der Klimawandel (Zunahme Hitzetage und Starkregen) birgt Gesundheitsgefahren insb. für ältere Personen.

3.9 KLIMA UND ENERGIE

Das Themenfeld Klima und Energie bündelt Aktivitäten aus den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung. Unter Klimaschutz wird die Gesamtheit aller Maßnahmen verstanden, die zur Vermeidung unerwünschter Klimaänderungen (Mitigation) umgesetzt werden. Dahingegen beschreibt Klimaanpassung die Gesamtheit der Maßnahmen, die die Stadt widerstandsfähig macht gegen Veränderungen, die der Klimawandel mit sich bringt.

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

Durch Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) gilt es als gesichert, dass der anthropogene Ausstoß von Treibhausgasen und Aerosolen das Klima auf der Erde beeinflusst⁵¹. Die Konzentration von Kohlenstoffdioxid und anderen Treibhausgasen in der Erdatmosphäre kann vorrangig auf die Nutzung von fossilen Energieträgern und die Landnutzung zurückgeführt werden. Der Klimawandel bedingt weltweit erhöhte Temperaturen und Veränderungen in den Niederschlagsmengen und hat so weitreichende Auswirkungen auf Land- und Wasserökosysteme, landwirtschaftliche Produktionsmuster, menschliche Gesundheit und viele weitere ökonomische, ökologische und soziale Systeme (z. B. Artenwechsel in Flora und Fauna, Desertifikation). Vor diesem Hintergrund liegen die Grundbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung in der Steigerung der Energieeffizienz, der Einsparung von Energie, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und in der Senkung von Treibhausgas-Emissionen aus anderen Quellen.

Durch den Einsatz moderner Technologien (z. B. effizientere Heizungen, Nutzung erneuerbarer Energien) konnten in Deutschland die Treibhaus-

gas-Emissionen zwischen 1990 und 2015 insgesamt um rund 28 % reduziert werden⁵². Mit -9,7 % ist dabei im selben Zeitraum der Ausstoß von Treibhausgas-Emissionen in privaten Haushalten noch stärker gesunken. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch hat sich zwischen 2000 und 2016 vervierfacht (2000-2006: von 6,2 auf 31,7 %)⁵³. Die Energieproduktivität konnte zwischen 1990 und 2015 um rund 56 % gesteigert werden (Ziel bis 2020: 200 %)⁵⁴.

Trotz der bisherigen Erfolge ist Deutschland weiterhin durch einen hohen Energiebedarf gekennzeichnet, der zusammen mit Emissionen aus anderen Quellen die Treibhausgas-Emissionen Deutschlands seit ca. sieben Jahren auf einem konstant hohen Niveau verharren lässt. Der Sektor mit den höchsten Treibhausgasemissionen ist, die in Deutschland stark auf die Verfeuerung von Braun- und Steinkohle ausgerichtete Energiewirtschaft. Ca. ein Drittel aller Emissionen gehen auf diesen Sektor zurück, gefolgt vom Verkehr (18 %), dem verarbeitenden Gewerbe (14 %), sonstigen (kleinen) Feuerungsanlagen (14 %) und der Landwirtschaft (8 %)⁵⁵.

Obwohl die Energieeffizienz in Deutschland seit 1990 deutlich gesteigert werden konnte, nimmt der absolute Energieverbrauch nur langsam ab. Fortschritte im Bereich der Energieeffizienz werden unter anderem durch das Wirtschaftswachstum, aber auch durch Rebound-Effekte kompensiert. Bestehende Einsparpotentiale sind, so die Ergebnisse von Experten, noch nicht vollständig ausgeschöpft. Diese gilt es möglichst zeitnah zu nutzen, denn nach heutigem Stand ist die Erreichung der selbstgesteckten Klimaziele (Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 40 % bis 2020, um 55 % bis 2030 und um 80-95 % bis 2050 gegenüber 1990) nur noch mit erheblichen Anstrengungen zu erreichen.

Der Klimawandel ist eng verknüpft mit den Themen globale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung. Unter dem vermehrten Treibhausgas-Ausstoß der westlichen Länder leidet dabei besonders der Globale Süden. Anhand von Daten des „Internal Displacement Monitoring Center“ waren im Jahr 2016 23,5 Millionen Menschen aufgrund von klimabedingten Naturkatastrophen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen⁵⁶, der Großteil dieser Geflüchteten stammte dabei aus Asien und Subsahara-Afrika.



Bezogen auf die SDGs können für das Themenfeld Klima und Energie insbesondere Bezüge zu SDG 7 hergestellt werden. Hier adressieren die Unterziele 7.2 und 7.3 explizit die Steigerung der Energieeffizienz und die Zunahme des Anteils erneuerbarer Energien.



Das SDG 11 fokussiert in Bezug auf das Themenfeld Klima und Energie zum einen die Klimafolgenanpassung und zum anderen nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen.

Unter den Unterzielen 11.5 und 11.b werden hierbei dezidiert die Folgen von Naturkatastrophen sowie die Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen angesprochen. Die Unterziele 11.6 und 11.7 zielen darüber hinaus auf den Erhalt von Grünflächen und die Vermeidung von Abfall.



Enge Verbindungen bestehen zwischen der nachhaltigen Energieversorgung und der Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen (SDG 12). So thematisieren die Unterziele eine Verringerung

nicht nachhaltiger Produktionsweisen wie die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung (12.3) und Abfall (12.5). Weiterhin hebt das Unterziel 12.8 die Bedeutung der Bewusstseinsbildung für eine Nachhaltige Entwicklung und Lebensweise (12.8) hervor. Das Unterziel 12.c adressiert die Abschaffung von Subventionen für fossile Energieträger, was indirekt auch für die lokale Ebene relevant ist (durch z. B. Vergünstigungen für Unternehmen).



Das Unterziel 13.1 unterstreicht die Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen. Unterziel 13.2 thematisiert die Einbindung von Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen. Unterziel 13.3 hebt die Aufklärung und Sensibilisierung sowie die persönlichen und institutionellen Kapazitäten im Bereich der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung, der Reduzierung der Klimaauswirkungen sowie der Frühwarnung hervor.

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Klima und Energie hat die Stadt Dortmund anhand zahlreicher Strategien und Konzepte die Basis für die Reduzierung der Treibhausgase sowie die Steigerung der Energieeffizienz gelegt. Das 2011 fertiggestellte Handlungsprogramm Klimaschutz 2020 zielt beispielsweise auf die energetische Sanierung kommunaler und privater Liegenschaften ab und sieht eine Reduktion von Treibhausgasen um 40 Prozent bis 2020 vor. Der Masterplan Energiewende sieht darüber hinaus den Ausbau der erneuerbaren Energie vor sowie eine ressourceneffiziente Stadtentwicklung. Die Projekte der Stadt Dortmund sind schwerpunktmäßig im Bereich der Energieeffizienz angesiedelt und reichen von Beratungsangeboten für Migrantinnen und Migranten über die Etablierung eines Dienst-

⁵¹ vgl. IPCC (2014)

⁵² vgl. Website UBA (2017a)

⁵³ vgl. Website UBA (2017b)

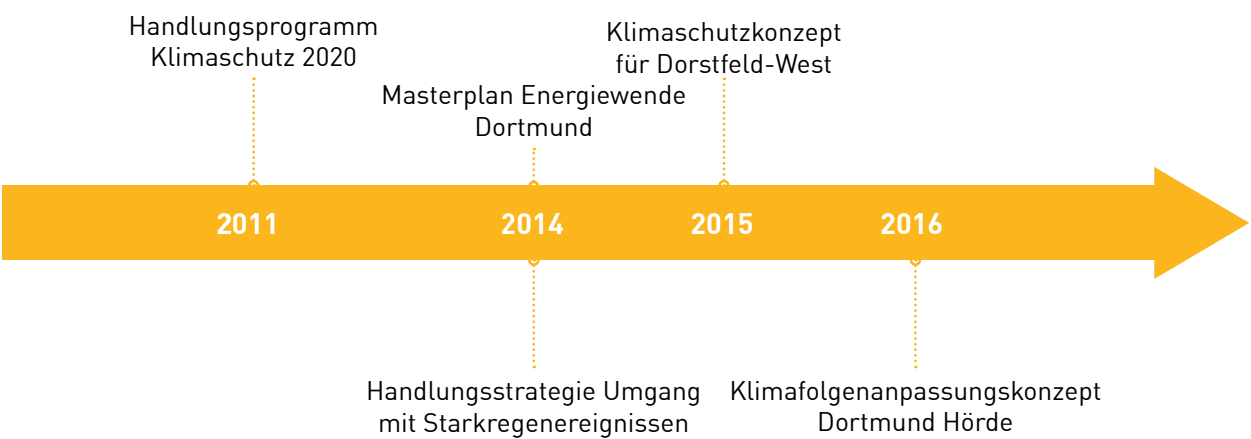
⁵⁴ vgl. Website UBA (2017c)

⁵⁵ vgl. Website UBA (2017d)

⁵⁶ vgl. IDMC (2017)

leistungszentrums für Energieeffizienz und Klimaschutz bis hin zu Forschungsprojekten zum Thema Elektromobilität und nachhaltige Industrie- und Gewerbegebietsentwicklung. In den letzten 10 Jahren hat die Stadt Dortmund fünf umfangreiche Dokumente erarbeitet, die sich primär auf die Themen Klima und Energie fokussieren. Die Dokumente sind in der folgenden Abbildung dargestellt.

Abbildung 11: Strategien und Konzepte mit Bezug zu den Themen Klima und Energie



Quelle: LAG 21 NRW

Das Themenfeld Klima und Energie ist im Fall der Stadt Dortmund eng verknüpft mit den Themenfeldern Natürliche Ressourcen und Umwelt wie auch Konsum und Lebensstile. Bezüge zu dem Themenfeld Konsum und Lebensstile lassen sich vor allem über den Verbrauch von Energie herstellen. Bestehende Strategien und Konzepte haben vielfach zum Ziel, die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren.

Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele lassen sich die meisten Bezüge zum SDG 7 (Bezahlbare und saubere Energie), SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) und SDG 13 (Klimaschutz und Klimaanpassung) herstellen. Als ein zentrales Dokument kann hier der Masterplan Energiewende genannt werden. Der Masterplan Energiewende ist die Grundlage der Stadt Dortmund zum Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung. Das SDG 7 und der Masterplan Energiewende weisen somit starke

inhaltliche Überschneidungen in Bezug auf ihre Zielsetzungen auf. Bezüge zum SDG 13 können über das Klimafolgenanpassungskonzept Dortmund-Hörde, das Integrierte Klimaschutzteilkonzept für das Gewerbegebiet Dorstfeld-West – Innovation Business Park und die Handlungsstrategie zum Umgang mit Starkregenereignissen hergestellt werden. Hier geht es z. B. um den nachhaltigen Umgang mit Veränderungen durch den Klimawandel. Das SDG 11 besitzt ebenfalls viele Bezüge zu dem Themenfeld Klima und Energie. Das liegt unter anderem daran, dass unter dem SDG 11 auch Handlungsfelder wie Klimaanpassung, Reduzierung der Umweltbelastungen und Katastrophenschutz thematisiert werden. Das Themenfeld Klima und Energie ist daher eng mit einer nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung verknüpft.

Ziele und Maßnahmen Klima und Energie

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen Zielsetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Klima und Energie, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 25: Zielsystem Klima und Energie

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Reduzierung der CO ₂ -Emissionen	Handlungsprogramm Klimaschutz 2020
Förderung einer intelligenten Energieversorgung und einer effizienten Flächennutzung für Erneuerbare Energien	Masterplan Energiewende Dortmund
Förderung des Energiesparens und Planung und Entwicklung Dortmunds zu einer energieeffizienten Stadt	Masterplan Energiewende Dortmund
Effizienzsteigerung der städtischen IT-Infrastruktur mit damit einhergehenden langfristigen Ressourceneinsparungen	Klimaschutzteilkonzept Green IT
Effektive Begegnung der Auswirkungen des Klimawandels in Dortmund unter Berücksichtigung des demografischen Wandels	Klimafolgenanpassungskonzept Dortmund Hörde
Nachhaltige und zukunftsfähige Weiterentwicklung von Gewerbegebieten in Dortmund	Klimaschutzkonzept für Dorstfeld-West – Innovation Business Park
Überflutungsschutz als kommunale Gesamtverantwortung unter Einbeziehung der Grundstückseigentümer implementieren	Handlungsstrategie Umgang mit Starkregenereignissen
Information und Sensibilisierung von Unternehmen und Sicherung von Fachkräften für die Energiewende	Masterplan Energiewende Dortmund

Tabelle 26: Maßnahmen Klima und Energie

Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> ■ AMeG – Aktivierung von MigrantInnen zur energetischen Gebäudemodernisierung Unterstützung von MigrantInnen bei der Umsetzung von Maßnahmen der energetischen Gebäudemodernisierung und des energieeffizienten Verhaltens im Haushalt ■ dlze – Dienstleistungszentrum Energieeffizienz und Klimaschutz Sensibilisierung der BürgerInnen sowie Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und langfristiger Beitrag zum Klimaschutz ■ Energieeffizienzquartier Unionviertel Energetische Optimierung des Stadtquartiers Unionviertel ■ Sync-Fuel Synchronisierter Eigenverbrauch Eigennutzung des über Photovoltaik-Anlagen produzierten Stroms für den Betrieb von Elektroautos ■ ZUKUR – („Zukunft-Stadt-Region-Ruhr“) Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen im Sinne einer Klimaresilienz und die universelle gesellschaftliche Teilhabe zur Bewältigung sozial-ökologischer Ungleichheiten mit den spezifischen Eigenarten zusammenzudenken

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Klima und Energie die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 27: Bezüge Klima und Energie

Globale Nachhaltigkeitsziele
1. Reduzierung der CO₂-Emissionen <ul style="list-style-type: none">▶ SDG 7.1 Zugang zu nachhaltigen Energiedienstleistungen▶ SDG 7.2 Anteil erneuerbarer Energien erhöhen▶ SDG 7.3 Erhöhung der Energieeffizienz▶ SDG 11.6 Umweltbelastung durch Städte senken
2. Förderung einer intelligenten Energieversorgung und einer effizienten Flächennutzung für Erneuerbare Energien <ul style="list-style-type: none">▶ SDG 7.1 Zugang zu nachhaltigen Energiedienstleistungen▶ SDG 7.2 Anteil erneuerbarer Energien erhöhen▶ SDG 7.3 Erhöhung der Energieeffizienz▶ SDG 7.a internationale Zusammenarbeit verstärken sowie Zugang zu Forschung und Technologie im Bereich saubere Energie erleichtern▶ SDG 11.6 Umweltbelastung durch Städte senken
3. Förderung des Energiesparens und Planung und Entwicklung Dortmunds zu einer energieeffizienten Stadt <ul style="list-style-type: none">▶ SDG 7.3 Erhöhung der Energieeffizienz▶ SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung▶ SDG 11.6 Umweltbelastung durch Städte senken
4. Effizienzsteigerung der städtischen IT-Infrastruktur mit damit einhergehenden langfristigen Ressourceneinsparungen <ul style="list-style-type: none">▶ SDG 7.3 Erhöhung der Energieeffizienz
5. Effektive Begegnung der Auswirkungen des Klimawandels in Dortmund unter Berücksichtigung des demografischen Wandels <ul style="list-style-type: none">▶ SDG 13.1 Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit an Klimawandel stärken▶ SDG 13.2 Klimaschutzmaßnahmen in nationale Politiken einbeziehen▶ SDG 13.3 Aufklärung und Sensibilisierung im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung
6. Nachhaltige und zukunftsfähige Weiterentwicklung von Gewerbegebieten in Dortmund <ul style="list-style-type: none">▶ SDG 8.4 Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben▶ SDG 9.4 Infrastrukturen modernisieren und Industrien nachhaltig nachrüsten▶ SDG 11.6 Umweltbelastung durch Städte senken



- 7. Überflutungsschutz als kommunale Gesamtverantwortung unter Einbeziehung der Grundstückseigentümer implementieren**
- ▶ SDG 9.1 widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur aufbauen
 - ▶ SDG 11.5 Katastrophenschutz verbessern
 - ▶ SDG 11.b nachhaltige Stadtentwicklungspolitik in mehr Städten und Gemeinden sowie ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement entwickeln
 - ▶ SDG 13.1 Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit an Klimawandel stärken
 - ▶ SDG 13.2 Klimaschutzmaßnahmen in nationale Politiken einbeziehen
 - ▶ SDG 13.3 Aufklärung und Sensibilisierung im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung
- 8. Information und Sensibilisierung von Unternehmen und Sicherung von Fachkräften für die Energiewende**
- ▶ SDG 8.2 hohe wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, Modernisierung und Innovation erreichen
 - ▶ SDG 8.4 Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben
 - ▶ SDG 13.3 Aufklärung und Sensibilisierung im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Klimaschutz** - Treibhausgase reduzieren / Deutscher Beitrag internationale Klimafinanzierung
- **Erneuerbare Energien** - Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen

Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Klimaschutz/Energiewende** – Treibhausgase reduzieren, Ausbau der Erneuerbaren Energien, Energie-ressourcen sparsam und effizient nutzen, Gebäudebestand langfristig klimaneutral stellen, Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort stärken, Begrenzung der negativen Auswirkungen des Klimawandels
- **Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung** – Sicherung zukunftsfähiger Quartiere in den Städten und im ländlichen Raum, Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, Gebäudebestand langfristig klimaneutral stellen

Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW

- **Wirtschaft:** Wirtschaftswachstum kurbelt langfristig die Entwicklung sparsamer Technologien an, sorgt kurzfristig aber auch für höhere Emissionen.
- **Verkehr:** Mobilität von Waren und Personen steigt an. Verbesserte Technologien können höheres Verkehrsaufkommen nicht kompensieren.
- **Haushalte:** die höheren Wohnflächen pro Person steigern den Ressourcenverbrauch.

3.10 MOBILITÄT

Mobilität ist im weitesten Sinne jegliche Positionsveränderung in einem undefinierten System. Beschreibt die Positionsveränderung dabei einen Ortswechsel zwischen zwei oder mehreren geografischen Punkten (Raumüberwindung), so ist von räumlicher Mobilität die Rede⁵⁷. Verkehr wird in diesem Kontext als (realisierte) Ortsveränderung von Personen und Gütern verstanden (nicht selten sichtbar in Form von Staus). Mobilität wird als eines der zentralen Kennzeichen der Moderne gesehen und wird in ein wechselseitiges Verhältnis zu gesellschaftlichen Prozessen wie der Arbeitsteilung, dem Verstädterungsprozess, der Klassen-, Schicht- und Lebensstildifferenzierung sowie der technologischen Entwicklung gesetzt. Im wissenschaftlichen Diskurs wird sich dabei sowohl auf einen räumlichen als auch sozialen Kontext bezogen⁵⁸.

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die soziale und ökonomische Entwicklung. Für wirtschaftliche Produktionsprozesse, den Gütertransport oder den Handel sind effektive Transportinfrastrukturen bedeutende Einflussgrößen. Den Menschen hingegen ermöglicht Mobilität unter anderem Zugang zu Märkten, Arbeitsplätzen, Bildung und Gesundheit. Grundlegendes Ziel einer modernen Verkehrs- und Umweltpolitik ist es daher, die gesellschaftlich notwendige Mobilität möglichst so zu gestalten, dass Mobilitätsbedürfnisse im Individual- wie auch im Güterverkehr mit den Anforderungen an eine Nachhaltige Entwicklung vereinbar sind. Im Kontext von Verkehr und Mobilität werden hierbei zentrale Herausforderungen im Klimaschutz, der Luftreinhaltung sowie dem Schutz vor Lärmbelästigung, aber auch im Schutz von Grünflächen und natürlichen Ressourcen sowie in der Förderung alternativer An-

triebsformen zur Lösung von Herausforderungen der städtischen Mobilität gesehen⁵⁹.

Nachhaltige Mobilität geht also weit über den effizienteren Einsatz von Transportmitteln hinaus. Sie beinhaltet wichtige Kriterien des Klimaschutzes sowie Aspekte der Gesundheitsvorsorge. So bedeutet nachhaltige Mobilität einerseits die Bereitstellung und Instandhaltung entsprechender Verkehrsinfrastrukturen sowie Maßnahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Andererseits geht es um die Verringerung von NO₂- und CO₂-Emissionen sowie Feinstaub oder die Minimierung des Ressourcenverbrauchs. So sind nicht zuletzt auch die Verkehrsinfrastrukturen ein bedeutender Treiber für die Flächeninanspruchnahme in Deutschland. Eine reduzierte Flächeninanspruchnahme für Verkehrsinfrastrukturen kann unter anderem zum Klimaschutz beitragen, indem insbesondere innerstädtische Frei- und Grünflächen erhalten bleiben und zu einem gesunden Stadtklima beitragen. Eine auf den Umweltverbund (Fuß- und Radverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)) ausgerichtete Mobilität kann vor diesem Hintergrund nicht nur die Flächeninanspruchnahme reduzieren, sondern zudem zur Minderung der Umweltauswirkungen des Verkehrs beisteuern. Dies wiederum vermeidet Gesundheitsrisiken sowie Konflikte zwischen Verursachern und Betroffenen⁶⁰.

Neben den klima- und gesundheitsrelevanten Faktoren der nachhaltigen Mobilität sind ebenfalls soziale Faktoren von zentraler Bedeutung. Wenn Menschen nicht mehr an kulturellen und sozialen Aktivitäten teilnehmen können, weil sie nicht ausreichend mobil sind, kann ihre Lebensqualität beeinflusst werden. So ist Mobilität eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Neben raumstrukturellen Faktoren, wie der unzureichende Ausbau des ÖPNV-Netzes, wirken

sich dabei ebenfalls sozioökonomische Faktoren wie das Einkommen, gesundheitliche Beeinträchtigungen oder mangelnde Informationen auf die Mobilität und die Wahlfreiheit der Personen aus⁶¹.

Besonders in Ländern des Globalen Südens nimmt die Mobilität einen entscheidenden Stellenwert bei der Armutsbekämpfung ein. Während es in Ländern des Globalen Nordens in Zukunft darum gehen muss, den Verkehr von den fossilen Treibstoffen zu entkoppeln (z. B. durch den Ausbau der Fahrrad- und ÖPNV-Infrastruktur sowie der Elektromobilität), werden Herausforderungen im Globalen Süden insbesondere in der Erschließung ländlicher Räume und der Verbesserung des Mobilitätsangebots im urbanen Kontext gesehen⁶².

Das kontinuierlich steigende Verkehrsaufkommen belastet jedoch zunehmend die Umwelt und stellt eine Gefahr für die menschliche Gesundheit dar. In Ländern des Globalen Südens können mehr als drei Viertel der Luftverschmutzung auf den Transportsektor zurückgeführt werden⁶³. Besonders in Städten belastet die wachsende Anzahl motorisierter Privatfahrzeuge die Infrastruktur, was sich neben Gesundheitsaspekten wiederum negativ auf ökonomische Prozesse auswirkt.



Bezogen auf die SDGs können für das Themenfeld Mobilität zwei zentrale Bezüge zu SDG 3 hergestellt werden. Zum einen wird über das Unterziel 3.6 das Thema Verkehrssicherheit adressiert (hier: Verringerung der Anzahl an tödlichen Verkehrsunfällen). Zum anderen greift das Unterziel 3.9 die Luftbelastung (u. a. Stickstoffdioxid) auf.



Das SDG 9 hat als zentrale Ziele den Aufbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur sowie die Unterstützung und Förderung einer breitenwirksamen und nachhaltigen Industrialisierung. In Bezug auf das Themenfeld Mobilität können auch hier die technischen Infrastrukturen für den Verkehr thematisiert werden. So gehen die Unterziele unter anderem ein auf den erschwinglichen und gleichberechtigten Zugang zu Infrastrukturen (9.1), die Modernisierung der Infrastruktur (9.4) sowie den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien (9.c).



Das SDG 11 widmet sich dem Themenfeld Mobilität konkret über die Unterziele 11.2 und 11.6. Hierbei geht es zum einen um den Ausbau des ÖPNV und zum anderen um die Verbesserung der Luftqualität (u. a. in Hinblick auf die Stickstoffdioxidbelastung).

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Mobilität steht die Stärkung des Umweltverbunds unter anderem durch die Förderung von alternativen Verkehrsmitteln im Rahmen des Masterplans Mobilität 2030 und dem begleitenden Arbeitskreis, des Beirats Nahmobilität sowie des Lenkungskreises Elektromobilität im Fokus. Zudem liegt ein Fokus auf der Entwicklung des Radwegenetzes mit dem Neubau des Radschnellwegs Ruhr (RS1), des Gartenstadtradweges sowie dem Ausbau des Kanalradweges Dortmund-Ems-Kanal. Im Kontext der intermodalen Mobilität zwischen unterschiedlichen Verkehrsmitteln des Umweltverbundes werden Strategien erarbeitet und Maßnahmen gefördert wie beispielsweise Mobilstationen

⁵⁷ vgl. Weichhart (2009): 6

⁵⁸ vgl. Läßle (2004): 654

⁵⁹ vgl. BMUB (2017)

⁶⁰ vgl. Sommer et. al. (2016)

⁶¹ vgl. Hesse und Scheiner (2010)

⁶² vgl. Perschon (2012): 11

⁶³ vgl. Perschon (2012): 3

sowie die Bereitstellung von Leihfahrrädern insbesondere an Stadtbahn-Haltestellen. Im Rahmen des Konzepts „So läuft das“ steht die Förderung einer kindgerechten Mobilität im Fokus. Zudem ist die Umsetzung von Barrierefreiheit in der Mobilität Gegenstand unterschiedlicher Projekte und Konzepte.

Bezüge zu den Themenfeldern Natürliche Ressourcen und Umwelt sowie Klima und Energie können unter anderem über den Ausbau klimaneutraler und umweltgerechter Verkehrsmittel, die Stärkung der E-Mobilität und die Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbunds hergestellt werden. Die Stadt Dortmund verfolgt darüber hinaus das Ziel, Mobilität für alle Menschen zu gewährleisten, mit besonderem Augenmerk auf gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit bei der Verkehrsteilnahme.

Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele lassen sich Bezüge zum SDG 9 (Widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur) und SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) herstellen. SDG 9 thematisiert hierbei den Aufbau von widerstandsfähigen und nachhaltigen Infrastrukturen. So erfordert die intermodale Mobilität unter anderem die Schaffung von Ladestationen, Fahrrad-Verleihsystemen etc. an Verkehrsknotenpunkten. Das SDG 11 widmet sich schwerpunktmäßig einer nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung. Hier wird unter Target 11.2 direkt die Bereitstellung von sicheren, nachhaltigen und bezahlbaren Verkehrssystemen für alle thematisiert.

Ziele und Maßnahmen Mobilität

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen Zielesetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Mobilität, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 28: Zielsystem Mobilität

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Stärkung des Standortes Dortmund – Die Verkehrsplanung muss den Strukturwandel aktiv unterstützen	Masterplan Mobilität
Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes mit Mobilitätsalternativen auf allen Wegen; aber auch: Erhaltung eines leistungsfähigen Straßennetzes	Masterplan Mobilität
Förderung des Umweltverbunds und der intermodalen Mobilität, Gestaltung einer umweltgerechten Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs sowie die Gewährleistung der Mobilität für alle	Masterplan Energiewende Dortmund Masterplan Mobilität
Chancengleichheit bei der Verkehrsteilnahme, Umsetzung des gesetzlichen Auftrags zur Barrierefreiheit; kindergerechter Verkehr	Masterplan Mobilität

Tabelle 29: Maßnahmen Mobilität

Maßnahmen
<ul style="list-style-type: none"> ■ Masterplan Mobilität Entwicklung der städtischen Verkehrspolitik als übergeordnetes Gesamtwerk über den Maßnahmen und Teilkonzepten ■ Beirat Nahmobilität Vertretung der Belange von Radfahrenden, Rollstuhlfahrenden sowie Fußgängerinnen und Fußgängern in Dortmund bei Planung, Bau und Stadtentwicklung der attraktiven, nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadt ■ Radschnellweg Ruhr (RS 1) Schaffung eines regionalen Premium-Radweges mit Fokus auf den Pendlerverkehr ■ ELMO – elektromobile urbane Lieferverkehre Untersuchung der Potenziale der Umstellung von urbanem Wirtschaftsverkehre auf Elektromobilität ■ Gartenstadtradweg Verbesserung der Radanbindung und Ausbau des Radwegenetzes in Dortmund ■ GeNaLog – Geräuscharme Nachtlogistik <ul style="list-style-type: none"> - Optimierte Kapazitätsauslastung durch effektivere Nutzung der Ressourcen - Schaffung von Akzeptanz durch Einbindung der Anwohner und Mitarbeiter - Umsetzung der geräuscharmen Nachtbelieferung durch Erprobung in Pilotversuchen – langfristig effizientere Belieferung in urbanen Räumen ■ Kanalradwege Dortmund-Ems-Kanal Verbesserung der Radanbindung und Ausbau des Radwegenetzes in Dortmund ■ Lenkungskreis Elektromobilität Koordinierung, Öffentlichkeitsarbeit und Information zum Thema Elektromobilität sowie die Förderung von Kooperation zwischen einzelnen Akteuren ■ Radfahr- und Fußgänger Beauftragter Steigerung des Anteils der Menschen, die ihre alltäglichen Wege mit dem Rad, zu Fuß oder mit dem ÖPNV zurücklegen

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Mobilität die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 30: Bezüge Mobilität

Globale Nachhaltigkeitsziele
<ol style="list-style-type: none"> 1. Stärkung des Standortes Dortmund – Die Verkehrsplanung muss den Strukturwandel aktiv unterstützen <ul style="list-style-type: none"> ► SDG 11.2 nachhaltige Verkehrssysteme für alle ► SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung 2. Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes mit Mobilitätsalternativen auf allen Wegen; aber auch: Erhaltung eines leistungsfähigen Straßennetzes <ul style="list-style-type: none"> ► SDG 9.1 widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur aufbauen ► SDG 11.2 nachhaltige Verkehrssysteme für alle



3. **Förderung des Umweltverbunds und der intermodalen Mobilität, Gestaltung einer umweltgerechten Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs sowie die Gewährleistung der Mobilität für alle**
 - ▶ SDG 9.1 widerstandsfähige und nachhaltige Infrastruktur aufbauen
 - ▶ SDG 11.2 nachhaltige Verkehrssysteme für alle
 - ▶ SDG 11.6 Umweltbelastung durch Städte senken
4. **Chancengleichheit bei der Verkehrsteilnahme Umsetzung des gesetzlichen Auftrags zur Barrierefreiheit; Kindergerechter Verkehr**
 - ▶ SDG 10.2 Befähigung aller Menschen zur Selbstbestimmung und Inklusion fördern
 - ▶ SDG 11.2 nachhaltige Verkehrssysteme für alle

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Mobilität** - Mobilität sichern - Umwelt schonen

Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)

- **Nachhaltige Mobilität - Mobilität sichern - Umwelt schonen**
- **Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung** - Sicherung zukunftsfähiger Quartiere in den Städten und im ländlichen Raum, Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, Gebäudebestand langfristig klimaneutral stellen

Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW

- **Klima und Energie:** Verkehr ist einer der größten CO₂-Emittenten in vielen Kommunen. Der Energieverbrauch für die Herstellung und Nutzung von KfZ ist hoch (geringe Effizienz).
- **Arbeit und Wirtschaft:** Pendler und Güterverkehr haben einen hohen Anteil am innerkommunalen Verkehr.
- **Natürliche Ressourcen und Umwelt:** KfZ-Nutzung führt zu Flächenversiegelung (Straßen, Parkplätze). Dies beeinflusst die Biodiversität negativ, ebenso wie der Schadstoffausstoß.
- **Gesundheit:** Die Luftqualität insbesondere in Städten leidet stark unter dem Schadstoffausstoß von KfZ.

3.11 NATÜRLICHE RESSOURCEN UND UMWELT

Die natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Luft, natürliche Vielfalt) sind die wesentlichen Grundlagen menschlichen Lebens und Wirtschaftens. Natur und Landschaft besitzen dabei einen Wert, der zwar schwierig zu quantifizieren ist, sich aber in ihrer Schutzwürdigkeit selbst ausdrückt. Sie erbringen wertvolle Serviceleistungen für den Menschen und die Gesellschaft und stellen wichtige Standortfaktoren dar.

Bedeutung für eine Nachhaltige Entwicklung

Im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung ist die Sicherung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt ein zentrales gesellschafts- und umweltpolitisches Ziel. Bezogen auf die Ressource Boden drückt sich dies unter anderem durch das 30-ha-Ziel der Bundesregierung aus. So ist in der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2017 das Ziel formuliert, die Flächenneuanspruchnahme bis 2030 auf 30 ha pro Tag zu reduzieren. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat das Ziel zur Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme für ihr Bundesland konkretisiert. Mittelfristig sollen nicht mehr als 5 ha pro Tag in Anspruch genommen werden. Langfristig wird ein Netto-Null-Verbrauch angestrebt. In Nordrhein-Westfalen ist die Flächeninanspruchnahme mit 9 ha im Jahr 2015 weiterhin hoch⁶⁴.

Folgewirkungen sind unter anderem der Verlust wertvoller Böden und die Beeinträchtigung natürlicher Bodenfunktionen sowie der Rückgang der Naturvielfalt und des Artenreichtums. Nach Bestandserfassungen aus dem Jahr 2011 sind in Nordrhein-Westfalen 45 % der jemals erfassten heimischen Tier-, Pilz- und Pflanzenarten in geringem

oder starkem Umfang gefährdet, seit der Fassung von 1979 sind 9 % bereits ausgestorben⁶⁵. Eine wesentliche Ursache für den Artenverlust ist die durch die Flächeninanspruchnahme resultierende Landschaftszerschneidung und Beeinträchtigung des natürlichen Lebensraums.

Darüber hinaus beeinträchtigt die mit der Flächeninanspruchnahme einhergehende Bodenversiegelung den Wasserhaushalt: Die natürliche Verdunstung nimmt ab und die Versickerung des Regenwassers wird verhindert. Die intensive Nutzung der Böden durch die Landwirtschaft führt zu hohen Nitratbelastungen des Grundwassers. Laut Umweltbundesamt werden seit 2008 die EU-weit gültigen Grenzwerte von 50 Milligramm pro Liter der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in Grundwasservorkommen an rund 20 % der Messstellen in Deutschland überschritten⁶⁶. In Nordrhein-Westfalen überschreiten die Nitratwerte die EU-Vorgaben bei rund 14 % der Messstellen. In Gebieten mit überwiegend intensiver Landbewirtschaftung werden die Grenzwerte teilweise sogar in über 50 % der Grundwassermessstellen überschritten⁶⁷.

Global betrachtet leiden insbesondere die ärmsten Länder und Menschen unter den Folgen des Klimawandels. Veränderungen des Klimas führen zu langanhaltenden Dürren oder sintflutartigen Regenfällen und verringern oder vernichten somit die existenzsichernden Ernten. Weltweit leiden rund 815 Millionen Menschen an Hunger. Allein im Norden Nigerias, in Somalia und im Jemen waren 2017 rund 20 Millionen Menschen von Wasserknappheit betroffen und auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen. Klimatische Folgen sind hier besonders schwerwiegend, da Bevölkerung und Wirtschaft maßgeblich von landwirtschaftlichen Produkten (Subsistenzwirtschaft und Exporte) abhängig sind. Die Armut in den betroffenen Ländern schränkt

⁶⁴ vgl. LANUV (2015)

⁶⁵ vgl. Schlüppmann et al. (2011)

⁶⁶ vgl. Website UBA (2017)

⁶⁷ vgl. LANUV (2014)

zudem die Umsetzung von angemessenen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel (engl. adaption measures) ein.

Eine weitere Herausforderung liegt in dem Erhalt der Wälder. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schätzt, dass zwischen 1990 und 2000 weltweit jährlich 160.000 km2 Wald vernichtet wurden. Besonders kritisch wird dabei die Abholzung der tropischen Regenwälder gesehen, die mit enormen Artverlusten und Auswirkungen auf das Weltklima verbunden ist.



SDG 2 zielt auf die Ernährungssicherheit für alle Menschen ab. So werden zu dessen Erreichen Zielvorgaben für die Landwirtschaftspolitik formuliert. Die Unterziele 2.4 und 2.5 adressieren dabei insbesondere die nachhaltige Nutzung von Böden durch die Landwirtschaft sowie den Erhalt der biologischen Vielfalt.



SDG 6 und SDG 14 thematisieren den Schutz der Wasser-ökosysteme. Während sich SDG 6 auf die Binnengewässer konzentriert, widmet sich SDG 14 vorwiegend dem Erhalt und Schutz der Ozeane.

Die Unterziele von SDG 6 adressieren dabei sowohl die Bereitstellung von Trinkwasser (6.1) als auch die Wasserqualität (6.3), die effiziente Wassernutzung (6.4) oder das integrierte Wassermanagement (6.5). Bei SDG 14 geht es unter anderem um die Reduzierung der Meeresverschmutzung (14.1), den Küstenschutz (14.2) oder die Überfischung der Meere (14.6).



Eng verknüpft mit dem Thema Natürliche Ressourcen und Umwelt ist ebenfalls das SDG 12, welches über die Unterziele auf zentrale Aspekte nachhaltiger Konsumgewohnheiten und Produktionstechniken eingeht. Adressiert werden hier unter anderem die Themen Ressourcenverbrauch (12.1), Ressourcenproduktivität (12.2), Lebensmittelverschwendung (12.3) und Managementsysteme (12.6).



Das SDG 15 konzentriert sich auf den Erhalt und Schutz der Landökosysteme. Konkret werden über die Unterziele die Themen Wald (15.2), Böden (15.3) oder biologische Vielfalt (15.5) angesprochen. Besonders relevant für Deutschland ist hierbei die (Neu-)Inanspruchnahme von Böden für Siedlungs- und Verkehrsflächen, die ebenfalls über das SDG 15 thematisiert wird.

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld Natürliche Ressourcen und Umwelt steht der Schutz der innerstädtischen Umwelt und der natürlichen Ressourcen in der Stadt Dortmund im Zentrum. Die nachhaltige Flächennutzung sowie die reduzierte Flächeninanspruchnahme durch Flächenrevitalisierung, Nachverdichtung und Verzahnung von Neubauten mit Bestand tragen zum Schutz vorhandener Grünflächen bei und dienen dem Klimaschutz. Der 2003 fertiggestellte Umweltplan ist dabei das von der Stadt Dortmund implementierte Werkzeug zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Projekte wie der „Gewässerumbau des Emscher- und Lippesystems“ sowie die „Baumschutzsatzung“ tragen zur Revitalisierung und zum Schutz der Stadtnatur bei.

Das Themenfeld Natürliche Ressourcen und Umwelt ist unter anderem mit den Themenfeldern Klima und Energie sowie Gesundheit und Ernährung

verbunden. So beeinflussen Grün- und Freiflächen das städtische Klima, können Hitzestress in Form von Hitzeinseln vorbeugen und zu einem angenehmeren Klima beitragen. So kann die grüne und blaue Infrastruktur in Städten sowohl die Gesundheit als auch ein besseres Klima befördern.

Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele lassen sich die meisten Bezüge zum SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) und SDG 15 (Nachhaltige Landökosysteme) herstellen. Das SDG 11 widmet

sich schwerpunktmäßig einer nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung. Hier wird unter Target 11.7 direkt der Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen für alle thematisiert. Bezüge zu SDG 13 basieren auf den genannten Zielen zum Schutz der Biodiversität und der städtischen Ökosysteme.

Ziele und Maßnahmen Natürliche Ressourcen und Umwelt

Die folgenden Tabellen beinhalten die strategischen Zielesetzungen sowie die Maßnahmen im Themenfeld Natürliche Ressourcen und Umwelt, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 31: Zielsystem Natürliche Ressourcen und Umwelt

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Schutz der natürlichen Ressourcen und Umwelt	Umweltplan
Nachhaltige, bedarfsorientierte und sparsame Flächeninanspruchnahme	Masterplan Wohnen Kommunales Wohnungskonzept
Flächenrevitalisierung, Nachverdichtung, Durchmischung und Verzahnung von Neubauten mit Bestand	Masterplan Wohnen Kommunales Wohnungskonzept
Innerstädtische stadtgestalterische Grünverbindungen	Umweltqualitätsziele zur Freiraumentwicklung
Landschaftsbezogene siedlungsgliedernde Grünverbindungen	Umweltqualitätsziele zur Freiraumentwicklung
Kulturhistorisch bedeutsame Freiraumnutzungen	Umweltqualitätsziele zur Freiraumentwicklung
Erlebniswirksame Relikte der Montanindustrie	Umweltqualitätsziele zur Freiraumentwicklung
Entwicklungszonen von Fließgewässersystemen	Umweltqualitätsziele zur Freiraumentwicklung
Pufferzonen für Kernbereiche des Biotop- und Artenschutzes	Umweltqualitätsziele zur Freiraumentwicklung
Bahndämme und Bahnbegleitflächen als Biotopverbundelemente	Umweltqualitätsziele zur Freiraumentwicklung

Tabelle 32: Maßnahmen Natürliche Ressourcen und Umwelt

Maßnahmen
<div><div>■ Gewässerumbau des Emscher- und Lippesystems</div><div>- Nach den Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) in Verbindung mit § 91 in Verbindung mit §§ 87 ff. LWG NW ist es Aufgabe, die Gewässer in einem guten ökologischen Zustand zu erhalten bzw. diesen zu erreichen (§§ 27 ff. WHG)</div><div>■ Naturdenkmalverordnung</div><div>- Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts</div><div>- Belebung, Gliederung oder Pflege des Orts- oder Landschaftsbildes</div><div>- Abwehr schädlicher Einwirkungen</div><div>- Erhalt aufgrund der Bedeutung als Lebensstätten bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten</div><div>■ Satzung zum Schutz des Baumbestandes</div><div>- Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes</div><div>- Gestaltung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes</div><div>- Abwehr schädlicher Einwirkungen</div><div>- Erhaltung oder Verbesserung des Stadtklimas und der kleinklimatischen Verhältnisse</div><div>- Erhaltung eines artenreichen Baumbestandes</div><div>- Schaffung von Zonen der Ruhe und Erholung</div><div>- Erhaltung der Lebensräume für Tiere</div><div>■ Stadtökologie – Urbane Landwirtschaft</div><div>- Anleitung und Unterstützung insbesondere sozial bedürftiger Haushalte, wesentliche Teile ihrer Nahrungsmittel in brach fallenden Gärten oder auf anderen Kleinstflächen selbst anzubauen und zu verwerten.</div><div>- Produktion von Nahrungsmitteln für die Verteilung innerhalb der Dortmunder Tafel, welche über zu wenig frische Lebensmittel für eine gesunde Ernährung verfügt</div><div>- Produktion von Nahrungsmitteln über den zweiten Arbeitsmarkt und für einen lokalen Markt</div></div>

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Natürliche Ressourcen und Umwelt die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 33: Bezüge Natürliche Ressourcen und Umwelt

Globale Nachhaltigkeitsziele
<div><div>1. Schutz der natürlichen Ressourcen und Umwelt</div><div>▶ SDG 6.6 wasserverbundene Ökosysteme schützen und wiederherstellen</div><div>▶ SDG 15.1 Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung der Land- und Binnensüßwasser-Ökosysteme</div><div>▶ SDG 15.2 nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten</div><div>▶ SDG 15.5 Verlust biologischer Vielfalt beenden</div><div>2. Nachhaltige, bedarfsorientierte und sparsame Flächeninanspruchnahme</div><div>▶ SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung</div><div>3. Flächenrevitalisierung, Nachverdichtung und Verzahnung von Neubauten mit Bestand</div><div>▶ SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung</div></div>



<div><div>4. Nachverdichtung, Durchmischung und Wiedernutzung von Altstandorten</div><div>▶ SDG11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung</div><div>5. Innerstädtische stadtgestalterische Grünverbindungen</div><div>▶ SDG 11.7 Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen für alle</div><div>6. Landschaftsbezogene siedlungsgliedernde Grünverbindungen</div><div>▶ SDG 11.7 Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen für alle</div><div>▶ SDG 11.a Entwicklungsplanung zwischen Städten und Gemeinden unterstützen</div><div>7. Landschaftsbezogene siedlungsgliedernde Grünverbindungen</div><div>▶ SDG 11.4 Schutz und Wahrung der Weltkultur- und -naturerbes</div><div>▶ SDG 11.a Entwicklungsplanung zwischen Städten und Gemeinden unterstützen</div><div>8. Erlebniswirksame Relikte der Montanindustrie</div><div>▶ SDG 11.4 Schutz und Wahrung der Weltkultur- und -naturerbes</div><div>9. Entwicklungszonen von Fließgewässersystemen</div><div>▶ SDG 6.6 wasserverbundene Ökosysteme schützen und wiederherstellen</div><div>10. Pufferzonen für Kernbereiche des Biotop- und Artenschutzes</div><div>▶ SDG 15.5 Verlust biologischer Vielfalt beenden</div><div>11. Bahndämme und Bahnbegleitflächen als Biotopverbundelemente</div><div>▶ SDG 11.3 integrierte nachhaltige Stadtentwicklung</div><div>▶ SDG 15.1 Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung der Land- und Binnensüßwasser-Ökosysteme</div></div>
Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)
<div><div>■ Erneuerbare Energien Zukunftsfähige Energie – Versorgung ausbauen</div><div>■ Ressourcenschonung – Ressourcen sparsam und effizient nutzen</div><div>■ Flächeninanspruchnahme – Nachhaltige Flächennutzung</div><div>■ Artenvielfalt - Arten erhalten – Lebensräume schützen</div><div>■ Landbewirtschaftung – In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren</div><div>■ Luftbelastung – Gesunde Umwelt erhalten</div><div>■ Gewässerqualität – Minderung der stofflichen Belastungen von Gewässern</div><div>■ Meere schützen – Meere und Meeresressourcen schützen und nachhaltig nutzen</div></div>
Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)
<div><div>Schutz natürlicher Ressourcen</div><div>■ Arten erhalten – Lebensräume schützen</div><div>■ Wahrung und Sicherung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung</div><div>■ Wahrung und Sicherung der nachhaltigen und ökologischen Wasserwirtschaft</div><div>■ Reduzierung der Flächeninanspruchnahme</div><div>■ Verbesserung der Luftqualität</div><div>■ Verringerung der Lärmbelastung</div><div>Nachhaltigkeit in den Kommunen (Lokale Agenda) - Nachhaltigkeitsengagement auf kommunaler Ebene aktivieren</div><div>Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung -</div><div>■ Sicherung zukunftsfähiger Quartiere in den Städten und im ländlichen Raum</div><div>■ Reduzierung der Flächeninanspruchnahme</div><div>■ Gebäudebestand langfristig klimaneutral stellen</div></div>



Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW

- **Siedlungsentwicklung (Wohnen & Verkehr):** Die Landschaftszerschneidung durch Siedlungen und Verkehr trägt zu einem erheblichen Maß zum Verlust der Artenvielfalt bei.
- **Mobilität:** Das Verkehrsaufkommen führt zu einer starken Lärm- und Luftbelastung.
- **Gesundheit:** Die Luftverschmutzung zählt noch immer zu den größten Gesundheitsrisiken.
- **Klima:** Die Innenverdichtung steht im Konflikt zur Klimaanpassung.

3.12 SICHERHEIT

Öffentliche Sicherheit gehört zu den wichtigsten Themen der Innen- und Außenpolitik. Zu diesem Feld gehören: Schutz der Bürger/-innen vor Gewalt, Verbrechen und Terror sowie der Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung⁶⁸. Auf internationaler Ebene gilt es bei der Lösung von Konflikten mitzuwirken und für die Achtung von Menschenrechten einzustehen. Im direkten Kontext bezieht sich Sicherheit jedoch auch auf das persönliche Sicherheitsempfinden. Die unterschiedlichen Facetten der Sicherheit zusammengenommen ergeben die Sicherheitskultur. Diese besteht aus den Überzeugungen, Werten und Praktiken, die das Sicherheits- und Unsicherheitsempfinden von Staaten, Gesellschaften und Individuen bestimmen und die Sicherheitspolitik prägen⁶⁹.

Bedeutung für Nachhaltige Entwicklung

Die steigende Anzahl islamistischer Terroranschläge auch in der westlichen Welt, die potentielle Zunahme von Straftaten im Bereich des Rechts- und Linksextremismus sowie zunehmende Internetkriminalität und organisierte Kriminalität beeinflussen das Sicherheitsempfinden⁷⁰. Die daraus resultierende veränderte Wahrnehmung politischer Probleme hat auch maßgeblich zu einem Wandel der "Sicherheitskultur" geführt⁷¹.

Hinzukommt, dass sich nicht nur objektiv die Sicherheitslage, sondern auch die subjektive Sicherheitswahrnehmung verändert. Denn nicht nur die Gefahrenpotenziale für die körperliche Sicherheit haben sich verändert, sondern auch die soziale Sicherheit. Angst vor sozialem Abstieg und Arbeitslosigkeit

steigt besonders in Zeiten atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Die damit einhergehenden steigenden Ungleichheiten gefährden die Stabilität der Gesellschaftsordnung und langfristig auch die Sicherheit⁷².

Kommunen können zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen, indem sie im Bereich der Stadtplanung insbesondere auf Sicherheitsbelange achten⁷³. Darüber hinaus entstehen neue Formen der Kooperation auf kommunaler Ebene, wie beispielsweise Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei, Privatwirtschaft und Bevölkerung. Die Öffnung von öffentlichen Verwaltungsorganisationen gegenüber anderen Akteuren deutet auf mehr Heterogenität und Offenheit in diesem Politikfeld hin⁷⁴.

Nachhaltige Entwicklung kann ohne Frieden und Sicherheit nicht verwirklicht werden, und Frieden und Sicherheit sind ohne Nachhaltige Entwicklung bedroht. Im Sinne der global vernetzten Entwicklungen muss ein besonderer Fokus auf dem Aufbau friedlicher, gerechter und inklusiver Gesellschaften liegen, mit gleichberechtigtem Zugang zur Justiz und Achtung der Menschenrechte, wirksamer Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung auf allen Ebenen. Hierbei spielt der Aufbau bzw. die Schaffung von transparenten, leistungsfähigen und rechenschaftspflichtigen Institutionen eine zentrale Rolle. Zudem müssen verstärkt Anstrengungen unternommen werden, Konflikte zu lösen und Staaten zu stabilisieren⁷⁵.

⁶⁸ vgl. BMI (2017)

⁶⁹ vgl. Daase (2010): 9ff.

⁷⁰ vgl. Gläßner (2002): S. 3ff.

⁷¹ vgl. Daase (2010): 9ff.

⁷² vgl. Bockenförde (2009): 11ff.

⁷³ vgl. Nr. 34, S. 10/38 Agenda 2030

⁷⁴ vgl. Lanfer und Lange (2011): 52ff.

⁷⁵ vgl. Nr. 35, S. 10/38 Agenda 2030



Das SDG 5 und dabei insbesondere das Unterziel 5.2 thematisieren Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Im Zuge dessen wird die Umsetzung von Maßnahmen gegen sexuell motivierte Gewalttaten angestrebt.



Bezogen auf die SDGs können für das Themenfeld Sicherheit die meisten Bezüge zu SDG 16 hergestellt werden. Dabei geht es zum einen um die Verbesserung der unmittelbaren persönlichen Sicherheit im Sinne

einer Senkung der Kriminalitätsrate. Zum anderem gilt es, Maßnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Waffen umzusetzen. Auf der politischen Ebene ist die Förderung einer guten Regierungsführung („Good Governance“) und gleichzeitig die Bekämpfung von Korruption (16.1, 16.2, 16.4, 16.5, 16.b) ein zentrales Ziel, sowohl in Industriestaaten als auch in Ländern des Globalen Südens.

Kurzdarstellung der Ergebnisse

Im Themenfeld kommunale Sicherheit arbeitet die Stadt Dortmund sowohl an der Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls als auch an der Verbesserung der objektiven Sicherheitslage. In einem partizipativen Prozess wird aktuell der Masterplan kommunale Sicherheit entwickelt. Dazu wer-

den im Rahmen von Bürgerveranstaltungen akute Handlungsbedarfe identifiziert und in Zusammenarbeit mit Verwaltung, Polizei und Wissenschaft der Grundstein für zukünftiges Handeln gelegt.

Das Themenfeld ist verknüpft mit der gesellschaftlichen Teilhabe. Das Bedürfnis nach Sicherheit zählt zu den menschlichen Grundbedürfnissen und ist für das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung. Sicherheit ist ein Stück Lebensqualität. Mangelt es daran, werden in der Folge bestimmte Orte oder der Aufenthalt im öffentlichen Raum gemieden. Darunter leidet die Attraktivität der Stadt oder Gemeinde als Kulturstandort.

Bezogen auf die Globalen Nachhaltigkeitsziele lassen sich Bezüge zum SDG 5 (Gleichstellung der Geschlechter), SDG 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) und SDG 16 (Leistungsfähige Institutionen und gerechte Gesellschaften) herstellen. Unter allen drei SDGs wird die Sicherheit thematisiert. Erstens geht es um die Gewalt gegen Frauen und Mädchen, zweitens den sicheren Wohnraum, sichere Verkehrsmittel und den sicheren Zugang zu Grün- und Freiflächen und drittens die Reduzierung von Gewalt insgesamt. Mit dem Masterplan Kommunale Sicherheit - Sicherheit in der Stadt verfolgt die Stadt Dortmund das Ziel, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und die objektive Sicherheitslage sowie die Lebens- und Standortqualität zu verbessern.

Ziele und Maßnahmen Sicherheit

Die folgende Tabelle beinhaltet die strategischen Zielesetzungen im Themenfeld Sicherheit, die im Rahmen der Bestandsaufnahme aus den ausgewerteten Dokumenten herausgearbeitet werden konnten und über die verwaltungsinterne Abfrage an die LAG 21 NRW übermittelt worden sind.

Tabelle 34: Zielsystem Sicherheit

Strategische Ziele	Strategie/ Konzept
Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls der BürgerInnen und der objektiven Sicherheitslage sowie Steigerung der Lebens- und Standortqualität	Masterplan Kommunale Sicherheit - Sicherheit in der Stadt

Vertikale und horizontale Bezüge Nachhaltiger Entwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Themenfeld Sicherheit die spezifischen Beiträge der Stadt Dortmund zur Globalen Agenda 2030 auf der Ebene der strategischen Ziele und der Unterziele (targets). Außerdem sind vertikale Bezüge zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sowie horizontale Bezüge zu anderen Themenfeldern dargestellt.

Tabelle 35: Bezüge Sicherheit

Globale Nachhaltigkeitsziele
1. Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls der BürgerInnen und der objektiven Sicherheitslage sowie Steigerung der Lebens- und Standortqualität <ul style="list-style-type: none"> SDG 5.1 Diskriminierung von Frauen und Mädchen beenden SDG 11.1 bezahlbarer Wohnraum und Grundversorgung für alle SDG 11.2 nachhaltige Verkehrssysteme für alle SDG 11.7 Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen für alle SDG 16.1 Gewalt reduzieren
Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatorenbereich / Nachhaltigkeitspostulat)
<ul style="list-style-type: none"> Kriminalität - Persönliche Sicherheit weiter erhöhen (SDG 16) Gute Regierungsführung - Korruptionsbekämpfung (SDG 16)
Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen (Handlungsfeld / Nachhaltigkeitspostulat)
Querbezüge / Zielkonflikte zu anderen Themenfeldern des Projekts GNK NRW
<ul style="list-style-type: none"> Arbeit und Wirtschaft: hoher Sicherheitsstandard ist bedeutend für Attraktivität als Wirtschaftsstandort Bildung: hohes Bildungsniveau hat positiven Einfluss auf die Kriminalitätsrate⁷⁶ Gesellschaftliche Teilhabe und Gender: persönliche Sicherheit beeinflusst maßgeblich Teilhabe am öffentlichen Leben

⁷⁶ Bertelsmann Stiftung (2010): Unzureichende Bildung: Folgekosten durch Kriminalität, online unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_32620_33011_2.pdf

FAZIT UND AUSBLICK

4

Vor dem Hintergrund der „UN-Agenda 2030 for Sustainable Development“ mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs), der 2016 beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie NRW und der aktualisierten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom Januar 2017 wurde das Pilotprojekt „Global Nachhaltige Kommune“ NRW entwickelt. Es ist das erste Projekt, das die SDGs auf die kommunale Ebene übersetzt hat.

Das Projektziel in Dortmund war, eine umfangreiche Bestandsaufnahme über die vielfältigen Einzelstrategien, Projekte und Pläne durchzuführen und die daraus resultierenden strategischen und operativen Zielsetzungen in einem Dokument zu bündeln und darzustellen. Dabei sollten Schnittmengen und Querbezüge aufgezeigt, „blinde Flecken“ identifiziert und Schwerpunkte sowie Akzente gesetzt werden.

Die vorliegende umfangreiche Bestandsaufnahme ermöglicht einen konzentrierten Überblick über die Aktivitäten der Fachbereiche und der Zivilgesellschaft bis zum Zeitpunkt März 2018 und dient als Grundlage für eine künftige Nachhaltigkeitsberichterstattung, die aus dem bisherigen Zwischenbericht des Agenda-Büros weiterentwickelt wird. Da der Zeitraum der Bestandsaufnahme die Jahre 2015 bis Anfang 2018 umfasst, werden neuere Pläne und Programme in der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsberichterstattung berücksichtigt.

Die Entwicklung und Umsetzung von Strategie und Nachhaltigkeitsberichterstattung ist ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess. Er stellt die Wirksamkeit und Erfolgskontrolle der Strategie sowie eine Weiterentwicklung der thematischen Leitlinien und der strategischen und operativen Ziele sicher. Damit kann eine Nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele fokussiert und koordiniert verfolgt werden.

Um dieser Arbeit gerecht zu werden, werden die Teilbereiche „Europa, Internationales und Agenda-Büro“ im Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates zum neuen „Büro für Internationale Beziehungen und nachhaltige Entwicklung“ zusammengelegt. Ziel ist eine stärkere

internationale Ausrichtung der kommunalen Arbeit und eine bessere Vernetzung sowohl in die Verwaltung und Stadtgesellschaft als auch in überregionale und internationale Institutionen.

Die Analyse hat ergeben, dass es z.B. für den Bereich „Eine Welt/Globale Verantwortung“ kaum strategische Aussagen gibt, daher wird mit der Erarbeitung einer „Eine Welt-Strategie“ begonnen. Die guten Anregungen und Ideen aus dem Vernetzungstreffen wie z. B. Bürgerwünsche auf der Basis von Beteiligungsprozessen stärker berücksichtigen, Bedarf der Professionalisierung des Eine Welt-Engagements, Angebote zur Information über nachhaltigen Konsum oder Vergabe landwirtschaftlich genutzter Flächen nach Kriterien der biologischen Landwirtschaft werden dabei in den weiteren Prozess mit aufgenommen.

Ebenso werden Aktualisierungen von Plänen und Programmen sowie neu hinzugekommene Themen in den weiteren Prozess integriert. Hier sind beispielhaft zu nennen der Masterplan Mobilität 2030, der Masterplan Energiezukunft, das Zukunftsprogramm Dortmund 2030, das Dekaden-Projekt „nordwärts“, die Aktualisierung der integrierten Stadtbezirkentwicklungskonzepte oder das Thema „Berücksichtigung von schützenswerten Böden in der Stadtplanung“.

Der vorliegende Bericht soll somit als Grundlage für die Erarbeitung eines kommunalen Nachhaltigkeitsberichts dienen, der sich aus dem bisherigen Zwischenbericht des Agenda-Büros entwickelt. Nachhaltigkeitsberichterstattung und vernetztes ämterübergreifendes künftiges Handeln werden zu einem Steuerungsinstrument für Rat und Verwaltung ausgebaut.

Die vom Deutschen Städtetag empfohlenen „SDG-Indikatoren für Kommunen“ können dabei eine gute Unterstützung für ein künftiges kommunales Monitoring darstellen. Die Nachhaltigkeitsziele werden so auf der kommunalen Ebene sichtbar und nachvollziehbar gemacht.

LITERATURVERZEICHNIS

5

Bellmann, L., Grunau, P., & Leber, U. (2015). Beteiligung atypisch Beschäftigter an beruflicher Weiterbildung. Sicherung des Fachkräftepotenzials durch Nachqualifizierung. Befunde-Konzepte-Forschungsbedarf. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, 37-51. Online verfügbar unter: https://www.bibb.de/dokumente/pdf/agbfn-16_bellmann_Grunau_Leber.pdf. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

Bellmann, Lutz; Hilpert, Markus; Kistler, Ernst; Wahlse, Jürgen (2003): Herausforderungen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt und die Betriebe. MittAB 2/2003, S. 133-149.

Belz, Frank-Martin; Bilharz, Michael (2007): Nachhaltiger Konsum, geteilte Verantwortung und Verbraucherpolitik: Grundlagen, in: Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert, Marburg.

Bockenförde, Stephan (2009): Die Veränderung des Sicherheitsverständnisses, in: Böckenförde, Stephan / Gareis, Sven B. (Hg.): Deutsche Sicherheitspolitik, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, S. 11-44.

Brauch, H. G. (2002). Klimawandel, Umweltstress und Konflikt. AFES-Press Studie für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin. Online verfügbar unter: http://hexagon-series.org/pdf/Brauch_Klimawandel_BMU.pdf. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

Brenke, Karl; Clemens, Marius (2017): Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen, um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern, DIW Wochenbericht, 84 (35), S. 675-685.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2011): Bildung, Gesundheit, Pflege – Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur, BBSR-Berichte KOMPAKT, 11/2011, Bonn.

Bundesministerium des Inneren (BMI) (2017): Sicherheit. Online verfügbar: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/sicherheit-artikel.html>. Zuletzt zugegriffen am 02.11.2017.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2017): Nachhaltiger Konsum. Online verfügbar: <http://www.bmub.bund.de/themen/wirtschaft-produkte-ressourcen-tourismus/produkte-und-konsum/nachhaltiger-konsum/>. Zuletzt zugegriffen am 02.11.2017.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2017): Verkehr und Umwelt - Worum geht es? Online verfügbar: <http://www.bmub.bund.de/themen/luft-laerm-verkehr/verkehr/kurzinfo/> Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

Bundesregierung (2017): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNHS) – Neuauflage 2016 (Stand 01. Oktober 2016), Kabinettsbeschluss vom 11. Januar 2017. Berlin. Online verfügbar: https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuauflage_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=7. Zuletzt zugegriffen am 02.11.2017.

Chiappetta, Sonja; Seyfried, Florian; Müller-Stich, Beate P.; Stier, Christine; Runkel, Norbert; Weiner, Sylvia (2016): Adipositas. Prävention weiter vorantreiben, in: Deutsches Ärzteblatt, 113 (20), Berlin.

Daase, Christopher (2010): Wandel der Sicherheitskultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ 50/2010, S. 9-16.

Fan, Shenggen; Polman, Paul (2014): Ein ehrgeiziges Entwicklungsziel – Die Beendigung des Hungers und der Mangelernährung, in: IFRPRI (International Food Policy Research Institute): 2013 Bericht zur globalen Ernährungs- und Entwicklungspolitik: Überblick, Washington.

Forum Fairer Handel (2017): Aktuelle Entwicklungen im Fairen Handel. Umsatz- und Absatzzahlen im Geschäftsjahr 2016. Aktuelle Herausforderungen. Politische Forderungen zur Bundestagswahl 2017, Berlin.

Geißler, René; Boettcher, Florian; Freier, Ronny; Niemann, Friederike-Sophie; Schubert, Moritz (2017): Kommunalen Finanzreport 2017. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Gütersloh. Online verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/79_Nachhaltige_Finzen/Finanzreport-2017.pdf. Zuletzt zugegriffen am 21.11.2017.

Glaeßner, Gert-Joachim (2002): Sicherheit und Freiheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 10 - 11 / 2002, S. 3-13.

Grabka, Markus M.; Frick, Joachim R. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, DIW Wochenbericht, 77(7), S. 2-11.

GSN (Gesundes Städte-Netzwerk) (1999): Ottawa-Charta, Frankfurt am Main. Online verfügbar: <http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de/index.php?id=9>. Zuletzt zugegriffen am 02.11.2017.

Gundert, Stefanie; Hohendanner, Christian (2011): Leiharbeit und befristete Beschäftigung: Soziale Teilhabe ist eine Frage von stabilen Jobs, IAB-Kurzbericht, 4 (2011).

Haan, Gerhard de (2002): Die Kernthemen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, in: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 25 (1), S. 13-20.

Haase, Ulrich (2012): Leitziel Inklusion und daraus erwachsende Herausforderungen für die Gebärdensprachgemeinschaft. Das Zeichen 92/2012. Zeitschrift für Sprache und Kultur Gehörloser.

Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Eggenkamp, Greven.

Heidbrink, Ludger; Schmidt, Imke (2009): Die Neue Verantwortung der Konsumenten, in: Konsumkultur, Aus Politik und Zeitgeschichte, 32-33, Bonn, S. 27-32.

Herman, Christoph (2015): Green new deal and the question of environmental and social justice, Global Labour University Working Paper, Nr. 31.

Hesse, Markus; Scheiner, Joachim (2010): Mobilität, Erreichbarkeit und gesellschaftliche Teilhabe: die Rolle von strukturellen Rahmenbedingungen und subjektiven Präferenzen, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 79 (2), S. 94-112, Berlin. Online verfügbar unter:

<https://www.econstor.eu/bitstream/10419/99599/1/vjh.79.2.94.pdf>. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

IFB (Integriertes Forschungs- und Behandlungszentrum) [o. J.]: Adipositas. Entwicklungen. Leipzig. Online verfügbar: <https://www.ifb-adipositas.de/adipositas/entwicklungen>. Zuletzt zugegriffen am 02.11.2017.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2014): Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Online verfügbar unter: http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg3/ipcc_wg3_ar5_full.pdf. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) (2017): Global Report on Internal Displacement. Online verfügbar unter: <http://www.internal-displacement.org/global-report/grid2017/pdfs/2017-GRID.pdf>. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017. Zuletzt zugegriffen am 4.12.2017.

Klemm, Klaus (2015). Inklusion in Deutschland. Daten und Fakten, Gütersloh. Online verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Klemm-Studie_Inklusion_2015.pdf. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

Klemm, Klaus (2015): Inklusion in Deutschland – Daten und Fakten. Bertelsmann Stiftung.

Knieps, Franz (2017): Gesundheitspolitik: Akteure, Aufgaben, Lösungen, Aachen.

Knieps, Franz (2017): Kooperation und Integration – Herausforderungen und Chancen aus Sicht der Krankenkassen, in: Brandhorst, A.; Hildebrandt, H.; Luthe, E.-W. (Hrsg.): Kooperation und Integration – das unvollendete Projekt des Gesundheitssystems, in: Gesundheit. Politik-Gesellschaft-Wirtschaft, Berlin 2017, S. 297 ff.

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) (2015): Flächenentwicklung in Nordrhein-Westfalen – Berichtsjahr 2015. Flächenbericht 2015. Recklinghausen.

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) (2014): Nitrat im Grundwasser Situation 2010 bis 2013 und Entwicklung 1992 bis 2011 in Nordrhein-Westfalen. LANUV-Fachbericht 55. Recklinghausen.

Lanfer, Jens; Lange, Hans-Jürgen (2011): Das Politikfeld Innere Sicherheit im Wandel zwischen Ausdifferenzierung und politisch-administrativer Steuerung. In: Schriften zur Zukunft der Öffentlichen Sicherheit – Risiko- und Krisenkommunikation, Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V., Ausgabe 1, 3/2011, S. 52-55.

Lange, Jens; Hüskens, Katrin; Alt, Christian (2017): Kinderbetreuung im Grundschulalter. Angebotsstrukturen und Betreuungswünsche. Deutsches Jugendinstitut.

Läpple, Dieter 2004: Mobilität. In: Handwörterbuch der Raumordnung. 4. Auflage. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Hannover.

Nabarro, David (2016): Die Nachhaltigkeitsziele tragen zur weltweiten Überwindung von Hunger bei. In: von Grebmer, K.; Bernstein, J.; Nabarro, D.; Prasai, N.; Amin, S.; Yohannes, Y.; Sonntag, A.; Patterson, F.; Towey, O.; Thompson, J.: Welthunger-Index 2016: Die Verpflichtung den Hunger zu beenden, Washington.

Perschon, Jürgen (2012): Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Verkehrsgestaltung, Policy Paper 36, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.

Rehm, H. (2014): Nachhaltige kommunale Finanzpolitik. Befund – Probleme – Perspektiven. (Hrsg.) Institut für den öffentlichen Sektor.

Schlüpmann, Martin; Mutz, Thomas; Kronshage, Andreas; Geiger, Arno und Hachtel, Monika unter Mitarbeit des Arbeitskreises Amphibien und Reptilien Nordrhein-Westfalen (2011): Rote Liste und Artenverzeichnis der Kriechtiere und Lurche – Reptilia et Amphibia – in Nordrhein-Westfalen. In: Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Rote Liste der gefährdeten Pflanzen, Pilze und Tiere in Nordrhein-Westfalen. 4. Fassung. – LANUV-Fachbericht, Recklinghausen 36, Band 2, S. 159-222.

Schneider, Ulrich (2016): Armut und soziale Disparitäten in Deutschland – SDGs auch für uns!? Noch lange nicht nachhaltig. Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda, S. 17-20.

Schoenheit, Ingo (2009): Nachhaltiger Konsum, in: Konsumkultur, Aus Politik und Zeitgeschichte, 32-33, Bonn, S. 19-26.

Schulz-Nieswandt, Franz; Köstler, Ursula (2011): Funktionen des bürgerschaftlichen Engagements im Alter. In: Bürgerschaftliches Engagement im Alter. Hintergründe, Formen, Umfang und Funktionen, Stuttgart (= Grundriss Gerontologie Bd. 20)

Soiland, Tove (2004): Gender. In: Bröckling, Ulrich (Hrsg.): Glossar der Gegenwart. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 97-105.

Sommer, Karsten; Heinrichs, Eckhart; Schormüller, Kathrin; Deppner, Thorsten (2016): Lärm und Klimaschutz durch Tempo 30: Stärkung der Entscheidungskompetenzen der Kommunen, Umweltbundesamt, 30/2016, Dessau-Roßlau.

Statistisches Bundesamt (2013): Zensus 2011. Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2015): 462 Kilogramm Haushaltsabfälle pro Einwohner im Jahr 2014, Pressemitteilung Nr. 467 vom 16.12.2015. Online verfügbar:

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/12/PD15_467_321.html. Zuletzt zugegriffen am 02.11.2017.

Sterdt, Elena; Walter, Ulla (2012): Ansätze und Strategien der Prävention und Gesundheitsförderung im Kontext der Stadtplanung. In: Christa Böhme, Christa Kliemke, Bettina Reimann, Waldemar Süß (Hrsg.): Handbuch Stadtplanung und Gesundheit, Bern.

Terhart, H., Massumi, M., & von Dewitz, N. (2017). Aktuelle Zuwanderung-Wege der Schulentwicklung in der Migrationsgesellschaft, in: Zeitschrift für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, 40 (2), S. 236-247.

Thurich, Eckart (2011): pocket politik. Demokratie in Deutschland. überarb. Neuaufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Umweltbundesamt (UBA) (2017a): Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1>. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

Umweltbundesamt (UBA) (2017b): Indikator: Erneuerbare Energien. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/indikator-erneuerbare-energien#textpart-2>. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

Umweltbundesamt (UBA) (2017c): Energieproduktivität. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieproduktivitaet#textpart-1>. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

Umweltbundesamt (UBA) (2017d): Berichterstattung unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und dem Kyoto-Protokoll 2017 – Nationaler Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar 1990-2015. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-04-26_climate-change_13-2017_nir-2017_unfccc_de.pdf. Zuletzt zugegriffen am 30.11.2017.

Veciana, Stella (2017): Shared Spaces als Orte der Wissensintegration und Experimentierräume für eine partizipative Entwicklungspolitik. In: Rückert-John, J.; Schäfer, M.(Hg.): Governance für eine Gesellschaftstransformation. Herausforderungen des Wandels in Richtung nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Vereinte Nationen (2006): Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, online unter: <https://www.behindertenrechtskonvention.info/uebereinkommen-ueber-die-rechte-von-menschen-mit-behinderungen-3101/>.

Website Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2009): Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Online verfügbar: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/57291/arbeitsmarkt#footnode4-4>. Zuletzt zugegriffen am 02.11.2017.

Website Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2016): Bildungsgesellschaft. Online verfügbar: <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/158109/teilhabe-durch-bildung>. Zuletzt zugegriffen am 21.11.2017.

Website Umweltbundesamt (UBA) (2017): Indikator – Nitrat im Grundwasser. Online verfügbar: <https://www.umweltbundesamt.de/indikator-nitrat-im-grundwasser#textpart-1>. Zuletzt zugegriffen am 02.11.2017.

Website Welthungerhilfe (2017): Frauen und Entwicklung. Online verfügbar:

<https://www.welthungerhilfe.de/frauen-und-entwicklung.html>. Zuletzt zugegriffen am 02.11.2017.

Weichhart, Peter 2009: Multilokalität – Konzepte, Theoriebezüge und Forschungsfragen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Jg. 2009, H. 1/2, S. 1-14.

Weishaupt, Horst (2009): Demografie und regionale Schulentwicklung, in: Zeitschrift für Pädagogik 55 (1), S. 56-72.

Werning, Rolf (2014): Stichwort: Schulische Inklusion, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 17 (4), S. 601-623.

WHO (Weltgesundheitsorganisation) (2013): Der Europäische Gesundheitsbericht 2012. Ein Wegweiser zu mehr Wohlbefinden. Zusammenfassung, Kopenhagen.

World Health Organization (2005): Bangkok Charta, Bangkok.

